



31. Sitzung

Mittwoch, 24. Juni 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten Ergänzung und Änderung der Tagesordnung

1871

Aktuelle Stunde

1871

Fraktion der SPD:

Uni in der Krise – Senat in der Kritik!

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	1871, 1880
Wolfgang Beuß CDU	1872, 1881
Dr. Eva Gümbel GAL	1873, 1879
Dora Heyenn DIE LINKE	1874, 1882
Dr. Herlind Gundelach, Senatorin	1875
Philipp-Sebastian Kühn SPD	1877
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1878
Alexandra Dinges-Dierig CDU	1878

Fraktion der GAL:

Hafen für Ideen – Raum für kreative Wirtschaft

Jens Kerstan GAL	1882
Andreas C. Wankum CDU	1883
Karl Schwinke SPD	1884
Norbert Hackbusch DIE LINKE	1885
Dr. Karin von Welck, Senatorin	1886
Dr. Eva Gümbel GAL	1887
Brigitta Martens CDU	1887
Ingo Egloff SPD	1888
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1889

Fraktion DIE LINKE:

Bildungsstreik! – Politik lernfähig?

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der CDU:

Modernisierung des Strafvollzugs – Schutz der Bevölkerung und Vermeidung von Rückfällen

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Antrag der Fraktion der SPD:

Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

– Drs 19/3282 – 1889

Gabi Dobusch SPD	1889
Karen Koop CDU	1891
Linda Heitmann GAL	1892
Kersten Artus DIE LINKE	1893
Britta Ernst SPD	1894

Beschluss 1895

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 19/2928:

Haushaltsplan 2009/2010 Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung, Ti- tel 3200.685.39 „Außerschuli- sche Berufsvorbereitung“ – Einrichtung neuer Produkti- onsschulen in freier Träger- schaft (Senatsantrag)		Schutz geistigen Eigentums im Internet	
– Drs 19/3269 –	1895	– Drs 19/3351 –	1913
Michael Gwosdz GAL	1895, 1905	Andreas C. Wankum CDU	1913
Dittmar Lemke CDU	1897, 1904	Uwe Grund SPD	1914
Britta Ernst SPD	1898	Farid Müller GAL	1915, 1919
Dora Heyenn DIE LINKE	1900, 1902	Kersten Artus DIE LINKE	1917, 1919
Christa Goetsch, Zweite Bürger- meisterin	1901		
Andrea Rugbarth SPD	1902		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1903		
Ties Rabe SPD	1904		
Beschlüsse	1905	Beschlüsse	1920
Große Anfrage der Fraktion DIE LIN- KE:		Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Situation der "Ein-Euro-Jobs" und der von ihnen Betroffenen in Hamburg		Medienkompetenzförderung in Hamburg – wird der Senat den Anforderungen der Wissensge- sellschaft gerecht?	
– Drs 19/2936 –	1906	– Drs 19/2906 –	1920
Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	1906	Uwe Grund SPD	1920
Dr. Natalie Hochheim CDU	1910	Andreas C. Wankum CDU	1922
Elke Badde SPD	1910	Farid Müller GAL	1922
Antje Möller GAL	1912	Kersten Artus DIE LINKE	1923
		Dr. Karin von Welck, Senatorin	1925
Beschluss, Besprechung erfolgt	1913	Beschluss, Besprechung erfolgt	1925
Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:		Große Anfrage der Fraktion der CDU:	
Schutz geistigen Eigentums im Internet		Welche Bedeutung hat Indien für Hamburg?	
– Drs 19/3276 –	1913	– Drs 19/2999 –	1925
dazu		Beschluss	1925
Antrag der Fraktion die LINKE:		Antrag der Fraktion der CDU:	
Schutz des geistigen Eigen- tums im Internet		Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"	
– Drs 19/3348 –	1913	hier: Entenwerder Park als Freizeit- und Erholungsfläche- park – Zuschuss an die E.P.E. Elbe Ponton Entwicklung GmbH und Co. KG	
und		– Drs 19/3274 –	1925
Antrag der Fraktion der SPD:		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1926
		Beschluss	1926
		Bericht des Eingabenausschusses:	

Eingaben – Drs 19/3244 –	1926	Schulschwänzen, Schulverweigerung – hat Hamburg die Probleme im Griff? (Große Anfrage der Fraktion der SPD)	
Bericht des Eingabenausschusses:		und 19/1591: Schulschwänzen ernst nehmen – Dunkelfeld aufhellen – Transparenz schaffen durch externe Evaluation (Antrag der Fraktion der SPD)	
Eingaben – Drs 19/3245 –	1926	– Drs 19/3230 –	1927
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben – Drs 19/3246 –	1926	Beschluss	1927
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben – Drs 19/3247 –	1926	Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/2857:	
Beschlüsse	1926	Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zuständigkeit des Jugendrichters eines hamburgischen Amtsgerichts als Vollstreckungsleiter für die Vollstreckung von Jugendstrafe und Jugendarrest und als Vollzugsleiter für den Vollzug von Jugendarrest sowie der Jugendkammer und der Strafvollstreckungskammer bei dem Landgericht Hamburg für die Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand (Senatsantrag)	
Sammelübersicht	1926		
Beschlüsse	1927		
Große Anfrage der Fraktion der SPD:			
Freiwilligendienste und Zivildienst in Hamburg: Aktuelle Zahlen und Aktivitäten des Senats – Drs 19/2907 –	1927	– Drs 19/3265 –	1927
Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	1927	Beschlüsse	1927
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/2639:	
Tagesmütter und -väter in Hamburg: Kindertagespflege als Sparschwein des Senats? – Drs 19/3072 –	1927		
Besprechung beschlossen	1927		
Bericht des Schulausschusses über die Drucksachen 19/1040:			

Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6 „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“, Kapitel 6300 „Verkehr und Straßenwesen“

1. Bericht über den Bundesfernstraßenbau in Hamburg und Erläuterung der Einzelmaßnahmen

2. Aufstockung der beim Titel 6300.799.04 „Honorare, Ingenieur- und sonstige Dienstleistungen für Investitionsprojekte in der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen“ im Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 24.000 Tsd. Euro für 2009 und 2010 um jeweils 35.000 Tsd. Euro auf jeweils 59.000 Tsd. Euro (Senatsantrag)
– Drs 19/3266 –

1928

Beschlüsse

1928

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3125:

Überführung des Landesbetriebes Laeishalle – Musikhalle Hamburg in die Elbphilharmonie und Laeishalle Service GmbH (Senatsantrag)
– Drs 19/3267 –

1928

Beschlüsse

1928

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3165:

Haushaltsplan 2009/2010 – Einrichten neuer Haushaltstitel im Einzelplan 3.2 "Behörde für Wissenschaft und Forschung" (Senatsantrag)
– Drs 19/3268 –

1928

Beschlüsse

1928

Interfraktioneller Antrag:

Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 19/3255 –

1928

Beschluss

1929

Antrag der Fraktion der CDU:

Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms Hamburg 2010
hier: Technische Ausstattung für die Stäitsch Theaterbetriebs GmbH
– Drs 19/3275 –

1929

Beschluss

1929

Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:

Stadtrundfahrten zukünftig nur noch in emissionsarmen Bussen
– Drs 19/3277 –

1929

Beschluss

1929

Interfraktioneller Antrag:

Viertes Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften
– Drs 19/3280 (Neufassung) –

1929

Beschlüsse

1929

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Auswirkungen der Geschäftspolitik der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein auf die aus ihnen fusionierte HSH Nordbank
– Drs 19/3360 –

1929

Beschluss

1929

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Ich beginne zunächst mit Geburtstagsglückwünschen, sie gehen an unseren Kollegen Gunnar Eisold. Lieber Herr Eisold, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zu Ihrem Geburtstag

(Beifall bei allen Fraktionen)

und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr und gehen Sie bitte pfleglich mit den schönen Blumen um.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei um den Antrag der CDU und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/3360, Auswirkungen der Geschäftspolitik der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein auf die aus ihnen fusionierte HSH Nordbank, der als Tagesordnungspunkt 38 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Darüber hinaus haben die Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, dass die Tagesordnungspunkte 3f, 33, 35 bis 37 vertagt werden sollen. Dabei handelt es sich zum einen um die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/2937, zum andern um vier Anträge der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/3281, Neufassung, 19/3283, 19/3284 und 19/3285.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Uni in der Krise - Senat in der Kritik!

von der GAL-Fraktion

Hafen für Ideen - Raum für kreative Wirtschaft

von der Fraktion DIE LINKE

Bildungsstreik! - Politik lernfähig?

und von der CDU-Fraktion

Modernisierung des Strafvollzugs - Schutz der Bevölkerung und Vermeidung von Rückfällen

Ich komme zum ersten Thema. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. – Die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt hat es.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich würde Sie bitten, Ihre Wiedersehensfreude etwas zu dämpfen. – Bitte!

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Universität Hamburg erlebt derzeit offene Konflikte wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Professorinnen und Professoren fordern die Abwahl der Universitätspräsidentin. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des akademischen Mittelbaus erklären sich solidarisch und unterstützen die inhaltliche Kritik. Fünf Dekane verfassen einen geharnischten Brief mit zentralen Kritikpunkten an der Unipräsidentin. Die Studierenden versammeln sich gegen Studiengebühren, schlechte Studienbedingungen und die Amtsführung der Präsidentin. Einhellig wird kritisiert: Die tiefe Kommunikations- und Vertrauenskrise, das Klima von Misstrauen und Angst, ein Klima, welches keine diskursiven Entscheidungsfindungen mehr möglich macht. Das ist für eine Universität eine verheerende Feststellung.

(Beifall bei der SPD)

Demotivierung, fehlende Wertschätzung, gnadenlose Top-Down-Prozesse. Der Struktur- und Entwicklungsplan darf erst seit zwei Tagen überhaupt universitätsöffentlich diskutiert werden. Es ist schlicht festzustellen, dass das Verhältnis zwischen Universität und Universitätspräsidentin zerrüttet ist. Und der aktuelle Brief nimmt im Kern nichts zurück und heilt nichts.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Wir müssen das Thema in der Bürgerschaft ansprechen, wir können nicht mehr Beobachter sein – bei allem Respekt vor der akademischen Selbstverwaltung oder dem, was der Senat davon übrig gelassen hat. Wir sind längst mittendrin.

Die Fraktionen der Bürgerschaft wurden von den drei ehemaligen Vizepräsidenten in großer Sorge angeschrieben. Sie befürchten eine drohende Zerstörung der Universität Hamburg und bitten uns um Hilfe. In der "FAZ" fragt die Philosophin Dorothea Frede verwundert, ob die Bürgerschaft den Vernichtungswillen der Präsidentin mittragen wolle. Nein, antworte ich darauf, auch Bürgerschaft und Senat müssen alles tun, um Schaden von der Universität abzuwenden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, Frau Senatorin, Sie sind dieser Aufgabe nicht nachgekommen, sondern haben gemeinsam mit der Präsidentin dazu beigetragen, die Universität schlecht zu reden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Es ist bitter, dass diese auf unsagbare Weise herabgewürdigt werden darf. Hinterhofuniversität, verrotteter Zustand – so die Präsidentin. Den Trott der letzten 30 Jahre beseitigen – das ist Ihr Wunsch, Frau Senatorin.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Das bedeutet nichts anderes als auf den Müll mit der alten Universität. Sie bestreiten die Leistungen und Stärke der Universität und ein Gespür für das, was die Uni wirklich ausmacht, besitzen Sie beide nicht. Das finde ich niederschmetternd.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Eine Universität ist mit einer Bildungsidee verbunden, die ich bei Ihnen schmerzlich vermisse.

(Beifall bei der SPD)

Sie betrachten Modernität und Demokratie als Gegensatz und Effektivität und Effizienz als akademische Leitkriterien. Damit befinden Sie sich in der bildungspolitischen Sackgasse.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was muss jetzt geschehen? Die Uni braucht einen Prozess und Rahmenbedingungen, um wieder Grundvertrauen aufzubauen und sich auf ihre Stärken zu besinnen. Die Universität braucht eine Persönlichkeit in ihrer Leitung, die diesem Amt gewachsen ist. Die Universität braucht Luft und Freiraum für ihre Studienstrukturen und ihre Entwicklungsplanung, was für mich heißt, kein Dogma bei der Dreijährigkeit der Bachelor-Studiengänge und Offenheit für diskursive Prozesse in der Profilbildung. Und die Universität braucht Demokratie und die Fähigkeit ihrer Mitglieder, Verantwortung in einem demokratischen System zu übernehmen.

Ein Keim für die strukturellen Probleme an der Universität liegt im Hochschulgesetz. Frau Senatorin, ziehen Sie das so genannte Wissenschaftsförderungsgesetz zurück, und zwar in Gänze, und nicht nur in Teilen, wie es die GAL fordert.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

In den letzten Jahren haben die Hochschulgesetze der CDU ganze Ebenen der akademischen Mitwirkung ausgelöscht. Der eingesetzte Hochschulrat, der nicht öffentlich tagt, der sich niemandem gegenüber öffentlich legitimieren muss und der auch keiner universitären Öffentlichkeit gegenübersteht, wählt die Präsidentin, die Kanzlerin, genehmigt die Grundordnung, den Wirtschaftsplan und beschließt die Struktur- und Entwicklungsplanung, also das wichtigste Inhaltliche für die Universität. Welche Machtfülle ohne demokratische Legitimation – das müssen wir unbedingt ändern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Die Universität braucht sofort gute Arbeitsräume und klare Entwicklungsperspektiven. Wer glaubt noch an die Lippenbekenntnisse eines ergebnisoffenen Prozesses? Wir brauchen die Entscheidung jetzt. Kei-

ne Verlagerung der Universität in den Freihafen, sondern Neubauten und Modernisierung am Bestand, damit die Universität sich entwickeln kann. – Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie, Frau Stapelfeldt, reden alles schlecht und dieses schon seit Wochen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Das müssen Sie gar nicht, weil die Unfähigkeit sitzt da oben!)

Ich verkenne nicht, dass die Situation sehr ernst ist und wir die Auseinandersetzung in jedem Fall sehr kritisch weiter mitverfolgen müssen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Das sollten Sie auch!)

Sie zeigt aber auch eines, Kollegen von der SPD, nach Jahren des Dornröschenschlafs an der Universität

(*Michael Neumann SPD:* Seit 2001! Seit 2001!)

unter Ihrer Ägide tut sich endlich etwas an der Universität

(Zuruf von der SPD: Seit wann regieren Sie denn!– *Michael Neumann SPD:* Herr Beuß hat noch nie registriert!)

und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind doch nur nach dem Motto verfahren, wer nichts macht, macht auch nichts verkehrt. So könnte man das Motto der SPD

(Zuruf: Aber nicht, wer was macht, muss gleich alles verkehrt machen!)

bezüglich Ihrer Hochschulpolitik in den letzten 10 Jahren wirklich bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Ich verkenne aber auch nicht, dass über den Stil der derzeitigen Auseinandersetzung ein wenig mehr und intensiver nachgedacht werden muss.

(*Ingo Egloff SPD:* Das sollte die Präsidentin jetzt tun!)

Die Präsidentin hat mit Briefen und Ankündigungen versucht, einen Weg zu finden, um das Geschehene wieder ein wenig in geordnetere Bahnen zu bewegen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Misstrauen!)

(Wolfgang Beuß)

Möge es ihr gelingen. Ich hoffe, dass das Tisch-tuch noch nicht so weit zerschnitten ist, dass keine Umkehr mehr möglich ist.

Unbestritten ist aber auch, dass sich einiges an dieser Universität ändern muss, wenn wir in unserer Stadt eine Wissens- und Bildungsstätte von erstem Rang haben wollen. Reformatoren – und das sage ich als Protestant – waren noch nie sehr beliebt, wenn sie Änderungen eingeführt haben und wer das, so wie zurzeit an der Universität, tiefgreifend tut, dem weht ein harter Wind ins Gesicht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ein sehr gewagter Vergleich!)

Allerdings kann man Qualität auch nicht erzwingen. Reformen durchzusetzen geht aus meiner Sicht immer nur im Konsens.

(Beifall bei Thomas Böwer SPD)

Alle müssen an einem Strang ziehen.

(Michael Neumann SPD: Aber in dieselbe Richtung!)

Meines Wissens zieht auch niemand an der Universität die Notwendigkeit des Bologna-Prozesses in Zweifel. Unsere Universität braucht ein stärkeres Profil, eine bessere Lehre und nicht zuletzt bauliche Einrichtungen, die den Anforderungen eines modernen Lehr- und Forschungsbetriebes gerecht werden. Vor diesem Hintergrund lautet mein Appell an die streitenden Parteien an der Universität: Nutzen Sie die nächste Zeit dazu, sich an einen Tisch zu setzen und gemeinsam die Universität nach vorne zu bringen.

Den unversöhnlichen Widersachern der Universitätspräsidentin möchte ich nur einen Rat geben: Was man einreißt, muss man hinterher auch wieder aufbauen.

(Ingo Egloff SPD: Ja, aber mit jemand anders!)

Deswegen appelliere ich an die Kritiker: Handeln Sie verantwortlich, handeln Sie im Sinne der Zukunft unserer Universität. Frau Stapelfeldt, die 68er-Ideen, die Herr Dräger mit unserer Hilfe abgeschnitten hat und die Sie wieder eingefordert haben, wird es mit uns nicht geben. Wir brauchen schlankere Strukturen für alle Hochschulen, damit sie sich zeitgemäß weiterentwickeln können.

(Ingo Egloff SPD: Sie sind ja ein Ideologe!)

Wir müssen an dieser Stelle darauf schauen, was uns das Hochschulgesetz gebracht hat. Deswegen haben wir in der Koalition vor ungefähr zwei Wochen mit der Senatorin gemeinsam darüber beraten und Einigkeit erzielt, dass wir erst einmal eine Evaluation wollen. Auf der Grundlage der Evaluation dieses Gesetzes kann dann auch daran gegangen werden, das Gesetz entsprechend zu überarbeiten und den Erfordernissen anzupassen.

(Beifall bei der CDU und der GAL– Dr. Andreas Dressel SPD: Und was heißt das jetzt?)

Herr Dressel, an Ihrer Aufnahmefähigkeit habe ich schon immer gezweifelt. Das haben Sie jetzt einmal wieder unter Beweis gestellt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann erklären Sie's doch mal!)

Wir wollen die Ziele, die wir mit diesem Gesetz beabsichtigen, erreichen: Stärkung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen, Leistungsanreize in der Besoldung für Professoren und bessere Betreuung für Studierende.

Die Lage an der Universität ist ernst, aber nicht aussichtslos und ich hoffe, dass sie sich in den nächsten Wochen und Monaten wieder beruhigen wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es schon gesagt – die Situation an der Hamburger Universität ist mehr als unbefriedigend. Die öffentlichen Debatten der vergangenen Wochen und Monate lähmen die Universität und schaden ihrem Ansehen. Wenn über 120 Professorinnen und Professoren die Präsidentin zum Rücktritt auffordern, wird ersichtlich, dass etwas deutlich aus dem Ruder läuft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Mir scheint es notwendig, zwei Gründe, die für die Führungskrise an der Universität verantwortlich sind, anzusprechen. Das ist zum einen der gesetzliche Rahmen, innerhalb dessen die Führung ausgeübt wird und es ist zum anderen die Art und Weise, wie diese Führung umgesetzt wird.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zunächst einmal zur Art und Weise. Man darf und muss von einer universitären Leitung erwarten, dass sie mit dem Gegenüber so spricht, dass das Gefühl vermittelt wird, angehört und ernst genommen zu werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und dass sie bei Meinungsverschiedenheiten auf das Argument zurückgreift und nicht auf die Verfügungsgewalt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Führungsqualität beinhaltet Geduld und Ausdauer und die Möglichkeit, die eigene Zielstrebigkeit dem manchmal redundant erscheinenden Diskurs unterzuordnen.

(Dr. Eva Gümbel)

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem rechtlichen Rahmen, der das Feld absteckt, auf dem sich die Präsidentin bewegt. Das ist das Hamburger Hochschulgesetz, das zuletzt 2006 vom damaligen Wissenschaftssenator Dräger verändert worden ist. Diese Veränderungen haben dazu geführt, dass viele Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen der damaligen Gremienuniversität umgeformt oder abgeschafft wurden. Das Gesetz hat zu einer Umformung der Universität geführt, in der die zentrale Machtstellung des Präsidiums gestärkt und viele kleine Fachbereiche zu den sechs Fakultäten zusammengeschlossen wurden. Diese Verschiebung der Machtbalance innerhalb der Universität hat viel Unmut hervorgerufen, auch weil vieles von dem, was früher auf dem kurzen Dienstweg geregelt werden konnte, nun der Zustimmung des Präsidiums bedarf.

Was in dieser Krise sehr deutlich zu Tage tritt, ist das Fehlen neuer Kommunikationsstrukturen auf allen Ebenen, sowohl zwischen dem Präsidium und den Dekanen als auch zwischen den Dekanen und den Departements. In dieser schwierigen Gemengelage ist es der Universität dennoch gelungen, einen Struktur- und Entwicklungsplan voranzubringen – wir haben vorhin schon von Frau Dr. Stapelfeldt davon gehört –, der die Grundlage für die Neuausrichtung und Profilbildung formuliert. Die große Zustimmung, die dieser Prozess erfährt, macht deutlich, dass es an der Universität kein Zurück zur alten Gremienuniversität geben wird, verdeutlicht aber umso mehr die Notwendigkeit neuer Kommunikationsstrukturen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wie kann ein Prozess angeschoben werden, an dessen Ende steht, wie die Universität der Zukunft aussehen soll und welche Strukturen sie brauchen wird? Wir Grünen wollen in dieser schwierigen Situation eine Leitbilddebatte innerhalb der Universität anstoßen, die auf dem vorliegenden, noch zu verabschiedenden Struktur- und Entwicklungsplan aufbaut. Es muss im Kern darum gehen, dass sich die Universität selbst vergewissert, welche Idee, welche Vorstellung sie von sich hat.

Die Politik kann dann durch die in der Koalition vereinbarte – der Kollege Beuß hat schon darauf hingewiesen – und jetzt vorgezogene Evaluation des Hamburger Hochschulgesetzes bewirken, dass die von der Universität für nötig befundenen Strukturen in das Gesetz einfließen. Möglicherweise bedeutet das eine Verschiebung der Aufgabenschreibung zwischen Präsidium und den Dekanen, ebenso wie das Installieren von neuen, tragfähigen Kommunikationswegen.

So notwendig es für eine Führungspersonlichkeit ist, gut zu kommunizieren, so ist es doch – und vor allen Dingen für mich von der Warte der Parlamentarierin aus gesehen – die wichtigste Vorausset-

zung, dass das Gesetz so gefasst ist, dass in ihm und mit ihm gute Führung möglich ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt hat darauf hingewiesen, dass es einen solchen Konflikt wie diesen an der Universität Hamburg noch nie gegeben hat. Es gibt auch nichts Vergleichbares im ganzen Bundesgebiet. Zugespitzt hat sich die Situation dadurch, dass im letzten Sommer die Wissenschaftssenatorin und die Präsidentin Arm in Arm die eigene Universität in aller Öffentlichkeit in der negativsten Form dargestellt haben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das galt sowohl für die Bausubstanz als auch für die Inhalte. In unseren Augen ist das ein ungeheurerlicher Vorgang, insbesondere auch deshalb, weil damit eine komplette Univerlagerung auf den Kleinen Grasbrook und eine komplette Neuausrichtung der Universität begründet wurde.

Lange Jahre wurde in der Universität alles hingegenommen, wenn auch mit Murren. Jetzt wird offen Widerstand geleistet und erst jetzt schreibt die Unipräsidentin einen vierseitigen Brief und verspricht Besserung. Aber tut sie das wirklich? Sie spricht davon, dass sie mit ihrem Arbeitsstil viele überfordert habe und ihr Reformtempo zu hoch gewesen sei. Der Hauptgrund für das Aufbegehren an der Universität ist hingegen das, wofür die Präsidentin eintritt. Die neuralgischen Punkte wie das Wissenschaftsförderungsgesetz, der Neubau der HCU und die Univerlagerung werden auf vier Seiten überhaupt nicht angesprochen.

Große Teile des Lehrkörpers und der Studentenschaft wollen in der Universität etwas ganz anderes als Frau Auweter-Kurtz. Jetzt verspricht sie eine Abstimmung innerhalb und außerhalb der Universität. 120 Professoren und Professorinnen und 170 wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben öffentlich ihre Unzufriedenheit geäußert. Ein Hauptkritikpunkt war immer, dass die Menschen, die die Universität ausmachen, nicht, viel zu spät und völlig unzureichend in einen Meinungsbildungsprozess zu den Reformen einbezogen werden. Online-Diskussionen und unverbindliche Befragungen ersetzen keine Mitbestimmung der Gremien.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wissenschaft und Forschung muss demokratisch organisiert werden und genau das will Frau Auweter-Kurtz nicht. Die Universität Hamburg braucht einen Neuanfang, sie braucht eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Grünen in Hamburg haben zurzeit viele Probleme. Ihr größtes ist, dass die GAL-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl gegen eine Univerlagerung auf den Kleinen Grasbrook ist, und die Landesvorsitzende der GAL eine glühende Befürworterin für den Totalumzug ist.

(Jens Kerstan GAL: Woher haben Sie das denn?)

– Ich habe es original erlebt, wie Ihre Landesvorsitzende mit glühenden Augen davon gesprochen hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD– Zurufe von der GAL)

– Nein, das war nicht der Fall.

Die Bürgerschaftsfraktion der GAL sagt nicht oder weiß nicht, was sie eigentlich will. Die Ursache für dieses Durcheinander ist der 27. September. Was Krista Sager hilft, schadet der schwarz-grünen Koalition. Es ist offenkundig, dass GAL und CDU die Entscheidung über den Bundestagswahltermin hinaus aufschieben wollen. Das ist nicht nur unredlich, das ist unzumutbar für die Situation an der Universität und in der Stadt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Im Wissenschaftsausschuss meinte der Staatsrat, dass der Senat darüber entscheide, ob eine Univerlagerung stattfinde oder nicht. Auch wenn er sich nur versprochen hat, die Entscheidung trifft die Bürgerschaft. Ich kündige schon einmal für unsere Fraktion an, dass wir in jedem Fall eine namentliche Abstimmung beantragen werden.

Sie von der CDU und der GAL sprechen immer davon, dass Sie Verantwortung übernehmen, weil Sie in der Regierung sind.

(Ingo Egloff SPD: Es kommt doch sowieso nicht dazu, die haben ja kein Geld!)

Sie tun das allerdings nicht, indem Sie Senatorenstellen besetzen, sondern Sie müssen auch Verantwortung übernehmen, wenn es unbequem ist. Das haben Sie weder bei der Elbphilharmonie noch bei der HSH Nordbank bis heute getan – wahrscheinlich tun Sie das dann auch erst nach der Bundestagswahl. Sie müssen auch unbequeme Entscheidungen treffen. Sagen Sie endlich, was Sie mit der Universität vorhaben und verschonen Sie uns bitte mit tendenziellen Gutachten, falschen Berechnungen und langweiligen Power-Point-Präsentationen. Wir können es nicht mehr hören, wir können es nicht mehr sehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir von der LINKEN erwarten, dass die Senatorin Gundelach endlich mit dieser Hinhaltetaktik im Wissenschaftsausschuss und im Parlament aufhört

und sich der Kritik aller Hamburger und Hamburgerinnen stellt. Sollte Ihnen dazu der Mut fehlen, dann sollten Sie gemeinsam mit Frau Auweter-Kurtz die Verantwortung abgeben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dr. Gundelach.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Universität steckt derzeit in der Tat in einem Umbruch, der allerdings von vielen durchaus als krisenhaft empfunden wird, das ist nicht zu leugnen. Ich habe aber in den letzten Wochen sehr viele Gespräche in der Universität geführt und zwar mit allen Ebenen, von den Dekanen im Präsidium über die Professoren, das nicht-wissenschaftliche Personal bis hin zu den Studenten. Mir wurde bedeutet, dass die Mehrheit der Universität, und zwar eine deutliche Mehrheit, hinter den Reformen steht. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Konkret haben wir es allerdings derzeit durchaus mit vier unterschiedlichen Problemebenen zu tun.

Das eine ist in der Tat die Führungsqualität und die Führungskultur der Präsidentin, die von vielen in Frage gestellt wird. Frau Auweter-Kurtz hat dies in der Zwischenzeit auch erkannt. Sie wissen, dass seit gestern ein offener Brief von ihr vorliegt, in dem sie auf viele Sachverhalte eingeht und auch von sich aus Angebote macht,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat sie ja gut getimt mit dem Brief!)

wie dieses zu ändern sei. Ich weiß auch, dass es an der Universität sehr viele skeptische Meinungen dazu gibt, ob dieses tatsächlich so realisierbar ist. Deswegen erwarte ich ein ganz deutliches Zeichen aus der Universität, ob man bereit ist, auf ihr Angebot einzugehen oder nicht. Dieses Zeichen ist für mich einfach deswegen unabdingbar, weil es letztendlich nicht um Personen, sondern um das Wohl der Universität geht. Deshalb ist es notwendig, dass wir sehr bald Klarheit haben, wie es an der Universität weitergeht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die zweite Problemebene ist in der Tat das Hamburger Hochschulgesetz. Frau Gümbel hat es gerade schon erwähnt und Herr Beuß ebenfalls, dass wir uns darauf verständigt haben, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Evaluation vorzuziehen, die eigentlich für Mitte der Legislaturperiode angedacht war, um die Strukturen zu überprüfen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja jetzt auch schon bald!)

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

– Wir fangen ja jetzt auch an. Bis zur Mitte dauert es noch ein Jahr. Normalerweise sind es vier, ein Jahr ist um, nach Adam Riese sind es zwei Jahre bis zur Mitte.

Deswegen wollen wir dieses Gesetz sehr gründlich überprüfen, auch dahingehend, ob in dem einen oder anderen Punkt über das Ziel hinausgeschossen worden ist. Wir gehen sehr ergebnisoffen heran, werden dies auch sehr zügig durchführen und dann entsprechende Resultate tatsächlich in eine Änderung des Gesetzes einbringen. Genau auf diesen Weg haben wir uns innerhalb der Koalition verständigt.

Die dritte Problemebene ist der Bologna-Prozess. Sie alle wissen, dass die meisten Studiengänge an der Universität in der Zwischenzeit auf Bachelor und Master umgestellt worden sind. Ich habe schon vier Wochen nach meinem Amtsantritt gesagt, dass bei den Bachelor-Studiengängen dringend nachgearbeitet werden muss. Aus meiner Sicht ist man dort nicht sorgfältig genug vorgegangen, indem man es unterlassen hat, der neuen Struktur auch die Inhalte anzupassen. Das müssen wir machen.

Dieses Thema ist ganz bewusst das zentrale Thema auf der Tagesordnung der diesjährigen Tagung, die ich einmal jährlich ganztägig mit den Hochschulpräsidenten durchführe. Wir haben auch Gäste von außen eingeladen, die uns dazu beraten werden, um dann mit den Hochschulpräsidenten gemeinsam zu besprechen, wie wir dieses Manko tatsächlich möglichst schnell beseitigen können. Das ist mir ein Anliegen, schließlich und endlich geht es dabei um das Wohlergehen der jungen Menschen, derjenigen, die jetzt an der Universität studieren. Wir können nicht zulassen, dass diese studieren, ohne dann auch entsprechend mit ihrem Abschluss qualifiziert zu sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die vierte Ebene ist natürlich die Diskussion um die bauliche Entwicklung der Universität. Ich betone an dieser Stelle noch einmal, was ich von Anfang an immer gesagt habe, dass – auch wenn Frau Stapelfeldt das wieder negiert hat – ich ergebnisoffen bin. Ich habe kein Projekt –

(Zuruf)

– Ich weiß, es wird aber durch ständiges Wiederholen auch nicht wahrer.

(Michael Neumann SPD: Eben, eben!)

– Nein, Ihre Bemerkung meine ich.

Ich habe von vornherein gesagt, es geht mir um das Wohlergehen der Universität, um die Entwicklungsmöglichkeiten, die sie haben muss.

(Michael Neumann SPD: Das wird durch ständiges Wiederholen auch nicht wahrer!)

– Doch, das ist so, denn darum geht es im Wesentlichen. Dass es Ihnen vielleicht nicht darum geht, ist Ihre Angelegenheit. Mir geht es darum.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deswegen bin ich an einer Lösung interessiert, die der Universität Entwicklungsperspektiven bietet, die sie in die Lage versetzt, ihre Aufgaben wahrzunehmen und den Struktur- und Entwicklungsplan umzusetzen, der nach meiner Kenntnis von weiten Teilen der Universität sehr positiv bewertet wird, die sagen, dass er ihnen eine Perspektive gibt, wie sie in den nächsten Jahren verfahren sollen. Für die erfolgreiche Umsetzung dieses Struktur- und Entwicklungsplans müssen aber eben auch die entsprechenden Möglichkeiten vorhanden sein. Deswegen ist das für mich ein weiteres, wichtiges Feld, das wir in dieser Legislaturperiode erfolgreich bestellen müssen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Auf der anderen Seite befinden wir uns an der Universität in der Tat in einem wichtigen Reformprozess und Frau Gümbel hat das gerade, sehr zu Recht, wiederholt. Wir wollen diesen Reformprozess nicht um 20 Jahre zurückdrehen. Die Hochschulen sind auch einem ständigen Wandel unterworfen. Es gibt heute keine Universität mehr wie vor 100 Jahren, genauso wie sich andere Bereiche auch gewandelt haben und deswegen muss die Hochschule auch den Bedingungen angepasst werden.

Dazu gehört auch, dass die Wettbewerbsfähigkeit unter den Hochschulen heute eine ganz andere ist als früher; wir haben eine Wettbewerbsfähigkeit, einfach deshalb, weil die Wissenschaft wesentlich globaler ist. Die Vernetzung der Wissenschaft untereinander ist noch wesentlich stärker als die der Wirtschaft untereinander. Deswegen müssen Hochschulen optimale Bedingungen bieten können, damit sie auch in der Lage sind, qualifizierte Professoren und qualifizierte Studenten heranzuziehen und diese dann auch einer entsprechenden Ausbildung zuzuführen.

Das steht für uns im Mittelpunkt, dafür müssen wir auch bereit sein, Geld in die Hand zu nehmen und ich bin froh, dass dieser Senat dazu bereit ist. Allerdings bin ich auch der Auffassung, dass wir nicht unendlich viel Zeit haben, diesen Wandlungsprozess durchzuführen, denn wir haben viel Nachholbedarf. Die anderen hören auch nicht auf, zu wachsen und sich weiterzuentwickeln. Das heißt, wir müssen, ohne das gründliche Arbeiten außer Acht zu lassen, schon ein bisschen Drive entwickeln und dies relativ zügig machen.

In diesem Sinne werden wir diese Zielsetzung in der Koalition zügig und gemeinsam angehen und auch gemeinsam mit der Universität, darauf lege ich Wert. Ich habe in den letzten Wochen wirklich sehr viele Gespräche in der Universität geführt

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

– allerdings habe ich das nicht über die Presse kommuniziert, das gebe ich ganz ehrlich zu, das ist auch nicht mein Stil –, weil ich die Meinung der Universitätsangehörigen einholen wollte. Ich glaube, das ist mir auch in einem sehr breiten Umfang gelungen, und deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir diesen Reformprozess gemeinsam mit der Universität erfolgreich umsetzen können.
– Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kühn.

Philipp-Sebastian Kühn SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder einmal diskutieren wir in der Hamburger Bürgerschaft in der Aktuellen Stunde über das Thema Hochschulpolitik und wieder einmal, wie vor gut einem Jahr, als wir über das Studiengebührengesetz gesprochen haben, reden wir zu diesem Thema vor einem sehr negativen Hintergrund, wie wir Sozialdemokraten finden. Die Entwicklungen in den vergangenen Wochen und Monaten zeigen, dass Sie mit Ihren Wünschen und Vorstellungen, die Sie hatten, als Sie Frau Auweter-Kurtz zur Präsidentin der Universität berufen haben, schweren Schiffbruch erlitten haben.

(Beifall bei der SPD)

Diese Präsidentin war nicht imstande, das Erbe anzutreten, das es anzutreten galt. Worüber reden wir?

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU:* Welches Erbe meinen Sie?)

– Ja, auf das Erbe möchte ich gerne eingehen, weil es einer der zentralen Punkte ist, warum Frau Auweter-Kurtz meiner Meinung nach gescheitert ist. Ich glaube, man kann schon heute sagen, dass sie mit ihren Bemühungen gescheitert ist, denn die Universität ist ein ganz besonderes Symbol, nämlich das Symbol für den Beginn der Demokratie in Hamburg nach 1918. Dass eine Universitätsgründung vor 1918 in dieser Stadt nicht gewollt war, ist eine Hamburgensie, sozusagen ein Bild, das es wert ist, es sich auch heute immer wieder in Erinnerung zu rufen. Gerade auch die Gründung der Universität im Jahre 1919 steht als Symbol für den demokratischen Aufbruch in Hamburg, sie ist das Symbol der Weimarer Republik und deshalb verdient sie einen wesentlich geschichtsbewussteren Umgang als den, den diese Präsidentin bislang gepflegt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten wollen ganz sicher nicht die Rolle rückwärts, auch wir wollen nicht zurück zu der Universität der Achtziger- und Neunzigerjahre und natürlich weiß auch ich als jemand, der an die-

ser Universität studiert hat, dass wir einige Präsidenten hatten, die kommunikationsstärker, dafür häufig aber nicht so entscheidungsstark waren.

(*Frank Schira CDU:* Das ist ja vollkommen falsch!)

Wir sind uns, denke ich, alle einig, dass wir da nicht wieder hin wollen, aber aus meiner Sicht ist die Zukunft nicht mit dieser Präsidentin zu bewältigen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir einen Neuanfang brauchen, damit wir die Universität in all ihren Entscheidungsebenen mitnehmen können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Beuß, Sie sprachen davon, dass es einen radikalen Bruch hätte geben müssen mit dem, was diese schlimmen Achtundsechziger alles angerichtet hätten. Der große Soziologe Ralf Dahrendorf, der leider vor kurzem gestorben ist und von dem ich nicht weiß, ob er sich als Achtundsechziger begriffen hätte, hat in dieser Zeit den schönen Satz geprägt, dass Bildung ein Bürgerrecht sei. Bildung allen zugänglich zu machen, darum ging es auch der sozialdemokratischen Koalition bei den Bildungsreformen der Sechziger- und Siebzigerjahre und damit kommen wir zurück zu dieser Präsidentin und dem schönen Begriff Exzellenz, der geradezu Hochkonjunktur hat.

Man kann heute keinen wissenschaftlichen Text mehr lesen, ohne dass an irgendeiner Stelle das Wort Exzellenz vorkommt. Über welche Exzellenz reden wir eigentlich? Diese Präsidentin spricht nur von der Exzellenz der Forschung, wo es doch auch um die Exzellenz der Lehre, der Inhalte geht. Es geht darum, wie eine Universität als Organismus lebt, und nicht nur um eine kleine Fokussierung und Verengung der Diskussion auf einige wenige Forschungsbereiche, sondern es geht um Exzellenz an der gesamten Universität und das hat diese Präsidentin schlichtweg nicht begriffen.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Der Unmut vieler Studierender, Professoren und wissenschaftlicher Mitarbeiter bezieht sich nicht nur auf Stilfragen, über die viel gesprochen worden ist und zu denen sich auch die Präsidentin in den vergangenen Tagen durchaus selbstkritisch geäußert hat. Abgesehen von den Stilfragen geht es auch um die Inhalte und die Art und Weise, wie an der Universität versucht wird, Politik zu machen, quasi durchzuregieren, von oben nach unten Hierarchien zu zementieren und starre Strukturen aufzubauen. Nichts ist lähmender für einen kreativen Ort als ein starres Korsett und deshalb ist diese Sichtweise auf die Hochschule und demzufolge die Planung vollkommen falsch.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

(Philipp-Sebastian Kühn)

Das haben wir zum Beispiel auch bei der Diskussion um die eben angesprochene Uni-Verlagerung erlebt. Es ist doch erstaunlich, dass die Präsidentin, die an diesem Entstehungsprozess nicht ganz unmaßgeblich beteiligt war, bis heute kein einziges Mal im Wissenschaftsausschuss gewesen ist und uns Ausschuss-Mitgliedern einmal erklärt hätte, auf welcher Basis ihre sämtlichen Berechnungen und Ideen zustande kommen. Es ist ein Unding, dass die Universitätspräsidentin es nicht für nötig erachtet, ihre Position den Abgeordneten, die letztendlich die Entscheidungen treffen müssen, deutlich zu machen. Das zeigt, dass wir hier auf einem vollkommen falschen Weg sind. Deshalb ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen Ihren Schlusssatz formulieren.

Philipp-Sebastian Kühn (fortfahrend): Das will ich gerne tun.

Ich möchte den Aufruf der Hamburger Universitätsprofessoren gerne aufgreifen und Sie, Frau Senatorin, auffordern: Machen Sie endlich Schluss mit diesem Debakel, zeigen Sie Führungsstärke, auf Ihre nämlich kommt es jetzt an, nicht auf die von Frau Auweter-Kurtz.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sehr bemerkenswert und ein Fortschritt, dass die Regierungskoalition einräumt, dass an der Universität sehr kritische Zustände herrschen. Wir sind uns wahrscheinlich darin einig, dass für diese kritische Situation viele Faktoren verantwortlich sind. Es war die Rede vom Hochschulgesetz, es wurde von der Verschiebung der Machtstrukturen in der Universität gesprochen, Frau Senatorin hat auf erhebliche Defizite in den Bachelor-Studiengängen hingewiesen und man könnte dieser Liste noch einiges hinzufügen.

Es ist dringend notwendig, dass ein Kurswechsel erfolgt, und wir diskutieren heute auch über die bittere Wahrheit, dass die Frau Präsidentin und das Universitätspräsidium offensichtlich nicht in der Lage sind, mit dieser Krisensituation umzugehen. Ein Faktor, der die Situation so unerträglich macht, ist, wie die Präsidentin selbst eingeräumt hat, ihr Arbeits- und Kommunikationsstil. Frau Auweter-Kurtz hat in dem hier mehrfach angesprochenen Brief kundgetan, dass ihr und dem gesamten Präsidium inzwischen klageworden sei, dass sie durch die Fülle und das Tempo der laufenden Veränderun-

gen einem Großteil des wissenschaftlichen, technischen und Verwaltungspersonals sowie vielen Kolleginnen und Kollegen zu viel zugemutet hätte. Das stimmt in der Tat und ich kann nur an die Regierungskoalition appellieren: Es geht nicht einfach nur darum, zu kommunizieren und dann den inhaltlichen Kurs und die Ziele fortzusetzen, sondern um den Arbeitsstil zu verändern, muss man sich, wie es so schön heißt, ergebnisoffen auf die Diskussion in der Universität einlassen. Unsere Fraktion hat große Zweifel, ob das gelingen wird.

Ihnen, Frau Senatorin, möchte ich sagen, dass neben vielen anderen Faktoren auch der Universitätsumzug eine Zumutung ist. Insofern ist die Anmeldung richtig, wir reden nicht nur über die Universität und was aus ihr werden wird, sondern auch über Ihre Verantwortung, das heißt, wir haben es auch mit einer Krise des Senats zu tun.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Wolfgang Beuß* CDU: Herr Dr. Bischoff, jetzt übertreiben Sie aber!)

Ich möchte Ihnen das kurz verdeutlichen. Sie haben, wie Sie betonen, ergebnisoffen die Verlagerung der Universität vorangebracht, wobei ein grundlegendes Argument immer wieder auftaucht, dass nämlich die Bausubstanz des größten Teils der Universitätsgebäude desolat sei. Sie wissen, dass allein diese These schon umstritten ist, und sie wird nicht besser, wenn Sie sie wiederholen.

Zweitens ist es nicht wahr, wenn Sie sagen, Sie würden eine ergebnisoffene Diskussion anschieben, denn wir diskutieren über die Zukunft der Universität inmitten einer schweren Wirtschaftskrise. Zu einer ergebnisoffenen Diskussion gehört auch, darüber zu diskutieren, wie der finanzielle Rahmen sowohl für die Innenstrukturen als auch für die Veränderung der Bausubstanz beschaffen ist. Dass hier einiges unternommen werden muss, ist, unter uns gesagt, völlig unstrittig, aber ich kritisiere, dass Sie bis heute nicht ausgewiesen haben, wie Sie die Finanzierung des Reformprozesses an der Universität zustande bringen wollen. Herr Kerstan, insofern hat Ihre Kandidatin vorgestern ganz richtig gesagt, dass dieses Projekt mit erheblichen Finanzierungsrisiken verbunden ist. Diesen Punkt sollten Sie endlich einmal aufgreifen und klären, denn sonst führen wir eine Gespensterdiskussion und damit ist weder der Bürgerschaft noch der Universität gedient.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dinges-Dierig.

(*Michael Neumann* SPD: Ist das jetzt eine Bewerbungsrede?)

Alexandra Dinges-Dierig CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie alle

(Alexandra Dinges-Dierig)

stimmen mit mir darin überein, dass wir dasselbe Ziel mit unserer Universität verfolgen. Wir wollen in Hamburg mehr Exzellenz haben.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wenn ich das schon wieder höre!)

Und wo stehen wir heute? Diejenigen, die schon länger die Universitätsrankings in Deutschland verfolgen, müssten gesehen haben, dass Hamburg in den Vergleichsuntersuchungen der letzten Jahre immer wieder auf bitteren hinteren Plätzen gelandet ist.

(Dr. Monika Schaal SPD: Ziehen Sie doch um!)

Diesem Zwiespalt zwischen Ziel und dem heutigen Zustand der Universität bezüglich Forschung und Lehre gilt es energisch entgegenzusteuern. Eines, lieber Herr Kühn, geht mit Sicherheit nicht. Sie haben eben gesagt, die Präsidentin sei nicht in der Lage, das Erbe so weiterzuführen, wie sie es übernommen hat, so ähnlich waren Ihre Worte. Das war und ist auch nicht ihre Aufgabe. Ich bin fest davon überzeugt, es geht nicht nach dem Motto weiter so.

(Michael Neumann SPD: Das hat er ausdrücklich nicht so gesagt!)

So kann es nicht weitergehen und deshalb müssen an der Universität strikte Änderungen vorgenommen werden, was allerdings sehr schwierig ist. Wenn wir schon im Ranking so weit hinten liegen, frage ich Sie allen Ernstes: Welche Professoren nehmen einen Ruf an eine Universität mit einer solchen Ausgangssituation an?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann ändern Sie doch was!)

Bei der Ausstattung und dem Rankingergebnis werden wir keine Bewerbungen bekommen; deshalb müssen wir alle – und dazu zählen ebenso wie der Senat auch wir in der Bürgerschaft und alle anderen Beteiligten, allen voran die Beteiligten an der Universität – bei dieser schwierigen Ausgangssituation dazu beitragen, die, zwar nicht gerade Krise,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist es denn außer einer Krise!)

aber doch massiven Kommunikationsstörungen zu beseitigen. Ich glaube aber, dass das nicht einfach mit basisdemokratischen Abstimmungen umzusetzen ist, das wäre viel zu kurz gesprungen, sondern dass auch schwierige Entscheidungen zu treffen sind. Der ganze Prozess wird dadurch erschwert, dass die Umstellung der Bachelor/Master-Systeme in Deutschland zeitgleich kommt. Das alles macht das Miteinander an der Universität so schwierig.

Ich bin froh, dass inzwischen die Beteiligten an der Universität aufeinander zugegangen sind, und ich bin fest davon überzeugt, dass sie es schaffen, ei-

ne tragfähige Lösung zu finden, eine interne Kommunikation, die dieser Universität wirklich eine Zukunft gibt. Ich appelliere weiterhin an alle Beteiligten, sich zusammenzusetzen und für die Exzellenz an unserer Hamburger Universität zu kämpfen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die Kollegen Heyenn, Bischoff und Kühn eingehen. Es geht um die Flächenbedarfe der Universität und darum, dass Sie, Herr Kühn, gesagt haben, Sie fänden es ungehörig, dass die Präsidentin nicht in den Wissenschaftsausschuss gekommen ist, um uns dort die Flächenbedarfe zu erläutern. Herr Kühn, das war Ihrerseits ungehörig, denn wir hatten im Wissenschaftsausschuss besprochen, Herrn Hinze einzuladen, damit er uns die in der Studie aufgeführten Flächenbedarfe erläutert.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Der hat alles erklärt, nur nicht das!)

Wir hatten im Ausschuss gesagt, dass, wenn überhaupt, dann Kritik am Senat zu üben ist, insofern als der Senat die Präsidentin nicht dazu geladen hat. Bei allem Respekt, Herr Kühn, das Frau Auweter-Kurtz vorzuwerfen ist eine Wiederholung dessen, was wir bereits im Wissenschaftsausschuss klargestellt haben. Das finde ich auch an dieser Stelle nicht richtig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte aber auch auf die Kollegen von der LINKEN eingehen, zunächst auf Herrn Bischoff. Herr Bischoff, ich verstehe, dass Sie das Finanzierungsargument bemühen, Sie gehen immer an die Dinge heran, indem Sie die Finanzierung hinterfragen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau, das tun die anderen nämlich nicht!)

Nichtsdestotrotz muss ich gerade Ihnen zu bedenken geben, dass wir es sehr begrüßen, dass man sich zum ersten Mal in dieser Stadt für die Wissenschaft engagiert – Herr Kühn hat vorhin ausgeführt, welche Bedeutung die Universitätsgründung 1919 für eine Kaufmanns- und nur am Geld interessierte Hansestadt hatte. Wir haben jetzt die einmalige Chance, dass dieser Senat zwei Milliarden in die Hand nimmt, um sie in die Wissenschaft zu stecken. Wenn man dann mit dem Totschlagargument der Finanzierung kommt, finde ich das, gelinde ausgedrückt, sehr kurz gedacht. Es ist doch klar, dass es in dieser Phase der Wirtschaftskrise darum gehen muss, sich fit zu machen für die Zu-

(Dr. Eva Gumbel)

kunft. Es ist nicht damit getan, die Universität in Fachhochschule umzubenennen, sondern wir müssen der Universität die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln. Dazu braucht sie in der Tat Flächen.

(Michael Neumann SPD: Was sagt denn Krista Sager dazu?)

Frau Heyenn, Sie fordern, wir sollten uns jetzt festlegen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sie haben sich doch schon festgelegt!)

Sie wissen aber genauso gut wie ich, dass die Grundlage dieser Flächenbedarfe in dem STEP niedergeschrieben ist.

(Michael Neumann SPD: Haben Sie Krista Sager befragt?)

– Herr Neumann, halten Sie doch bitte einmal Ihren Mund.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

In diesem STEP sind die inhaltlichen Profilierungen der einzelnen Fakultäten so dargelegt, dass daraus die Flächenbedarfe abgeleitet werden können. Sollen wir als Partei uns festlegen, bevor wir diesen STEP offiziell vorliegen haben?

(Michael Neumann SPD: Hat das Krista Sager auch gemacht?)

Es ist doch klar, dass wir erst dann, wenn wir uns offiziell mit dem STEP auseinandersetzen können, auch die zugrunde gelegten Flächenbedarfe und die vier Szenarien beurteilen können. Natürlich werden wir prüfen, ob und wie sich die Universität in Eimsbüttel entwickeln kann, das ist selbstverständlich die erste Frage. Für den Fall, dass wir diese mit Nein beantworten, wird man noch anderes prüfen müssen. Das finde ich ein völlig vernünftiges und logisches Vorgehen. Wenn Sie meinen, Sie könnten es anders machen, dann halte ich das für extrem fahrlässig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gerne auf drei Themen eingehen. Ich finde es gut, dass die schwarz-grüne Koalition für uns alle festgehalten hat, dass es kein sogenanntes Wissenschaftsförderungsgesetz geben wird, wie es als Referentenentwurf vorliegt, sondern dass Sie in die Neubestimmung gehen. Aber wenn Sie das tun, dann bitte ich Sie, es in aller Sorgfalt und Klarheit zu tun, denn es kann überhaupt nicht um Kosmetik gehen und es geht mitnichten um Kommunikationsstrukturen oder um den Raum für Kommunikations-

strukturen, sondern um sehr viel mehr. Es geht darum, Herr Kollege Beuß, ob es an der Universität und den anderen Hamburger Hochschulen eine demokratische Mitwirkung und Mitentscheidung der akademischen Gremien gibt oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen zitiere ich aus dem Brief der Vizepräsidenten an die Fraktionen der Bürgerschaft. Dort heißt es, sie erschreckt

die Gefahr, dass durch den Abbau demokratischer Strukturen an der Universität junge Akademikerinnen und Akademiker nicht mehr erleben, dass Dissens und unterschiedliche Auffassungen in Diskurs, Streitkultur und nach den Regeln eines verantwortlichen Miteinanders zu tragfähigen Lösungen geführt werden.

Es wäre bitter, wenn das so wäre, und, Herr Beuß, wenn Sie sagen, Sie wollen nicht zu den Ideen der Achtundsechziger zurück, okay, aber was wollen Sie denn? Sie haben mit den Hochschulgesetzen der vergangenen sechs Jahre eine Entdemokratisierung eingeleitet, die mit dem sogenannten Wissenschaftsförderungsgesetz ihren Abschluss gefunden hätte. Was, bitte schön, wollen Sie denn? Wollen Sie Demokratie an den Hochschulen oder wollen Sie keine demokratische Mitwirkung? Das genau müssen Sie beantworten. Wir sind dafür, dass es diese Mitwirkungsmöglichkeiten gibt und deswegen muss das Hochschulgesetz auch in diesem Sinne verändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens zur Universität selbst: Frau Kollegin Dingel-Dierig, Sie bemühen sich momentan häufiger zu dem Thema Universität, aber es hilft nichts, auf die Vorurteile anderer aufzuspringen. Das Gewäsch über die sogenannte nicht vorhandene Exzellenz kann ich nicht mehr hören. Die Bedeutung des Wortes Exzellenz, wie sie hier gebraucht wird, nämlich als Totschlagargument für alles und jedes, bringt uns überhaupt nicht weiter. Bitte informieren Sie sich. Deswegen habe ich gesagt, es ginge auch darum, die wissenschaftlichen Leistungen und Stärken der Universität anzuerkennen und nicht einfach unter den Teppich zu kehren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um die von der Präsidentin jetzt angestrebten tiefgreifenderen Reformen geht, frage ich mich, welche sie eigentlich meint. Der Bachelor- und Masterprozess ist einer, der längst begonnen hatte, als die neue Präsidentin kam. Aber was hat sie denn selbst an tiefgreifenden Reformen auf den Weg gebracht? Ich kenne den Streit über die Einführung von Kostenstellen nach SAP,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat zumindest Exzellenz!)

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

aber das kann doch nicht allen Ernstes mit tiefgreifender Reform gemeint sein, und ansonsten ist mir keine einzige Idee für eine Reform an der Universität Hamburg bekannt, die sie eigenständig eingebracht hätte.

(Beifall bei der SPD)

Ein Letztes zu dem Thema bauliche Entwicklung und Zukunft der Universität. Dieser Prozess ist völlig auf den Kopf gestellt. Liebe Frau Kollegin Gumbel, Sie sagten eben völlig richtig, man brauche zunächst einen strukturellen Entwicklungsplan und dann könne man sagen, welche Flächenbedarfe daraus für die Universität erwachsen. Wir kennen diesen Plan nicht, Sie vielleicht schon. Er ist erst seit zwei Tagen universitätsöffentlich und wir wissen noch gar nicht, was da drinsteht. Der Prozess ist sowohl von Frau Gundelach als zuständiger Senatorin als auch von Frau Auweter-Kurtz seit dem letzten Sommer vollständig auf den Kopf gestellt worden, nämlich erst die Ziele definieren und dann allmählich, nach Monaten, mit den inhaltlichen Begründungen hinterherkommen. Das kann wirklich nicht der Sinn dieses ganzen Prozesses sein, im Gegenteil, dieses hätten wir schon längst haben müssen.

Zum Thema Kosten und Finanzierung: Wir brauchen eine Entwicklung der Hamburger Universität, die auch verantwortlich für die Stadt realisiert werden kann. Wir brauchen kein Wolkenkuckucksheim von drei, vier oder fünf Milliarden auf dem Kleinen Grasbrook im Freihafen. Deswegen sage ich in aller Deutlichkeit und Klarheit: Wenn wir uns darüber einig sind, dass wir die Universität weiterentwickeln wollen, dann müssen wir endlich den Stillstand beenden, den es durch die jetzige Verlagerungsdiskussion gegeben hat,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

dann muss es tatsächlich zu einer Entscheidung kommen, die eine Entwicklungsperspektive möglich macht. Es wird behauptet, dies sei ein ergebnisoffener Prozess – toll. Dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es sehr wohl möglich ist, aus der Universität Hamburg eingeklagten Flächenbedarfe tatsächlich auch am Standort Eimsbüttel zu realisieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, es ist schon makaber, wenn Sie davon reden, dass seit einem Jahr aus Ihrer Sicht ein Stillstand in der Diskussion über die Zukunft der Universität eingetreten ist. Dazu möchte ich Ihnen sagen, das wir, wie ich vorhin ausgeführt habe, jahrzehntelang Still-

stand bei den Sozialdemokraten hatten, die sich nicht im Geringsten um die Modernisierung und die Neubaupläne für die Universität Hamburg gekümmert haben.

(*Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Im Gegenteil, Herr Kollege, das war mit Herrn Dräger!)

– Ach, das ist doch wirklich Blödsinn.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurück.

Wolfgang Beuß (fortfahrend): Ich werde mich sehr darum bemühen, Herr Präsident.

Den Fahrplan der Entscheidungsfindung würde ich Ihnen gerne noch einmal verdeutlichen. Wir haben im Ausschuss dieses Gutachten – man mag es werten, wie man will – sehr ausführlich vorgestellt und kommentiert bekommen. Die Handelskammer wird ebenfalls ein Gutachten erstellen, und, Frau Stapelfeldt, darin waren wir uns einig, auch die Pläne des Bezirks Eimsbüttel wollen wir uns noch einmal genauer erläutern lassen.

(*Michael Neumann SPD:* Und von Krista Sager!)

Nun hören Sie doch einmal auf mit diesem Unfug. Was habe ich mit Krista Sager an dieser Stelle zu tun? Überhaupt nichts. Herr Neumann, wenn Sie etwas sagen wollen, dann kommen Sie nach vorne. Ich habe den Eindruck, dass Sie von der Sache keine Ahnung haben.

Der Fahrplan der Entscheidung wird dann weiterhin so aussehen, dass wir eine Expertenanhörung machen, darin waren wir uns alle fraktionsübergreifend einig. Wenn die gesamten Pläne vorliegen, wird zumindest die CDU-Bürgerschaftsfraktion sich auf dieser Grundlage eine Meinung bilden und sagen, wie sie sich eine Universitätsverlagerung beziehungsweise -teilverlagerung oder Renovierung im Bestand vorstellen wird.

Frau Stapelfeldt, wenn Sie für das Hochschulmodernisierungsgesetz Sorgfalt anmahnen, dann kann ich Ihnen sagen, dass wir mit sehr viel Sorgfalt, und das ist heute deutlich geworden, an die Evaluationsergebnisse herangehen und, wie von Ihnen gefordert, sicherlich auch sehr genau auf die demokratischen Entscheidungsprozesse und -strukturen innerhalb dieses Gesetzes achten und diese Prozesse so fördern werden, dass sie für den Diskurs förderlich sind, aber wir werden auch darauf achten, dass sie nicht zu Blockaden führen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Man mag über den Begriff der Exzellenz trefflich streiten, aber Sie, Frau Stapelfeldt, haben ziemlich

(Wolfgang Beuß)

danebengegriffen, wenn Sie vom Gewäsch der Exzellenz reden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die drei Vizepräsidenten der Universität haben allen Fraktionsvorsitzenden einen Brief geschrieben und ich konnte ihnen nur antworten, dass es in der Universität ähnlich war wie bei uns im Parlament. Wir wurden lange Zeit aus der gesamten Diskussion über eine mögliche Uni-Verlagerung völlig herausgehalten. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir im Wissenschaftsausschuss mehrere Kneifzangen brauchen, um überhaupt Informationen zu bekommen.

Nun liegen ein Gutachten, das eine Million Euro gekostet hat, und vier Szenarien vor. In einem Szenario sollte sorgfältigst für 200 000 Euro geprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt, die Uni am jetzigen Standort auszubauen. Das Ergebnis ist, dass jetzt der Bezirk Eimsbüttel etwas nachliefern muss, was diese Firma hätte längst machen müssen. Ich als Unternehmer würde sagen,

(Wolfgang Beuß CDU: Frau Heyenn, seit wann sind Sie Unternehmerin?)

die kriegen kein Geld, das ist ein ganz schlechtes Gutachten, wenn sie das alles nicht erfasst haben. Und so zieht sich ein Punkt nach dem anderen. Die Berechnungen sind allesamt äußerst schwierig und die Fotos sind manipulativ. Ich möchte ein Beispiel anführen, worüber wir uns im Wissenschaftsausschuss gewundert haben. Wir haben vier Szenarien, die zufällig alle ungefähr das Gleiche kosten. Dabei weiß ich, dass es sowohl in der CDU-Fraktion als auch in der GAL-Fraktion, Frau Sager hat es jetzt offen gesagt, ganz starke Bedenken gibt, ob dieser eingeplante Betrag wirklich einzuhalten ist. Es ist die Rede vom doppelten, dreifachen oder sogar vierfachen Betrag, der nötig wäre, um die Universität auf den Kleinen Grasbrook zu verlagern. Insofern halte ich das Finanzargument für total wichtig. Nur Hasardeure planen etwas, ohne es finanziell auszugleichen und durchzuplanen. Das geht nicht und deshalb finde ich, dass Sie völlig unrecht haben, Frau Gümbel, wenn Sie sagen, dass die Finanzen keine Rolle spielen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

In diesen Szenarien ist nämlich Folgendes passiert: Wenn die Universität am Standort Eimsbüttel bleibt, werden 375 000 Euro für die Erschließung des Kleinen Grasbrooks eingeplant. Das hat bisher keiner erklären können. Wenn die Uni am Standort Eimsbüttel bleibt, warum müssen dann 375 000 Euro fließen, damit der Kleine Grasbrook

für die Universität erschlossen wird? Das kann keiner sagen.

Nun hatten wir tatsächlich im Wissenschaftsausschuss jemanden, der uns die Flächenberechnungen erläutern sollte. Wir waren, ich glaube, bis in die CDU hinein, davon ausgegangen, dass jemand kommt, der uns erklärt, wie Sie darauf kommen, dass die Drittmittel sich auf das Doppelte belaufen, wie Sie darauf kommen, dass wir mehr Flächen brauchen. Wissen Sie, was uns vorgerechnet wurde? Bei diesem Punkt bin ich endgültig gegangen: Sie haben uns vorgerechnet, dass heute im bundesweiten Vergleich ein Professor einen Raum von 19 Quadratmetern braucht.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz)

Das ist nun wirklich keine Erklärung dafür, weshalb wir eine vergrößerte Universität auf dem Kleinen Grasbrook brauchen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Jetzt sagen Sie, Frau Gümbel, wir könnten erst eine Entscheidung fällen, wenn der STEP in der Universität entschieden worden ist. Ich frage Sie allen Ernstes, warum denn ein Gutachten für 1 Million Euro in Auftrag gegeben wurde, wenn das nicht die Basis für die Entscheidung ist, nämlich ein ganz anderes Gesetz, das erst in der Universität beschlossen werden muss. Diese 1 Million Euro hätte der Senat locker sparen können.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? Das sehe ich nicht.

Dann rufe ich das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf, angemeldet von der GAL-Fraktion:

Hafen für Ideen – Raum für kreative Wirtschaft.

Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg ist mehr als Handel und Hafen, das ist schon seit einiger Zeit ein zentraler Slogan der Grünen in Hamburg. Jetzt in der Wirtschaftskrise wird eines deutlich: Wer nicht auf moderne Zukunftsmärkte setzt, der wird Probleme haben; die Zukunft wird nicht den Großunternehmen, auch in den traditionellen Bereichen, gehören, sondern die Wachstumsmärkte von morgen werden in enormem Ausmaß von oftmals kleinen, innovativen Betrieben der Kultur- und Kreativwirtschaft gespeist, denn die Kultur- und Kreativwirtschaft ist in einer wissensbasierten Ökonomie ein

(Jens Kerstan)

zentraler Wachstumsmarkt, der in viele andere Bereiche ausstrahlt. Das war bisher unsere These und wenn wir heute in die Stadt sehen, zeigen sich viele Belege dafür, dass das auch stimmt.

Wir erleben in dieser Hafenstadt einen Einbruch im Hafen, der seinesgleichen sucht. Dort stehen die Kräne fast still, man duckt sich vor einem Einbruch und wartet auf gute Zeiten, von denen man denkt, dass sie vielleicht in ein oder zwei Jahren wiederkommen werden. An anderen Stellen in der Stadt dagegen ist lebendiges Leben, da passiert etwas, da entwickelt sich etwas, da werden neue Unternehmen gegründet mitten in einer großen Krise, auch mitten in einer Krise der Exportwirtschaft. Mag das in alten Hafenarealen stattfinden, am Oberhafen, wo Galeristen und Künstler ihr Auskommen finden, mag es sein, dass Udo Lindenberg in Rothenburgsort ein neues Museum und ein Hotel plant, oder dass Modedesigner auf der Veddel neue Projekte verkünden.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt höre ich von der SPD, die immer einen sehr starken Fokus auf den Hafen legt, das könne man nicht miteinander vergleichen, Herr Münster runzelt finster die Stirn.

(Ingo Egloff SPD: Das stimmt doch auch!)

– Herr Egloff sagt, das stimme doch auch.

Anscheinend meinen Sie, das seien so kleine, unwichtige Bereiche, die mit einem Großunternehmen wie der HHLA nicht mithalten können.

(Ingo Egloff SPD: Das hat doch keiner gesagt! Das müssen Sie schon mal gewichten!)

Dann sehen wir uns einmal die Fakten an, liebe Kollegen von der SPD. In Deutschland werden im Bereich der Kreativwirtschaft 61 Milliarden Euro umgesetzt. In dem Bereich arbeiten mehr als 1 Million Beschäftigte. Das ist mehr als in der Automobilindustrie, die viele in diesem Land für die zentrale Branche halten.

(Ingo Egloff SPD: Jeder achte Arbeitsplatz hängt von der Automobilindustrie ab!)

In diesem Bereich gibt es auch in einer Wirtschaftskrise Aufwärtspotenzial. Ich weiß nicht, warum Sie sich so darüber ärgern, darüber sollten wir uns freuen, dass es in dieser Krise auch noch Bereiche gibt, denen es gut geht und bei denen es vorangeht. Ich glaube, das sollten wir alle unterstützen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Weil dies so ist, ist es auch gut, dass die Förderung der Kreativwirtschaft ein ganz zentraler Baustein in dem neuen Leitbild des Senats, Wachsen mit Weitsicht, ist. Hier setzt man nicht nur auf den Export, sondern auch auf die heimische Wirtschaft,

die nicht so ohne Weiteres nach China verlagert werden kann.

Wenn man sich ansieht, was in diesem Bereich passiert, muss man eines feststellen: Auch traditionelle Branchen in Hamburg profitieren davon. Ohne die Werke und Leistungen der Schriftsteller, Komponisten, Bühnenbildner, Filmemacher und Künstler gäbe es keine Kultur- und Kreativwirtschaft. Sie sind Urheber, originär, Produzenten und Dienstleister, ohne die keine Filmfirma, kein Buchverlag und auch kein Galerist etwas zu tun hätte.

Soweit, so gut. Aber diese kreative Klasse braucht auch ein Umfeld, sie braucht nicht die geleckten, gutaussiehenden Stadtteile, sondern sie geht dorthin, wo Brüche sind, wo die Widersprüche in der Gesellschaft offen werden. Hier kann der wirtschaftliche Erfolg Hamburgs durchaus zum Nachteil werden, gerade auch, wenn man Hamburg mit Berlin vergleicht. In Berlin gibt es eine Vielfalt an Flächen, wo gerade diese jungen Menschen hingehen und praktisch den Humus einer neuen Entwicklung bilden können. In Hamburg stehen solche Flächen selten Künstlern zur Verfügung, weil Flächen teuer sind. Deshalb muss auch die Politik in diesem Bereich tätig werden, sie muss in diesem Bereich Flächen zur Verfügung stellen, dafür sorgen, dass nicht in jedem Winkel dieser Stadt Bauherren, Investoren und Finanzinvestoren schöne Glaspaläste hochziehen, sondern wir brauchen auch die alten, baufälligen Schuppen, die brachliegenden Gebiete als einen Bereich, in dem die Kreativen ihr Auskommen finden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dieses wird eine Sache sein, die nicht nur eine Kulturbehörde leisten kann, das wird eine Aufgabe sein, an der viele Behörden dieser Stadt mitwirken müssen. Die Stadtentwicklungsbehörde muss sich überlegen, ob angrenzende Areale der HafenCity wirklich bebaut werden müssen, die Wirtschaftsbehörde muss überlegen, ob in ehemaligen Hafengebieten Kreative ihr Auskommen finden können.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss. Wenn wir das alles tun, meine Damen und Herren, werden wir Impulse setzen, dynamische Entwicklungen in Gang setzen und dafür sorgen, dass Hamburg nicht nur ein Containerhafen ist und bleibt, sondern auch ein Hafen für Ideen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – der Kollege Kerstan hat es

(Andreas C. Wankum)

bereits betont – kommt es jetzt darauf an, die Hamburger Wirtschaft in allen ihren Facetten zu stärken und sie gleichzeitig fit zu machen für die Anforderungen der Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der bedeutendsten Branchen überhaupt. Im Gegensatz zu vielen traditionellen Industrien hat sie nicht damit zu kämpfen, dass sie schrumpfen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach weiter stetig wachsen wird.

(Zuruf von Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Bereits im Jahr 2008, lieber Herr Bischoff, hat sie in der Bundesrepublik einen Umsatz gehabt von 132 Milliarden Euro, in 240 000 Unternehmen mit knapp 1 Million Beschäftigten erwirtschaftete diese Vorzeigebbranche 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und in einer Kreativmetropole wie der Freien und Hansestadt Hamburg sind diese Zahlen sicherlich noch bedeutender. Auch ist dabei die Zahl der Selbstständigen außergewöhnlich hoch. Ich habe nie verstanden, warum zwischen den traditionellen Industrien und der Kreativwirtschaft, zwischen Hafen und Kreativwirtschaft ein Gegensatz gesehen wird. Diese Bereiche sind nicht konfrontativ, sondern additiv zu sehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Von dieser Senatsbank, meine Damen und Herren Kollegen von der SPD, ging einstmals die Losung aus: Wer Visionen hat, der möge doch bitte zum Arzt gehen. Der heutige Senat und die schwarz-grüne Koalition haben eine Losung, die genau das Gegenteil bewirkt, insbesondere in den elf Kernbranchen und Teilmärkten, die nach Definition der Bundesregierung und der EU-Kommission die Kreativwirtschaft ausmachen. Es geht uns auch nicht darum, irgendwelche billigen Wahlkampflösungen auszugeben, sondern darum, sich dieser Wirtschaftsbranche seriös zuzuwenden. Es geht uns darum, die Voraussetzungen zu stärken, um die einzelnen Bereiche der Kreativwirtschaft zusammenzuführen, von den sogenannten microstars über die Designer, die Software- und Games-Entwickler, die Architekten bis hin zu den Journalisten, den Werbetreibenden und so weiter, sie miteinander zu vernetzen, ihnen im Tagtäglichen Hilfestellung zu bieten.

Uns wird es mit der vom Bürgermeister auf dem Hamburger Mediendialog angekündigten Kreativagentur ebenfalls gelingen, kreative Hamburger in Hamburg zu halten und Kreative von außerhalb nach Hamburg zu holen, damit sie hier gerne arbeiten, dauerhaft leben und gerne ihre Steuern zahlen wollen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir stellen uns dem internationalen Wettbewerb der großen Metropolen. Diese von uns bereits in

der Vergangenheit begonnene Aufgabe wird vom schwarz-grünen Senat zum Wohle der Menschen in dieser Stadt, zum Wohle der Metropolregion, verstärkt fortgesetzt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Ich erteile dem Abgeordneten Schwinke das Wort.

Karl Schwinke SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von der GAL bestimmte, umfassende kreative Themenstellung lässt viel eigene Kreativität und Vermutungen zu, ohne eine ernsthafte Debatte im Wissen um ein konkretes Thema führen zu können. Man könnte es auch unfreundlicher formulieren, aber lassen wir es so stehen. Gleichwohl, nun wissen wir also, worum es geht. Hierzu nunmehr unsere Anmerkungen zu diesem Kreativthema.

Hamburg ist nichts ohne Hafen und Handel.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Richtig ist, die Kultur- und Kreativwirtschaft wird in Deutschland dauerhaft zu den Wachstumsbranchen gehören. Die Kultur- und Kreativwirtschaft übernimmt heute eine Vorreiterrolle auf dem Weg in eine wissensbasierte Ökonomie. Wenn die GAL heute das Thema Kultur- und Kreativwirtschaft präsentiert, ist zu fragen, ob Hamburg seine Hausaufgaben gemacht hat. Andere Länder haben bereits Kulturwirtschaftsberichte erarbeitet und führen Wettbewerbe durch. In Hamburg ist noch nicht einmal geklärt, was unter Kultur- und Kreativwirtschaft zu verstehen ist. Uns liegt bis heute keine klare Definition des Senats vor, da ist die Bundesregierung inzwischen schon ein wenig weiter.

(Beifall bei Karin Timmermann SPD)

Spricht der Senat hier von Kultur- und Kreativunternehmen, welche erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und medialen Verbreitung von kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen? Oder handelt es sich in erster Linie um Kulturschaffende, die auf staatliche Subventionen angewiesen sind? Sicher, auch ein vielfältiges kulturelles Angebot ist ein Beitrag zur Lebensqualität und schafft Anziehungskraft für die Stadt. Aber wie wird zum Beispiel der Tourismusfaktor gemessen?

Die SPD-Fraktion sieht zwei Bereiche, die klar voneinander zu trennen sind. Im Bereich der erwerbswirtschaftlich orientierten Kultur- und Kreativwirtschaft arbeiten zahlreiche Kleinunternehmen und Ein-Personen-Unternehmen, die von individueller persönlicher Förderung sehr stark profitieren können. Hier geht es nicht nur um Flächenmanagement, sondern auch um neue Fördermodelle, die projektorientierte Finanzierung ermöglichen.

(Karl Schwinke)

Bei dem zweiten Bereich handelt es sich um die Förderung der Arbeit von Kulturschaffenden durch öffentliche Mittel. Hier geht es nicht nur darum, die Rahmenbedingungen zu verbessern, sondern die Tätigkeit wird direkt unterstützt, weil die Leistungen am Markt keine adäquate Vergütung erzielen werden, das gilt zum Beispiel für Kulturveranstaltungen. Dabei wären wir dann bei der Kulturförderung. Der Senat muss endlich Farbe bekennen, was er will. Eine unternehmensorientierte Standortpolitik oder staatlich subventionierte Künstlerkolonien.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hält beides für wünschenswert, wir werden allerdings nicht unter dem Deckmantel der Kreativwirtschaft ohne Gesamtschau und Vergleich grüne Stadtteilkultur und Sozialarbeit aus öffentlichen Mitteln finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD-Fraktion steht die Förderung der erwerbswirtschaftlich orientierten Kultur- und Kreativunternehmen im Vordergrund. Wir brauchen dezentrale Gewerbehöfe, in denen Kleinstunternehmen und Einzelpersonen die Unternehmen zu günstigen Mietpreisen starten können. Wir brauchen Best-Practice-Beispiele, wir brauchen Unterstützung bei der Vernetzung und die Innovations-Wachstumsberatung muss forciert werden. Besonders wichtig sind die Bewertung der Geschäftsideen und die Vermittlung effektiver Unterstützung.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, eines sollte uns allen klar sein, auch bei der hier diskutierten Kultur- und Kreativwirtschaft handelt es sich um Bereiche der Wirtschaft. Es geht hier um Standortpolitik, um Standortvorteile, um Wirtschaftsinteressen und um die Konkurrenz mit anderen Großstädten und Regionen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört deshalb in die Wirtschaftsbehörde und nicht in die Kuschelecke der Kulturbehörde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schwinke, ich sehe in dem, was Sie eben gesagt haben, noch einiges an Erklärungsbedarf, nämlich wie sich Wirtschaft eigentlich entwickelt. Was Sie hier ausführten, ist die Art und Weise, wie früher die Sozialdemokratie Hafenpolitik gemacht hat, pur, ohne irgendetwas gelernt zu haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Ich glaube nicht, dass das zukunftsfähig ist. Aber genauso entsetzt war ich natürlich über das, was

Herr Kerstan vorgetragen hat. Die Art und Weise, zu ignorieren, wie die gegenwärtige Krise ist, im Hafenbereich, in den sogenannten Wirtschaftsinindustrien, und dann einfach zu sagen, die Kreativwirtschaft werde das schon lösen, das ist eine Ignoranz gegenüber den Problemen, das ist unverschämt angesichts dessen, was dort gegenwärtig passiert und es ist politisch nicht weitsichtig, sondern eher ziemlich kurzsichtig.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es macht mir mittlerweile etwas Sorgen, weil es inzwischen einen gewissen Laberfaktor innerhalb der GAL-Fraktion gegenüber diesem Thema gibt.

(Vereinzelter Beifall – Zurufe von der SPD – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Abgeordneter, würden Sie bitte Ihr parlamentarisches Vokabular entsprechend nutzen.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Ich habe das Gefühl, dass die GAL etwas zu häufig in den letzten Wochen über dieses Thema geredet hat, ohne darüber nachzudenken. Bei der letzten Bürgerschaftssitzung haben wir hier über einen Antrag der GAL und der CDU diskutiert im Zusammenhang mit Flächenmanagement für Kreative und Kulturwirtschaft. Jetzt diskutieren Sie über das gleiche Thema, nun nennen Sie es natürlich nicht Flächenmanagement, sondern Raum für Kultur. Das ist wahrscheinlich dann einen Schritt weiter, von der Fläche in den Raum, wahrscheinlich wird beim nächsten Mal der Vorschlag die Luft für die Kreativen in dieser Stadt sein, und Sie meinen, damit kämen wir weiter.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich glaube, dass es nicht der richtige Weg ist und ich denke, dass wir da in typisch hamburgischer Manier einmal sagen sollten, Butter bei die Fische. Wir sollten einmal überlegen, was man eigentlich braucht. Sie haben einiges angesprochen, wir brauchen ein Flächenmanagement, das ist völlig richtig. Das bedeutet nun, dass sich das Kreativpotenzial in dieser Stadt in einer Auseinandersetzung befindet mit dem gegenwärtigen Flächenmanagement der Finanzbehörde. Das ist ein Konflikt, den wir an jeder Stelle sehen, im Gängeviertel oder in der Großen Bergstraße. Wir sehen ihn an allen Stellen dieser Stadt, im Schanzenviertel und überall. Dieser Konflikt muss hier einmal besprochen werden und er muss zugunsten der Kreativen gelöst werden, das darf nicht alles nur im Stadtsäckel von Herrn Freytag landen. Da sind wir dann hoffentlich auf derselben Seite.

Das Zweite, das wir für diesen Bereich brauchen – das wurde auch in den Diskussionen der letzten

(Norbert Hackbusch)

Wochen deutlich – ist eine ganze Prise Sozialismus.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD – *Michael Neumann SPD*: Der Bürgermeister kennt sich damit aus!)

Wissen Sie, was das heißt? Ich weiß nicht, wie weit Sie sich damit auseinandergesetzt haben, wir haben hier einmal über die Situation der Privattheater diskutiert, wie die wirtschaftliche Situation derjenigen ist, die dort arbeiten. Das Gutachten, von uns allen hier in der Bürgerschaft hoch geschätzt, hat von haarsträubenden Entwicklungen dort erzählt, von Ein-Euro-Kräften, die wesentliche Bereiche des Kultur- und Kreativbereichs in dieser Stadt aufrechterhalten. Das ist eine sozialpolitische Schande.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist eine Art und Weise, die wir nicht akzeptieren können, das bedeutet Butter bei die Fische. Ein bisschen mehr Sozialismus, ein bisschen mehr Fläche für die Kreativen, und dann ein bisschen mehr Freiheit, die werden sie sich hoffentlich auch selbst nehmen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Zurufe von der CDU – *Lydia Fischer CDU*: Hören Sie auf, das ist ja ungeheuerlich!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Senatorin Frau Dr. von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hafen für Ideen, Raum für kreative Wirtschaft ist ein wichtiges Thema, das es nicht verdient, verlacht zu werden und das wir sehr ernst nehmen. Denn die Kreativwirtschaft ist in Hamburg in der Tat ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, den wir intensiv fördern wollen und werden. Herr Kerstan und Herr Wankum haben das, wie ich finde, sehr gut nachgewiesen.

Hamburg ist Hafen und Handel, Kreativität und Kultur, auch das muss die SPD vielleicht noch lernen. Sie muss auch lernen, lieber Herr Schwinke, dass es bereits einen Kulturwirtschaftsbericht gibt, vielleicht kann ich Ihnen den zuschicken. Außerdem wissen Sie, dass wir noch in dieser Legislaturperiode einen Kreativwirtschaftsbericht erarbeiten werden.

Dass kreative Köpfe Immobilien brauchen, in denen sie kreativ sein können, ist uns allen klar, doch Raum für kreative Wirtschaft zu entwickeln heißt eben mehr, das haben Sie auch gesagt, als Immobilien zur Verfügung zu stellen. Dieses wichtige Thema, Herr Schwinke, ist keineswegs in der Kuschelecke der Kulturbedörde gelandet, sondern in der Behörde für Kultur, Sport und Medien, die eng mit der Wirtschaftsbehörde, der Stadtentwicklungs-

behörde und natürlich auch der Finanzbehörde zusammenarbeitet.

Im Übrigen, Herr Schwinke, müssen wir nicht bei Null anfangen, sondern es existieren bereits Häfen für Ideen wie zum Beispiel Karostar, das Musikhaus in St. Pauli. Diese Themen-Immobilie als Gründerzentrum für Unternehmen mit dem Schwerpunkt Musikwirtschaft mit immerhin 33 Büros, Produktionsstudios und Läden für junge Unternehmen läuft sehr gut. Vergleichbar hiermit ist gamcity:Port, auch wieder eine Themen-Immobilie mit 16 Büros, und darüber hinaus sind weitere Projekte in der Planungsphase wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der IBA das Projekt Vehringhöfe, ein kreativer Nukleus, der dort in einem ehemaligen Industrieareal direkt am Vehringkanal entstehen wird. Darüber hinaus gibt es Pläne, ich zeige sie Ihnen gerne, für Nutzungsveränderungen des Großmarktkellers mit immerhin rund 40 000 Quadratmetern, wo es auch sehr spannende Entwicklungsmöglichkeiten gibt, die gerade mit der Kreativwirtschaft diskutiert werden. Ich muss nicht noch den designport und die Atelierräume erwähnen, die wir zusätzlich schaffen, sondern es gibt auch einen systematischen Ansatz, den wir zusammen mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vorantreiben, indem dort eine Studie in Auftrag gegeben wird, die die räumliche und strategische instrumentelle Ebene der Thematik betrachten soll. Außerdem, das wissen Sie, wird in Kürze die Kreativagentur gegründet werden, die eben genau das Informationsnetzwerk aufbaut und pflegen wird, das wir in der Tat für den Kreativbereich brauchen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe, kreative Räume für kreative Köpfe zu finden und zur Verfügung zu stellen, schon angepackt und werden dies auch in Zukunft weiter tun. Dabei gilt es auch, das gängige Vorurteil, Räume für die Kreativwirtschaft gäbe es eigentlich nur in Berlin, durch den Beweis des Gegenteils auszuräumen.

Ich bin überzeugt, dass wir dazu in der Lage sind, dass wir in Hamburg genügend Häfen für Ideen, Räume für die kreative Wirtschaft bereitstellen können und die dazu notwendigen Fördermodelle. Wir brauchen keine Prise Sozialismus, sondern realistische Strategien, und die haben wir.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Wir befinden uns jetzt in der Zeitregel des Paragraphen 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung. Das heißt, jede Fraktion hat die Möglichkeit, dass je eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter für maximal fünf Minuten das Wort ergreift. – Wir beginnen jetzt mit Frau Dr. Gumbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen! So eine Debatte macht es auch möglich, tiefe Einblicke zu nehmen. Wir haben gehört, Kuschelecke der Kulturpolitik, das sei es, wohin wir dies Thema schieben.

(Ingo Egloff SPD: Der Behörde!)

Liebe SPD, das lässt tief blicken, so sieht also Ihr Kulturverständnis aus. Liebe LINKE, es war mit viel Humor und komödiantischem Talent vorgetragen, aber letztlich ist mein Verdacht bestätigt worden, dass die eigentlichen Struktur-Konservativen doch hier bei Ihnen sitzen, denn die derzeitige Wirtschaftskrise macht einmal mehr deutlich: Wer nicht auf moderne Zukunftsmärkte setzt, wird Probleme haben, sich im Wettbewerb zu behaupten. Die Krise der Automobilindustrie, der Werftenindustrie, des Versandhandels und der Kaufhauskonzerne erfordert ein verändertes Denken in der Wirtschaftspolitik. Nicht die Großunternehmen alten industriellen Zuschnitts werden die Wachstumsmärkte von morgen sein, sondern die kleinen innovativen Betriebe der Kultur- und Kreativwirtschaft. Schon heute, das haben wir gehört, arbeiten mehr Menschen in diesen Branchen als in der Automobilindustrie.

(Ingo Egloff SPD: Das stimmt doch gar nicht! Jeder achte Arbeitsplatz hängt von der Automobilindustrie ab!)

– Doch, das stimmt. Liebe SPD, das Problem bei Ihnen ist, dass Sie die veränderte Welt nicht zur Kenntnis nehmen und das merken auch die Wähler.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Sie leben in einer Traumwirtschaft!)

Nach Schätzungen existierten im Jahr 2008 rund 238 000 Unternehmen der Kreativwirtschaft mit insgesamt rund 1 Million Beschäftigten. In Hamburg waren im Jahr 2007 rund 64 000 Menschen sozialversicherungspflichtig in der Kreativwirtschaftsbranche beschäftigt, das entspricht 8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg. Damit ist Hamburg nach Berlin der zweitgrößte Standort der Kreativwirtschaft. Deshalb ist es eine verstärkte Forderung der Kreativwirtschaft, ein Akt der ökonomischen Vernunft und ein zentrales Anliegen des schwarz-grünen Senats, die Förderung der Kreativwirtschaft voranzubringen. Wir machen das mit der Gründung der Kreativagentur, die Senatorin hat schon darauf hingewiesen, das wird ein wesentlicher Baustein sein, um die Kreativen in dieser Stadt zu fördern und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Die Kreativagentur soll künftig die Schnittstelle bilden zur Kreativwirtschaft und ihren einzelnen Branchenverbänden, Netzwerken und Vereinen. Sie soll ein übergreifendes und einheitliches Clustermanagement für die Kreativwirtschaft etablieren

und Ansprechpartner für die Akteure der Kreativwirtschaft sein. Dabei werden Beratungs-, Informations- und Serviceleistungen zu den wichtigsten Aufgaben gehören, durch Vernetzung soll die Zusammenarbeit aller Teilbranchen verbessert werden. Eine Hauptaufgabe der Kreativagentur wird ein Flächenmanagement sein, das sich an Kreative richtet, die Senatorin hat es eben ausgeführt, die Räume für eine Zwischennutzung suchen und auch an Unternehmen, die sich ansiedeln, erweitern oder ihren Standort verändern wollen. Die Kreativagentur hat auch die Aufgabe, städtische Flächen zur künstlerischen und kreativwirtschaftlichen Verwendung zu identifizieren und nutzbar zu machen. Das beinhaltet selbstverständlich auch, dass der Mietpreis entsprechend sein muss, dass er für die kreativen Akteure bezahlbar ist.

Die Kreativagentur hat auch die Aufgabe, über die vielfältigen Fördermöglichkeiten gezielt zu informieren und gegebenenfalls branchenspezifische Förderinstrumente weiterzuentwickeln und bei Bedarf zu initiieren. Zur besseren Profilierung Hamburgs als Kreativhochburg wird die Kreativagentur ebenfalls ihren Beitrag leisten und das Bild nach außen tragen.

Dass Hamburg eine Hochburg der Kreativität ist, zeigt die Musikbranche. Von hier aus haben Bands wie Kettcar, Tomte oder Tocotronic die berühmte Hamburger Schule begründet. Wir sind natürlich auch erfreut darüber, dass Udo Lindenberg einen Mittelpunkt für sein künstlerisches Schaffen hier in Hamburg einrichten will. Ein entsprechendes Museum für einen der profiliertesten und erfolgreichsten Musikexporte Hamburgs würde uns schmücken.

Für prominente Persönlichkeiten des kulturellen Lebens ist es natürlich einfacher, einen so mühsamen Weg zu gehen; die Kreativagentur soll allen Talenten den Weg ebnen, innovative und kulturelle Projekte umzusetzen. Gerade abweichende Lebensstile und Subkulturen, das haben wir eben in der Rede von der SPD auch schon gehört, bieten den Humus, in dem Kreativität sich entwickeln kann und das ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Hamburg. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt die Abgeordnete Frau Martens.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Damen und Herren! Wir beklagen doch alle in Hamburg, dass die Künstler und Kreativen nach Berlin abwandern, dass die Medien nach Berlin abwandern. Ich beklage es auch, aber ich wundere mich über Ihren Beitrag von der SPD, der Kreativität, Hafen und Wirtschaft gegeneinander ausspielt, anstatt dies als Symbiose und als Chance zu sehen.

(Brigitta Martens)

(Arno Münster SPD: Das war Kerstan!)

Ich habe mich doch sehr wundern müssen. Wir sollten doch alle hier versuchen, die kreativen Köpfe in Hamburg zu halten. Man kann es natürlich nicht so wie damals in Venedig in Murano zu Zeiten der Handwerker machen, denen man einen sehr hohen gesellschaftlichen Stand eingeräumt hat. Sie durften sogar in den Adel einheiraten. Das sind keine Maßnahmen, die wir anregen sollten.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Auf der anderen Seite war es sogar so, dass die Kreativen, die ihren Ort verließen, ihre sämtlichen Bürgerrechte verloren haben. Keine Sorge, das ist nicht unser Weg, aber das zeigt doch einmal auf,

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten, damit Frau Martens hier ungestört ihre Rede vortragen kann.

Brigitta Martens (fortfahrend): Herr Präsident! Vielen Dank. Es zeigt doch ganz klar, dass der Wettbewerb mit anderen Städten immer etwas bieten muss und auch in der heutigen Zeit eine wirtschaftliche Unterstützung und die Wertschätzung in der Politik für die Kreativszene von großer Bedeutung ist. Das vermisste ich bei Ihnen. Die Kreativen leben doch nicht von Brot allein, sie wollen doch auch von uns in der Politik wahrgenommen und wertgeschätzt werden.

(Andy Grote SPD: Freunde der Subkultur!)

Deshalb lässt sich daran im Vergleich zu Berlin noch sehr viel tun. Kreativität ist nicht per se ein Wirtschaftsfaktor. Sie wird erst dann ein Wirtschaftsfaktor, wenn es uns gelingt, die Ideen der kreativen Szene mit Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen zu vernetzen. "Innovation serienmäßig" lautet daher das Motto für eine Wirtschaftsstrategie.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: * Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben nun schon zum wiederholten Male gehört, dass ein Gegensatz konstruiert werden soll zwischen dem, was Herr Kerstan gemeinhin alte Wirtschaft nennt, und dem, was neu ist, nämlich der Kreativwirtschaft. Ich halte diese Unterscheidung für völlig unsinnig, weil wir beides brauchen, und darauf hat Herr Schwinke hingewiesen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei Jens Kerstan GAL)

Herr Kerstan, ich kenne diese Diskussion auch aus der SPD. Sie wird meistens von Bürgermeistern geführt, die keine industrielle Basis mehr in ihrer Stadt haben. Aber wir haben in dieser Stadt noch eine industrielle Basis, wir haben 100 000 Arbeitsplätze in der Industrie direkt und 200 000 Dienstleistungsarbeitsplätze, die davon abhängen. Und wir haben 160 000 Arbeitsplätze, die vom Hafen abhängen. Sich nun hinzustellen und zu erklären, dass es aufgrund der Wirtschaftskrise im Hafen im Moment nicht so laufe und dass es mit den Industriearbeitsplätzen in Zukunft auch nicht mehr so laufen werde und wir deswegen nur auf Kreativwirtschaft setzen sollten, weil alles andere alt und überholt sei, das halte ich für hanebüchenen Unsinn.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist ein sozialdemokratischer Bürgermeister gewesen, nämlich Klaus von Dohnanyi, der 1984 mit der Politik "Standort Hamburg" ein weiteres Spektrum in der Wirtschaftspolitik eröffnet hat, indem er bewusst auf Medienpolitik und Medienkompetenz in dieser Stadt gesetzt hat, und es war Wirtschaftsminister Mirow,

(Farid Müller GAL: Das wissen wir doch alles!)

der seinerzeit dafür gesorgt hat, dass wir im Bereich Internetwirtschaft voran waren, und das, was Sie aus diesem Mediendialog gemacht haben, ist nur noch ein trauriger Rest.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist es so, dass man kreative Köpfe braucht. Aber das alleine reicht nicht aus, sondern wir brauchen in dieser Stadt eine industrielle Basis, wir brauchen eine Basis für das, was normale alte Wirtschaft genannt wird, wir brauchen Grundstoffindustrie, wir brauchen den Hafen und das alles zusammen macht die 870 000 Arbeitsplätze in dieser Stadt aus. Wenn Sie meinen, Sie können bestimmte Dinge einfach abschreiben, weil wir im Moment eine Wirtschaftskrise haben, dann werden Sie sich noch wundern.

(Beifall bei der SPD)

Die Engländer, insbesondere auch unser sozialdemokratischer Parteifreund Gordon Brown, haben deutschen Sozialdemokraten immer gesagt: Ihr mit eurer Industriepolitik, setzt doch auf Finanzwirtschaft. Das Ergebnis sehen wir im Moment. Wir können froh sein, dass wir noch diese industriellen Kerne in Deutschland haben, denn das ist unsere Zukunft. Das ist auch Kreativität, die da gelebt wird, wenn man technologisch fortschrittliche Lösungen für die Welt produziert und dann noch exportieren kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss noch einmal bekräftigen, was Herr Egloff gesagt hat. Wir kämen ein ganzes Stück voran, wenn wir mit dieser Entgegensetzung

(*Frank Schira CDU:* Das hat doch keiner gemacht!)

von traditioneller und Ihrer neuen wissensbasierten Ökonomie aufhören würden.

Ich möchte noch einmal einige Punkte dazu anmerken. Es ist doch – auch für die SPD – unstrittig, dass wir regional gesehen ein Defizit haben, was die Entwicklung wissensbasierter Ökonomie angeht. Natürlich ist klar, dass man in Berlin oder in München ein Stück weiter ist. Die Gründe, warum das so ist, müssten wir im Einzelnen diskutieren, aber dass es so ist, kann man nicht ernsthaft bestreiten.

Strittig, Frau Gümbel und Herr Kerstan, ist allerdings, ob wir in der augenblicklichen Situation mit der Hypothese arbeiten können, dass die Kultur- und Kreativökonomie ungeschoren durch die Krise kommt. Dazu haben Sie ein paar Zahlen angeführt. Wenn ich es auf die Schnelle richtig zugeordnet habe, waren es Zahlen von 2007 und 2008. Ich bin zwar überzeugt davon, dass unsere Krise 2007 angefangen hat, aber große Teile, der Senat vorneweg, haben es erst Ende 2008 gemerkt. Deshalb lassen Sie uns in einem halben Jahr noch einmal darüber reden, ob es wirklich stimmt, dass die Kreativökonomie so ungeschoren davonkommt. Ich bin anderer Auffassung und mein Kollege Hackbusch hat darauf hingewiesen, dass bei näherer Betrachtung in vielen Punkten doch Prekariisierungstendenzen zu sehen sind, und die können wir nur in den Zusammenhang der Krise einordnen.

Ein weiterer Punkt, durch den diese Diskussion noch ein bisschen unangenehm wird, ist folgender: In dieser Situation, in der Sie jetzt das fünfte Mal dieses Thema aufwerfen, legt uns das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut die Zahlen vor, dass wir in dieser Stadt mit einer Schrumpfung der Ökonomie von 7 Prozent und mehr rechnen müssen und dass wir keine Chance haben, uns 2010 an einen Exportaufschwung andocken zu können. Das ist sicherlich keine Perspektive in den nächsten 12, 14 Monaten. Dann ist die Frage, wie gehen wir mit der Situation um, das war ja auch vorhin die Diskussion, das heißt, wir schieben auf einmal ein Finanzierungsdefizit von knapp 2 Milliarden Euro vor uns her. Dazu kommt eine ganze Reihe von anderen Sachen aus den Investitionsprojekten und in diesen Zusammenhang müssten Sie jetzt Ihre Antikrisenpolitik oder Ihre Förderung der Kreativwirtschaft

einordnen. Aber das tun Sie nicht, das ist meine Kritik. Wenn ich Frau von Welck richtig verstanden habe, schaffen wir eine Agentur, geben eine Studie in Auftrag und betreiben Flächenmanagement. Na, gute Nacht. Glauben Sie im Ernst, das wären wirksame Maßnahmen?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde angekommen.

Ich rufe den Punkt 34 der Tagesordnung auf, Antrag der SPD-Fraktion: Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
– Drs 19/3282 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? Frau Dobusch bitte.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Allem Engagement für die Rechte von Frauen zum Trotz ist Gewalt gegen Frauen die häufigste Menschenrechtsverletzung weltweit. Wer letzten Sonntag das Privileg hatte, an dem Festakt zum 25-jährigen Jubiläum des Marie-Schlei-Vereins im Ernst Deutsch Theater teilzunehmen, hat bestimmt noch die eindrucksvolle Gestalt der Botschafterin von Mali vor Augen, die in ihrem Land seit Jahren leidenschaftlich für die Abschaffung weiblicher Genitalverstümmelung kämpft, sicherlich eine zumindest aus unserer westlichen Sicht der grauenvollsten Formen von Gewalt gegen Frauen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Auch wir in Hamburg können uns keinesfalls beruhigt zurücklehnen. Die Zahl gewaltsamer Übergriffe von Männern auf Frauen – wir haben das an dieser Stelle schon mehrfach festgehalten – liegt auch in Hamburg gleichbleibend auf hohem Niveau. Im vergangenen Jahr wurden wiederum mehrere Frauen Opfer tödlicher oder lebensbedrohlicher Angriffe und – das ist das Tragische daran, was mich zutiefst beunruhigt – diese Frauen wurden Opfer, obwohl sie bereits Kontakt zu Hilfeeinrichtungen oder zur Polizei hatten. Das muss sich ändern. Das muss sich schnell ändern, bevor sich der Eindruck verfestigt, dass der Staat Frauen nicht vor Gewalt schützen kann. Das müssen wir bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

(Gabi Dobusch)

Wir, die SPD-Fraktion, legen Ihnen deshalb heute einen Antrag vor, in dem wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorschlagen, wie in Hamburg der Schutz von Frauen vor Gewalt unseres Erachtens nach verbessert werden kann.

Zunächst einmal müssen wir mehr wissen. Der Senat hat zuletzt vor zweieinhalb Jahren über statistische Probleme und hohe Dunkelziffern in diesem Bereich berichtet. Wie wenig aussagekräftig die Statistiken zuweilen sind, haben auch nicht wenige unserer Anfragen immer wieder gezeigt. Wir brauchen aber verlässliche Daten. Wir brauchen Analysen zu häuslicher Gewalt, wir brauchen diese Informationen bald und wir brauchen sie dringend. Wir warten also auf das von den Koalitionspartnern versprochene Gutachten zu häuslicher Gewalt.

Meine Damen und Herren! Wir sollten auch immer wieder neue Wege in dieser Beziehung ausprobieren, wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Bisher wurde ein Aspekt zum Beispiel viel zu wenig beachtet, und zwar die Situation der Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, und ihre Situation am Arbeitsplatz. Diese Frauen müssen viel Kraft aufbringen, um nicht auch noch ihr Arbeitsleben und ihre materielle Existenzgrundlage in Gefahr zu bringen. Das macht die Frauen wiederum erpressbar. Gewalttätige Männer setzen häufig genau an diesem Punkt an. Beispiele und Vorschläge, wie diese Situation zu verbessern ist, gibt es bereits, zum Beispiel aus England. Es würde sich meines Erachtens wirklich lohnen, das einmal aufzugreifen und beispielsweise gemeinsam mit den Kammern und Gewerkschaften Hamburger Unternehmen einzuladen, mit uns dieses Thema anzugehen. Das wäre gerade angesichts der Schätzungen, die es in diesem Bereich gibt, wie viele der Fälle von Problemen am Arbeitsplatz von Frauen darauf zurückzuführen sind, eine klassische Win-win-Situation für die Frauen, für die Stadt und auch für die Unternehmen.

(Beifall bei der SPD, bei *Kersten Artus* und bei *Elisabeth Baum*, beide *DIE LINKE*)

Als nächsten Punkt möchte ich anmerken, dass wir mehr Transparenz und mehr Qualitätsmanagement benötigen. Zu viel bleibt bisher dem Zufall überlassen. Zu häufig verläuft die Beweissicherung nicht optimal, weiß niemand, ob Eskalationspotenzial in der Situation drinsteckt oder nicht, kann aufgrund mangelnder Information keine Risikoabschätzung vorgenommen werden, lässt das geltende Polizeirecht von allen als sinnvoll erachtete Maßnahmen gar nicht zu, stecken Täterprogramme noch in den Kinderschuhen und werden Verfahren von der Staatsanwaltschaft, warum auch immer, eingestellt. Dann kommt wieder einer davon und eine ist die Leidtragende.

Wir wollen die gute Arbeit der bestehenden runden Tische, die es ja gibt, und der Arbeitskreise einmal aus dem Dunkel der Amtszimmer herausholen und

ein Stück weit zum Beispiel in das Licht der neuen Medien bringen. Es wäre gut, wenn die Arbeitsergebnisse, die es gibt, einer breiteren Fachöffentlichkeit zur Verfügung gestellt würden und allen Interessierten über das Internet zugänglich wären. Wo zum Beispiel ist das polizeiinterne Handlungskonzept zur häuslichen Gewalt? Wir haben mehrfach nachgefragt und der Senat versichert, es würde ständig fortgeschrieben. Gut, aber warum ist es eigentlich nicht öffentlich? Das sollte mir einmal jemand erklären. Warum sollen betroffene Frauen, die noch zögern, sich zum Beispiel überhaupt an die Polizei zu wenden, nicht einfach nachlesen können, welche Standards die Polizei in diesen Fällen entwickelt hat und anwenden wird. Aus meiner Sicht wäre dies wirklich hilfreich und ich sehe nichts, was dagegen spräche. Übrigens machen andere Länder und andere Städte das schon längst. Schauen Sie einmal auf die Website von Hannover, da können Sie sich das einfach runterladen, gucken, was passiert, und verfolgen, welche Verbesserungsvorschläge die Polizei diesbezüglich nach und nach aufgegriffen hat.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus*
DIE LINKE)

Ich komme zum letzten, aber nicht unwichtigsten Punkt. Meine Damen und Herren! Gewalt ist und bleibt aus meiner Sicht bis auf Weiteres ein Gender-Thema, meinerwegen auch Geschlechter-Thema. Es sind überwiegend Frauen, die Gewalt erleiden, und es sind Männer, die als Täter die fundamentalen Rechte der Frauen verletzen. Nun hat zum Beispiel der Bund zuletzt einen Aktionsplan II zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verabschiedet, ebenso Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. In Niedersachsen und Berlin gibt es den Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich. Ich möchte die Reihe nicht weiter fortführen, worum es mir geht, ist folgender Punkt: Wie heißt es hier in Hamburg? In Hamburg werden diese Aktivitäten undifferenziert unter der Überschrift Opferschutz zusammengefasst. Wieso eigentlich? Mir leuchtet es nicht ein, warum wir an dieser Stelle nicht klar und deutlich benennen, was Sache ist. Die Frage, wie wir politisch und öffentlich mit dem Thema Gewalt gegen Frauen umgehen, hat auch Bedeutung dafür, welche gesellschaftlichen Normen wir setzen. Das ist übrigens ein Zitat von Senator Wer sich, so hat er es einmal formuliert und er hat recht. Einige der Gewaltfälle der letzten Zeit haben uns doch vor Augen geführt, dass Werte wie die Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht oder nicht mehr in allen Teilen unserer Gesellschaft verankert sind. Es ist deshalb fundamental wichtig – und das müssen und können wir als Metropole auch leisten –, bestimmte Dinge wie die Ächtung von Gewalt gegen Frauen klar beim Namen zu nennen und die Normen hochzuhalten, die auch in einer wie auch immer vielfältigen Gesell-

(Gabi Dobusch)

schaft nicht zur Disposition stehen und gestellt werden dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Lassen Sie mich noch einmal – schade, dass er heute nicht da ist – Herrn Wersich zitieren.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wo ist eigentlich Herr Wersich?)

"Wir alle dürfen nicht nachlassen, das gesellschaftliche und öffentliche Bewusstsein gegen Gewalt gegen Frauen zu schärfen. Das ist nicht nur ein Thema für internationale Gedenktage, sondern auch für den Alltag."

Genau so ist es, meine Damen und Herren! Nun sind wir im Alltag, nun brauchen wir Taten gerade auch in den weniger spektakulären und medienwirksamen Bereichen. Auch im Klein-Klein des Alltags brauchen wir Taten, bitte handeln Sie.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Wir haben Ihnen einen Maßnahmenkatalog vorgelegt und jetzt fordere ich Sie auf, einer Überweisung unseres Antrags an den entsprechenden Ausschuss zuzustimmen, damit wir dort gemeinsam diskutieren und erarbeiten können, wie wir die Situation der von Gewalt betroffenen Frauen in Hamburg nachhaltig verbessern können, damit die Situation eine bessere wird, als sie derzeit ist. Lassen Sie es uns ruhig auch gemeinsam anpacken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Koop.

Karen Koop CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dobusch, um es gleich vorwegzunehmen, wir werden Ihrer Forderung, die Sie an uns gestellt haben, entsprechen.

Dass Gewalt im Allgemeinen und Gewalt gegen Frauen kein marginales soziales Randthema ist, wissen wir alle. In allen Formen von Medien, denen man begegnet, schreit uns Gewalt entgegen. Wenn man die Zeitung heute Morgen aufgeschlagen hat, findet man schlimmste Darstellungen von Verfolgung von Frauen sowie von Gewalt in jeglicher Hinsicht und es ist bedrückend, wie präsent die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft ist und wie eifertig sie auch ausgeübt wird. Man kann immer nur wieder gebetsmühlenhaft in allen Bereichen sagen, dass Gewalt niemals Mittel einer Auseinandersetzung sein kann und darf, weder im öffentlichen noch im privaten Raum. Das haben wir alle verinnerlicht, aber bei aller einvernehmlichen Ablehnung von Gewalt darf man nicht vergessen,

dass von einer Gewaltausübung auch immer eine Faszination ausgeht. Eine Faszination, die wir beispielsweise im gesellschaftlichen Mikrokosmos Schulhof beobachten. Auf meine Frage "Warum müsst ihr euch eigentlich immer kloppen? Könnt ihr euch nicht auch anders auseinandersetzen?" war die klare und deutliche Antwort eines kleinen Siebenjährigen: "Das andere geht schneller." Diese Möglichkeit, unmittelbar auf jemanden einzuwirken und etwas zu erreichen, ist in unserer Gesellschaft noch vielfach verbreitet. Ich habe in meiner Jugend von Martin Luther King gelernt, dass Gewalt immer unmoralisch ist, weil sie einen anderen erniedrigt. Gewalt ist bei uns aber auch im häuslichen Bereich da – ich will nicht fragen, wer am Sonntagabend "Tatort" gesehen hat, warum die Serien, die aus Amerika rüberschwappen und die vor Gewalt nur so strotzen, solch hohe Einschaltquoten haben. Das sind Dinge, mit denen man schwer umgehen kann, wenn man selbst vielleicht einmal Gewalt erlebt hat, und die Verharmlosung oder Verallgemeinerung trägt natürlich auch dazu bei, dass Gewalt akzeptiert wird.

Opfer von Gewalt kann jeder werden, darüber muss man sich im Klaren sein. In besonderem Maße sind Frauen und Kinder betroffen und gerade bei Kindern kann man feststellen, dass ein Kind nicht selbst von Gewalt betroffen sein muss, aber wenn es sehen muss, wie im häuslichen Bereich Gewalt ausgeübt wird, wissen wir aus dem schulischen Bereich, dass das auch umgesetzt wird und in der Folge als eine selbstverständliche Form der Auseinandersetzung angenommen wird. Diesen Teufelskreis von Gewalt erleben und Gewalt weitergeben zu durchbrechen, muss unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

– Da darf ruhig einmal geklatscht werden. Nun ist es aber nicht so, wie Sie etwas kühn behaupten, dass in den Behörden große Wissenslücken in Hinblick auf die Ausmaße des Problems bestehen. Sie haben in Ihrem Vorwort auch deutlich aufgezählt, welche Einrichtungen es bereits gibt, und in Bezug auf den Aktionsplan Opferschutz, Frau Dobusch, finde ich es gar nicht so problematisch, dass da nur Opferschutz drübersteht. Denn wenn man sich anschaut, welche Maßnahmen, Aktivitäten und dergleichen dort aufgezählt sind, stellt man fest, dass sich diese zu 90 Prozent auf Gewalt gegen Frauen beziehen. Wenn Sie wollen, können wir gerne den Titel ändern. Wenn Sie dann zufrieden sind, ist das ja in Ordnung.

Dieser Aktionsplan ist 2007 eingesetzt worden und er wird kontinuierlich verändert und weiterentwickelt. Es soll 2010 eine aktualisierte Fassung herauskommen, in der neue Ideen aufgenommen werden, in der zum Beispiel auch die Genitalverstümmelung mit aufgenommen wird, in der Gewalt

(Karen Koop)

gegen Ältere, auch gegen ältere Frauen – hier gibt es eine Dunkelziffer, mit der wir uns noch gar nicht beschäftigt haben – aufgenommen wird und vor allem auch ein Umbruch, ein Ausbau in der Rollenveränderung thematisiert wird, denn das ist das, wo wir wirklich ansetzen müssen. Von Frau Blömeke aus der grünen Fraktion wurde die Jungenarbeit angesprochen, das ist etwas, was ich fast gebetsmühlenartig schon vor zehn Jahren eingebracht habe.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da hat Ihre Fraktion es doch nicht beschlossen!)

– Es gibt Dinge, da muss man lange, lange bohren, Herr Dr. Dressel. Aber Lernerfolge sind doch auch etwas Großartiges. Und gerade die Jungenproblematik, die ich auch als Lehrerin und als Mutter immer gesehen habe, ist etwas, an der wir arbeiten müssen. Man braucht für die Jungen ein vernünftiges Männerbild und wenn ich sehe, in welchem Maße das Männerbild sich im Umbruch befindet, dann ist es sehr wichtig, dass wir da ansetzen und neben der Mädchenförderung auch auf die Jungenförderung setzen. Natürlich gibt es Wissenslücken im Wissenschaftsbereich, das wissen wir alle. Dass man das noch ausarbeiten kann, weiß ich auch. Was ich für wichtig halte, und das soll auch in den neuen Aktionsplan aufgenommen werden, ist die Beteiligung von Unternehmen, damit in der Arbeitswelt erkannt wird, wo eine Betroffene ist und wie man ihr helfen kann, dass sie ihren Arbeitsplatz auch behält.

In Bezug auf das Gutachten, das Sie eingefordert haben, habe ich nicht verstanden, warum dies aufgenommen worden ist, denn wir haben eine Fülle von Materialien. Sie haben den Aktionsplan II erwähnt und es gibt den großen Bericht "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland". Er ist von 2006, aber er führt grundlegende Erkenntnisse an, die auch heute noch gültig sind. Dann haben wir den Bericht "Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen", der 2008 auf Bundesebene veröffentlicht worden ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da hätten wir gerne Hamburger Zahlen!)

– Das sind nicht grundsätzlich andere Bereiche und auch zum Thema Migrationshintergrund könnte man noch eine Menge machen. Es liegt eine Sondererhebung zur Phänomenologie der Beziehungsgewalt in Hamburg vor, da geht es um Vorgangsauswertung und da hätten Sie Hamburger Zahlen, Herr Dr. Dressel, wenn Sie wollen.

Natürlich haben wir auch Berichte aus der Leitstelle Integration und Zivilgesellschaft. Es gibt eine Fülle von Daten. Natürlich kann man immer mehr sammeln, das ist völlig richtig, man kann sie auch immer aktualisieren. Es ist erst einmal abzuwarten, in welchem Maße wir dies tatsächlich brauchen.

Neuralgischer Punkt bei Ihrem Antrag sind natürlich immer die Frauenhäuser. Brauchen wir in dem Maße mehr Frauenhäuser, brauchen wir vielleicht eine andere Konzeption, müssen nicht endlich einmal die Männer weg aus den Häusern, können die Frauen nicht in den Wohnungen bleiben? Alles das wollen und werden wir mit Ihnen im Sozialausschuss besprechen. Allerdings finde ich Ihre letzten beiden Punkte etwas merkwürdig, denn für mich ist es selbstverständlich, dass in einer Behörde beziehungsweise einer Dienststelle Qualitätsmanagement und Fortbildung betrieben wird. Natürlich kann man das noch einmal wieder fordern, falls sich hier Nachlässigkeiten eingeschlichen haben, aber eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit. Es ist ein dauerhaftes Thema, wir werden das im Sozialausschuss hoffentlich ausführlich besprechen können und dann sehen wir weiter. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war etwas schockiert, als ich bei "Welt online" letzte Woche die Überschrift las: "Hort des Männerhasses. Warum das Frauenhaus abgeschafft werden muss." In dem dazugehörigen Artikel hat der Soziologieprofessor Amendt die Frauenhäuser als Orte beschrieben, in denen Frauen in eine Opferrolle gedrängt und Männer grundsätzlich als böse Gewalttäter dargestellt werden. Ich glaube, wir waren in der Debatte schon einmal deutlich weiter als Herr Amendt.

(Beifall bei der GAL, bei Kersten Artus DIE LINKE und bei Arno Münster SPD)

Dieses künstliche Gegeneinanderausspielen von Frauen und Männern, wie es hier mit der Formulierung "Hort des Männerhasses" geschieht, ist eindeutig der falsche Weg. Gewalt gegen Frauen muss gesellschaftlich geächtet sein, und zwar aus meiner Sicht sowohl von Frauen als auch von Männern. Darin sind wir uns wohl alle einig.

(Beifall bei der GAL, bei der CDU und vereinzelt bei der SPD – Karl-Heinz Warnholz CDU: Sehr gut!)

Das ist auch der richtige Ansatzpunkt, um wirksam gegen Gewalt zu arbeiten. Um konkret zu Ihrem Antrag zu kommen: Die Ächtung von Gewalt insgesamt ist auch in der Debatte um Ihren Antrag nicht ganz unerheblich, denn Sie tun in Ihrem Antrag ein bisschen so, als sei in Hamburg bisher noch kein Aktionsplan gegen Gewalt erarbeitet worden, der auch verschiedene Maßnahmen bündeln würde. In Ihrer Pressemitteilung gestern habe ich immerhin den Hinweis auf den Landesaktionsplan Opferchutz von 2007 gefunden und ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass dieser

(Linda Heitmann)

Landesaktionsplan insbesondere auf die Initiativen von GAL und SPD im Jahr 2005 zurückgeht und Sie auch an dessen Konzeption maßgeblich mitgewirkt haben. Nun bemängeln Sie plötzlich, das Thema Frauen sei in dem Aktionsplan ein untergeordnetes, und ich glaube, es ist auch hier falsch, Opfer gegeneinander auszuspielen und abzustufen. Die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik zeigt sehr deutlich auf, dass Gewalt gegen Männer und gegen Frauen natürlich sehr unterschiedliche Formen hat. In über 85 Prozent der Fälle von Sexualdelikten haben wir leider weibliche Opfer und auch bei jenen Gewalttaten, die durch direkte Verwandte begangen werden, sind Frauen zu rund 77 Prozent betroffen. Männer, die Opfer von Gewalt werden, stehen hingegen vielfach in keiner Vorbeziehung zu den jeweiligen Tätern. Dass es aufgrund dieser unterschiedlichen Ausgangsbedingungen jeweils spezifische Angebote für Frauen und Männer geben muss, ist klar. Wir haben in den letzten Jahren viel Neues geschaffen, die interkulturellen Gewaltberatungsstellen in dieser Stadt arbeiten mittlerweile sehr gut, demnächst wird auch ein Wohnprojekt für von Zwangsheirat bedrohte Frauen in Betrieb gehen und das sind nur wenige der Projekte, die auf diese Erkenntnis, dass Gewalt gegen Männer und gegen Frauen sehr unterschiedliche Formen hat, reagieren.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Die Angebote, die ich aufgezählt habe, sprechen auch speziell Migrantinnen und Migranten an, und zwar deshalb, weil dies häufig eine schwer zu erreichende Gruppe ist und wir hier besonders daran arbeiten müssen, Zugangshürden abzubauen. Dennoch möchte ich in dieser Debatte noch einmal ausdrücklich betonen, dass Gewalt gegen Frauen kein spezielles Migrantinnenproblem ist, wie es trotzdem hin und wieder noch versucht wird zu suggerieren.

(Beifall bei der GAL)

Dieses Problem geht quer durch die Gesellschaft und es geht uns alle an.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sicher ist seit dem Beschluss zur Erstellung eines Aktionsplans im Jahr 2005 und seit dessen Veröffentlichung im Jahr 2007 einiges geschehen. Es bedarf, wie Sie schon betont haben, einer steten Weiterentwicklung und Aktualisierung des Aktionsplans. Deshalb werden wir Ihren Antrag auch in den Ausschuss überweisen.

Aus unserer Sicht ist besonders der Punkt 7, die präventive Täterarbeit, ein sehr wichtiger Punkt. Hier müssen wir deutlich besser werden und wir sollten auf jeden Fall in der Diskussion darüber, wie das gelingen kann, an einem Strang ziehen. Aber auch die Punkte 8, 9 und 11 zum Sonderdezernat, zur Internetplattform oder zu einem verbes-

serten Qualitätsmanagement sind Überlegungen und Diskussionen wert.

Meine Damen und Herren! Gewalt kommt nicht in die Tüte, das war das Motto zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen im November 2008. Dem ist inhaltlich eigentlich nichts hinzuzufügen. Wir wollen und werden Gewalt in dieser Stadt entschieden begegnen, und zwar in jeder Form und durch ein breites gesellschaftliches Bündnis. Ich würde mich in diesem Zusammenhang freuen, wenn ich den einen oder anderen vielleicht auch am 5. Juli beim Lauf um die Alster zugunsten der Hamburger Frauenhäuser begrüßen könnte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Ich habe mich gerade gestern auch zu dem Lauf angemeldet. Ich hoffe, dass wir wirklich noch ein paar mehr werden.

Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Viel habe ich meinen Vorrednerinnen nicht hinzuzufügen, aber ich habe im Grunde kein Verständnis dafür, dass nicht spätestens nach den beiden Großen Anfragen zu häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen von der SPD und der LINKEN weitere konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation eingeleitet wurden. Morsal ist nun seit über 13 Monaten tot und weiterhin erleiden jeden Tag Mädchen und Frauen ähnliche Qualen, werden von Partnern, Brüdern, Ehemännern gedemütigt, geschlagen, vergewaltigt. Manchmal bringen die Täter sich nach einem Frauenmord auch selbst um und das heißt dann in der Presse "Familiendrama". Solange Frauen und Kinder in Frauenhäusern Schutz suchen müssen, ist aus meiner Sicht die Hamburger Landesregierung noch nicht ausreichend aktiv geworden.

Es geht bei dem Thema aber nicht nur um Opferschutz, wie es der Hamburger Senat definiert. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist immer auch eingebettet in eine patriarchalische Gesellschaft und in die wirklich immer noch weitgehende Akzeptanz der Herrschaft des Mannes über die Frau. Männer bestimmen immer noch, wo es langgeht in der Familie, in den Betrieben und in der Politik, trotz Gleichstellungsmaßnahmen, trotz Grundgesetz, trotz Quoten. Das liegt natürlich auch an den gesellschaftlichen Bewertungsmaßstäben, was wichtig ist und wohin die Aufmerksamkeit gelenkt wird. Scheinbar weiche und daher klassische Frauenthemen sind immer irgendwie weniger wichtig. Sehen Sie sich zum Beispiel die Wanderbewegung in der Bürgerschaft an, die häufig zu beobachten ist, wenn Gesundheit, Soziales, Familien- oder gar Frauenpolitik aufgerufen wird. Dann verlassen die

(Kersten Artus)

Abgeordneten, leider auch viele weibliche, fast jedes Mal in Scharen den Plenarsaal; heute geht's.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Sie kommen aber auch wieder!)

– Sie kommen auch wieder, ja.

Auch mir ist wirklich übel geworden, als ich diesen Text in der "Welt" über diese Forderung der Abschaffung von Frauenhäusern gelesen habe, Linda Heitmann hat ihn schon erwähnt. Dass solche Berichte überhaupt so einen Raum bekommen, ist für mich unerträglich.

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt den Antrag der SPD, auch wenn mir der Blick auf die Kinder und auch auf die Männer fehlt, aber das lässt sich ja nachbessern.

Aus einem Gutachten, das im Auftrag der Psychotherapeutenkammer Hamburg zur Situation der Versorgung von psychisch auffälligen Kindern und Jugendlichen in Hamburg erstellt wurde, geht hervor, dass es ein eklatantes Missverhältnis zwischen dem Angebot durch Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten in Hamburg und der Nachfrage nach Betreuung gibt. Dies wäre natürlich auf jeden Fall noch mit einzuarbeiten; die GAL hat dies schon 2005 mit ihrem Antrag "Aufbruch in der Opferschutzpolitik!" gefordert. Auch im Sozial- und Gleichstellungsausschuss sollten weitere konkrete Eckpunkte diskutiert werden, zum Beispiel die Einbeziehung der verschiedenen Projekte und die Sicherstellung der Aus- und Fortbildung von Polizei und Justiz.

Sehr geehrte Herren und Damen! Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. Wenn Sie wirksam gegen Gewalt an Frauen und Mädchen vorgehen wollen, dann muss ein wirklicher Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen unter verbindlicher Einbeziehung von Maßnahmen gegen Männergewalt entwickelt werden. Das muss aus einem Guss sein und nicht ein paar Aktivitäten hier und da. Das Beste für Frauen und Kinder wäre, wenn es eine rot-rot-grün-schwarze Einstimmigkeit in dieser Frage gäbe.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Als Erstes ist hier einmal festzuhalten, dass es gut ist, dass es eine Einigkeit darüber gibt, sich mit diesem Thema intensiv zu befassen und auch die Ausschussberatungen zu nutzen, um den Schutz von Frauen wirksam zu verbessern. Das war im letzten Jahr nicht so, als Sie sich geweigert haben, unsere Großen Anfra-

gen im Ausschuss zu beraten, und insofern kommen wir jetzt vielleicht wirklich einen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten Jahren erreicht, dass Gewalt gegen Frauen kein gesellschaftliches Tabu mehr ist, und wir haben ein umfangreiches Hilfesystem geschaffen. Das leugnet niemand hier im Raum, das wissen wir und das gilt auch für Hamburg. Dennoch ist unser Antrag notwendig, weil wir diese Hilfe überprüfen müssen und weil wir noch mehr Schutz für Frauen brauchen. Das angestrebte Ziel, die Gewalt gegen Frauen deutlich abzubauen und den Schutz zu erhöhen, war in vielen Bereichen noch nicht zu erreichen. Dem muss man sich dann auch kritisch stellen.

Ich will das verdeutlichen an der Zahl der sogenannten Wegweisungen, die es seit einigen Jahren in Hamburg gibt. Gewalttätige Männer können im akuten Gewaltfall von der Polizei für einige Tage aus der Wohnung entfernt werden. Das passiert in Hamburg jedes Jahr 700 bis 850 Mal. Diese Anzahl sinkt nicht und wenn man darüber nachdenkt, ist es eine große Zahl, denn das bedeutet, dass die Hamburger Polizei mehr als zweimal täglich einen gewalttätigen Mann aus einer Wohnung holt. Es gibt keine klare rückläufige Tendenz, die wir uns eigentlich wünschen würden. Das heißt, es gibt viele Frauen, die diese Hilfe noch brauchen.

Auch Anträge auf gerichtliche Schutzanordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz, die es ja noch gar nicht so lange gibt, sind in den letzten Jahren bis 2007 von 240 auf 322 beziehungsweise 327 gestiegen. Auch das zeigt, dass Gewalt in Hamburg nach wie vor an der Tagesordnung ist, erfreulicherweise aber auch, dass Frauen sich dagegen wehren.

Ich möchte noch einige andere Bereiche ansprechen, in denen wir auch klüger werden sollten. Die Studie des Bundesfamilienministeriums, die sehr verdienstvoll ist, wurde schon zitiert. Die Anregungen aus dieser Studie sollten wir in Hamburg aufgreifen, um unser Hilfesystem zu überprüfen. Hier wird sehr deutlich das Problem benannt, dass gerade Frauen mit einem niedrigen Bildungsgrad, die besonders von Gewalt betroffen sind, am wenigsten über das Hilfeangebot wissen. Wir müssen uns immer klar machen, dass das, was wir an Kenntnis über ein Sozialsystem haben, weit von dem entfernt ist, was andere in der Stadt wissen, die eigentlich gerade die Hilfe brauchen würden.

(Beifall bei der SPD)

Aber in der Studie wurde auch eine zweite Gruppe sehr klar identifiziert, Frauen, die besser gebildet sind und die Hilfeangebote kennen, die aber aus Scham und Rücksichtnahme, weil es ihnen unangenehm ist, diesen Weg nicht gehen. Daraus kann man schließen, dass es wahrscheinlich bei vielen von uns im Bekanntenkreis Frauen gibt, die regel-

(Britta Ernst)

mäßig Opfer von häuslicher Gewalt sind, bei denen wir es nicht vermuten, die es verschweigen, weil sie vielleicht sogar selber Scham empfinden, denn es passt nicht zu dem Bild der Frau der modernen Gesellschaft, so mit männlicher Gewalt konfrontiert zu sein. Wir sollten uns immer deutlich machen, dass das ein Thema ist, das nicht der Vergangenheit angehört, dass es hier viele Frauen gibt, die Hilfe brauchen und die durch die Hilfe nicht erreicht werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Studie benennt eine dritte Gruppe, das sind insbesondere ältere Frauen, die die Hilfsangebote nicht kennen und die vielleicht auch schon viele Jahre Gewalt erduldet haben.

Unser Anliegen ist es auch, diese Erkenntnisse, die noch einmal sehr zugespitzt zeigen, wo es weiteren Bedarf gibt, in Hamburg aufzugreifen. Wir wollen durch unseren Vorschlag erreichen, dass die Hilfe gebündelt wird. Und ich möchte noch eine weitere Gruppe beschreiben, für die aus unserer Sicht die Hilfe besser sein könnte, nämlich Frauen in ganz extremen Risikosituationen. Das sind die Fälle, die wir häufig mit Erschrecken in den Medien wahrnehmen. Frauen, die in Trennungssituationen sind, die ausbrechen wollen aus ihren Familiensituationen, werden häufig sehr gewalttätig, auch lebensgefährlich bedroht. Diese Frauen haben häufig schon das Hilfesystem in Anspruch genommen, waren vielleicht schon bei der Polizei gewesen und trotzdem gelingt es nicht, schwere Verletzungen, manchmal den Tod der Frau zu verhindern.

(Unruhe im ganzen Hause)

Ich muss einmal sagen, ich finde die Nebengeräusche unangemessen. Gehen Sie doch hinaus, wenn es Sie nicht interessiert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich darf insbesondere die Herren, die das ja auch interessieren sollte, um etwas mehr Ruhe bitten. – Danke.

Britta Ernst (fortfahrend): – Vielen Dank, Herr Präsident.

Wir schlagen in unserem Antrag erneut vor, eine Gesetzeslücke zu schließen, denn das könnte wirklich helfen. Wir haben erreicht, dass Frauen durch die Wegweisung den Mann für einige Tage aus der Wohnung weisen können. Die Frauen haben in dieser Zeit die Gelegenheit, auch vor Gericht durchzusetzen, dass die Männer nicht wieder in die Wohnung kommen dürfen. Das ist ein großer Fortschritt. Es ist in diesem Zeitraum aber noch nicht möglich, ein Kontakt- und Näherungsverbot durch die Polizei aussprechen zu lassen und zu er-

wirken, dass die Männer sich nicht nähern dürfen, und zwar weder an der Wohnung noch am Arbeitsplatz oder in der Kita oder der Schule der Kinder. Das ist Landesrecht, das könnte in Hamburg geregelt werden und wir hoffen, dass unsere Diskussionen dazu führen, dass wir hierüber Einigkeit erzielen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es gibt noch einen weiteren Bereich, Frau Koop hat es angesprochen, die Gesellschaft befindet sich im Umbruch, das Frauenbild hat sich verändert, die Männerbilder verändern sich und es gelingt nicht allen Männern gleichermaßen gut, dieser gesellschaftlichen Entwicklung zu folgen. Gerade in solchen Situationen, in denen Frauen ausbrechen und für sich mehr individuelle Freiheit in Anspruch nehmen, kommen Männer vielfach nicht so mit und reagieren auch mit Gewalt. Auch das zeigt, dass wir hier noch Hausaufgaben zu machen haben, um den Schutz von Frauen, die Opfer von Gewalt sind, zu verstärken. Wir freuen uns auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/3282 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu? – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 19/3269, Bericht des Haushaltsausschusses, Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung, "Außerschulische Berufsvorbereitung" – Einrichtung neuer Produktionsschulen in freier Trägerschaft.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/2928:

Haushaltsplan 2009/2010

Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung, Titel 3200.685.39 „Außerschulische Berufsvorbereitung“ – Einrichtung neuer Produktionsschulen in freier Trägerschaft (Senatsantrag)

– Drs 19/3269 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Gwosdz, Sie haben das Wort.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir das Thema Produktionsschulen heute hier debattieren, denn mit der Einrichtung von Produktionsschulen verwirklichen wir nicht nur das grüne, sondern, wie ich glaube, un-

(Michael Gwosdz)

ser aller gemeinsames Ziel, gesellschaftliche Teilhabe für genau die Jugendlichen herzustellen, die vom sonstigen schulischen Angebot nicht profitieren können, die wir durch das bisherige System abkoppeln, statt sie anzukoppeln. Die Produktionsschule als Erfolgsmodell aus Dänemark und auch aus Altona erhöht die Chancen vieler Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt. Diesen Baustein der Bildungsoffensive will ich hier noch einmal näher vorstellen und in Erinnerung rufen.

Im Koalitionsvertrag mit der CDU haben wir erfreulicherweise vereinbart, dass neue Produktionsschulen in freier Trägerschaft geschaffen werden mit dem Ziel, in allen Bezirken Produktionsschulen mit insgesamt bis zu 500 Plätzen einzurichten.

(Beifall bei der GAL und bei *Dittmar Lemke* CDU)

Bereits ein Jahr nach Verabschiedung des Koalitionsvertrags leiten wir die konkreten Schritte in diese Richtung ein. Wir verfolgen damit konsequent den Weg, den Verbleib viel zu vieler Schülerinnen und Schüler in viel zu lang andauernden Warteschleifen zu reduzieren. Das gelingt im Wesentlichen mit einer stärkeren Praxisorientierung. Diese Praxisorientierung ist der Produktionsschule zu eigen. Davon abgesehen bieten die Produktionsschulen auch die Möglichkeit zum Nachholen eines Schulabschlusses, dieser steht allerdings nicht im Vordergrund und das ist ein Vorteil, denn es geht darum, genau die Jugendlichen zu erreichen, die schulmüde sind, die von Schule enttäuscht sind und für die ein Schulabschluss erst einmal nicht im Vordergrund steht. Gerade dass der Fokus auf dem Anschluss und nicht dem Abschluss liegt, schafft einen außerschulischen Ansatz, der sich längst bewährt hat. Praxisorientierung und das gestaltende Element in einer Produktionsschule sind für die Zielgruppe, die wir im Blick haben, genau angemessen und auf sie abgestimmt. Die Schülerinnen und Schüler erwerben Fachwissen und Fähigkeiten, die nicht unmittelbar zu einem Hauptschulabschluss führen mögen. Aber wir haben die Erfahrung gemacht, dass gerade dieser Ansatz das Interesse nicht nur am Beruf, sondern dann auch wieder an schulischen Abschlüssen weckt. Die erlernten Fähigkeiten und die erbrachten Leistungen werden zertifiziert und in den weiterführenden Ausbildungsgängen verwendet. In den Produktionsschulen, und das ist das Wichtige, wird die Lust am Tun geweckt. Und das ist ein wirksames Mittel, dann auch wieder zum Hauptschulabschluss oder zu weiteren Schulabschlüssen zu motivieren.

Um den Erfolg der Produktionsschule einmal zu verdeutlichen, nenne ich einige Zahlen aus Altona, wo wir seit zehn Jahren eine Produktionsschule haben, die bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Die Altonaer Produktionsschule bringt 42 Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler direkt in Ausbildung.

Das klingt jetzt erst einmal vielleicht nicht so toll, aber man muss diese Zahl vergleichen mit den Ergebnissen der üblichen Berufsvorbereitungsmaßnahmen, in denen diese Jugendlichen sonst sind. In Altona gehen 42 Prozent direkt in Ausbildung, in anderen Maßnahmen aber nur 8,4 Prozent, direkt in Arbeit schaffen es 15,4 Prozent, aus anderen Berufsvorbereitungsmaßnahmen nur 4,4 Prozent. Auch beim Übergang in weiterführende Bildungsmaßnahmen ist die Produktionsschule Altona mit 19 Prozent deutlich erfolgreicher als das Berufsvorbereitungsjahr mit 12,8 Prozent.

Das heißt, Produktionsschule hat sich in Hamburg bewährt, und deswegen ist es auch konsequent, dieses Modell auszubauen. Die Behörde wird mit den freien Trägern, die diese Produktionsschulen einrichten werden, natürlich auch verbindliche Kennzahlen über den Verbleib der Schülerinnen und Schüler vereinbaren. Es wird sehr wohl darauf geachtet, dass die in der Produktionsschule erlernten Kompetenzen im Anschluss nicht unbeachtet verpuffen. Wichtig ist auch, dass die Produktionsschule nur ein Baustein im Gesamtkonzept der Reform des Übergangssystems Schule – Beruf ist. Wir haben nirgendwo behauptet, die Einrichtung der 500 Produktionsschulplätze sei die einzige Maßnahme bezüglich des Übergangs in den Beruf, wie uns manchmal vorgeworfen wird. Wie Sie alle wissen, haben wir und hat die Behörde gerade das Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule – Beruf entwickelt und vorgelegt, die Produktionsschule ist nur eine Alternative in diesem neuen System zur Ausbildungsvorbereitung.

Allen Unkenrufen zum Trotz also konzentriert sich die Behörde für Schule und Berufsbildung nicht nur auf die Reform der Allgemeinen Schulen, das Übergangssystem Schule – Beruf wird nicht vernachlässigt, sondern es ist ein überzeugendes Konzept erarbeitet worden. Und dieses Konzept, das eben vorgestellt wurde, ist nicht nur eine Pflichtübung. Im Gegenteil, das hat die Präsentation des Rahmenkonzepts für die Reform des Übergangs Schule – Beruf gezeigt, die Senatorin hat diese Reform des Übergangssystems mit allen wesentlichen Partnern abgestimmt. Handelskammer, Handwerkskammer, Unternehmensverband Nord und der Deutsche Gewerkschaftsbund stehen hinter diesem Konzept und dieser Konsens ist eine ganz wesentliche Bedingung dafür, dass das Konzept nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch in der Praxis wirken kann. Dieser Konsens ist ein gelungenes Beispiel für engagiertes, ernsthaftes und verantwortungsvolles Regierungshandeln, dafür gilt an dieser Stelle auch einmal der Dank an die Senatorin und an die Behörde, diesen Konsens erreicht zu haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

(Michael Gwosdz)

Das Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems und der heutige Beschluss zur Einführung weiterer Produktionsschulen als ein erster Baustein in diesem Übergangssystem zeigen, wie ernst es CDU und GAL ist, die Zukunftschancen aller Jugendlichen zu verbessern, und zwar in der Praxis und nicht nur auf dem Papier. Konkretes Tun und vorzeigbare Ergebnisse, dies Produktionschulprinzip gilt auch für unser politisches Handeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Lemke.

Dittmar Lemke CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich schließe mich zunächst den Ausführungen meines Vorredners, Herrn Gwosdz, an und ich habe dem eigentlich gar nicht viel hinzuzufügen. Vielleicht noch einige politische Gedanken.

Ich erinnere mich daran, dass in den Ausschussberatungen von der Opposition Kritik daran geäußert wurde, dass kein Gesamtkonzept vorliege. Dieses Gesamtkonzept haben wir inzwischen. Der Senat und die Regierungsfractionen streben eine völlige Neuordnung und Systematisierung des Übergangssystems Schule – Beruf an. In diesem Sinne ist die Einführung der Produktionsschulen ein Baustein, dies Wort ist eben auch schon gefallen, und zwar ein auch für die CDU-Fraktion sehr wichtiger Baustein.

Dieses Übergangssystem muss sehr verschiedenen Anforderungen gerecht werden. Die Produktionsschulen richten sich an Schüler, die die Schulen ohne Schulabschluss verlassen, also eine besonders problematische Gruppe von Schülern, eine Gruppe, die nur schwer einen Ausbildungsplatz findet, geschweige denn eine Aufnahme in den Arbeitsmarkt. Es ist völlig klar, dass auch diesen Schülern eine Chance gegeben werden muss, am Leben in diesem Land teilzuhaben. Es geht also um den Begriff der Teilhabe. Wenn wir das heute beschließen, dann beschließen wir auch eine besondere Hinwendung zu dieser Gruppe von Menschen. Und dies entspricht dem christlichen Menschenbild und auch dem Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft, die von der Anlage her allen Menschen die Chancen zu ihrer beruflichen Selbstverwirklichung eröffnen möchte.

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD – Hans-Detlef Roock* CDU: Willi, was ist los?)

– Herr Buss, nicht scharren und nicht murren, bitte einfach zuhören. – Das bestehende Altonaer Modell der Produktionsschule muss als sehr erfolgreich bezeichnet werden. Ein hoher Anteil der Schüler dort konnte in Ausbildung vermittelt werden. Herr Gwosdz hat die Zahlen eben schon ge-

nannt, 42 Prozent der Schüler sind in eine Ausbildung gewechselt und weitere 15 Prozent direkt in ein Arbeitsverhältnis. Ich bin der Meinung, das kann man als Erfolgsgeschichte bezeichnen, und das ist Vorbild für viele Methodiken, die zum Beispiel auch an den beruflichen Schulen angewandt werden. Auch in den Berufsbildenden Schulen in Hamburg gibt es einige ähnliche Modelle, die diese Grundideen aufgreifen. Ich glaube, und es ist richtig, dass man das auch einmal sagt, dass sich zum Beispiel auch der Bereich Gartenbau der Gewerbeschule G 13 und die Berufliche Schule Recycling und Umwelttechnik G 8 in eine ähnliche Richtung aufgemacht haben und ähnliche Methodiken anwenden.

(*Ties Rabe SPD*: Aber die dürfen nicht!)

Ich gehe davon aus, dass gleich noch kleinkarierte Kritik von der Opposition vorgebracht werden wird. Sie werden uns sicherlich etwas erzählen über eine angeblich fehlende Fixierung der Produktionsschulen auf das Ziel, einen Schulabschluss zu erreichen. Aber diesen Kritikpunkt, ich nehme schon vorweg, was Sie zu sagen haben, kann ich nicht teilen. Die Zielsetzung der Produktionsschulen ist klar definiert. Die Schüler sollen fit gemacht werden für den weiteren Weg in eine Ausbildung. Das ist auch gerade das Erfolgsgeheimnis. Es ist ein Fakt, dass viele dieser Schüler schulmüde sind, sie erleben die Motivation jetzt neu durch die Erfahrung einer sinnvollen Tätigkeit, die zum Teil sogar unmittelbar für normale Nachfrage auf dem Markt erbracht wird. Das ist eine völlig andere Quelle der Motivation als im System Schule. Das müssen wir in den Produktionsschulen nutzen.

Im Ausschuss ist dann von der Opposition noch die Frage aufgeworfen worden, weshalb die Produktionsschulen eigentlich in freier Trägerschaft organisiert sein sollen. – Ja, genau, Sie waren das, Frau Heyenn. – Also das ist schon komisch, da kommt bei Ihnen doch wieder das Grundmisstrauen gegenüber allem Außerstaatlichen zum Ausdruck. Bei mir ist das genau umgekehrt, ich bin erst einmal misstrauisch, wenn der Staat die Dinge in die eigene Organisation einfügen will.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das werden wir mal ausdiskutieren! – *Ties Rabe SPD*: Dass ist das Misstrauen gegen Ihre Regierung!)

Ein gesundes Misstrauen auch gegenüber Regierungen ist auf jeden Fall sehr gut. Wie dem auch sei, die Trägerschaft durch Vereine hat doch große Vorteile. Die Träger können ihr Konzept freier bestimmen, sie sind freier in der Personalauswahl und sie haben auch Vorteile bei der Sponsorensuche. Die Produktionsschulen sollen doch ihre Leistungen in bestimmtem Umfang auch kommerziell am Markt anbieten. Aufgrund dieser Umstände ist eine Produktionsschule überhaupt nur in freier Trägerschaft möglich.

(Dittmar Lemke)

Mein Wunsch an den Senat wäre die Schaffung einer Produktionsschule im Bereich Gastronomie. Auch die mittelständische Wirtschaft in Hamburg würde eine solche Bildungseinrichtung sehr begrüßen.

Meine Damen und Herren! Der Weg über die Produktionsschulen wird für eine bestimmte Gruppe von Schülern sehr interessant und erfolgversprechend sein und ich freue mich, dass wir dieses Projekt zusammen mit unserem Koalitionspartner verwirklichen können. Schwarz-Grün macht's möglich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man die letzten beiden Redebeiträge so hört, merkt man, dass unsere Kritik im Ausschuss Sie schwer getroffen hat; ich glaube, auch zu Recht. So richtig ausgeräumt haben Sie nicht, was wir dort gesagt haben, aber Sie müssen es sich irgendwie gemerkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass alle Jugendlichen nach der Schule eine Perspektive haben, die Perspektive, einen Beruf zu erlernen, der ihnen Freude macht und der auch die Grundlage dafür bietet, dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Von diesem Ziel sind wir in Deutschland weit entfernt, wir alle kennen die Zahlen, rund 10 Prozent der deutschen Schüler verlassen die Schule ohne einen Abschluss, in Hamburg sind es über 8 Prozent, und jeder weiß, dass in heutigen Zeiten der Schulabschluss das Mindesteintrittsticket für eine Berufsausbildung ist, und in vielen Bereichen ist noch nicht einmal das ausreichend. Über die Bedeutung werde ich gleich noch etwas sagen.

Um diesen Jugendlichen zu helfen, hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahren ein unüberschaubares Dickicht an verschiedensten Maßnahmen entwickelt, Maßnahmen der früheren Arbeitsämter, der Arbeitsagenturen, der Jugendberufshilfe, der Schulen von freien Trägern. Eigentlich gibt es überhaupt niemanden mehr in Hamburg, aber auch in Deutschland, der da durchsteigt. Die Website der Behörde, die einen Überblick darüber geben soll, macht das deutlich. Die Adresse ist www.ichblickdurch.de. Das ist ja schon der Hilfeschei einer Schulverwaltung, wenn man zu solchen Bezeichnungen greifen muss, um die eigene Politik überhaupt darzustellen.

(Beifall bei Karin Timmermann SPD)

Wir haben den Überblick in Hamburg eigentlich immer noch nicht. Wir haben ihn mehrfach gefordert, wir haben immer gesagt, wir wollen eine Schwach-

stellenanalyse des bestehenden Systems, aber das haben wir nie durchgesetzt. Der frühere Schulsenator Lange in der von-Beust-Regierung hat sich stattdessen damit beschäftigt, die beruflichen Schulen vollständig zu privatisieren. Das ist ihm, Gott sei Dank, nicht gelungen, weil sich in Hamburg viele Bürgerinnen und Bürger dagegen gewehrt haben, sodass es dann irgendwie beim HIBB geblieben ist. Aber das war Ihre Konzeption in den letzten Jahren. Statt sich wirklich damit auseinanderzusetzen, wie wir die Hilfe verbessern können, haben Sie ideologisch einfach nur auf Privatisierung gesetzt und sind, Gott sei Dank, mit diesem Weg gescheitert.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn
DIE LINKE)

Die Altonaer Produktionsschule hat wirklich gute Arbeit geleistet. Ich bin mir nur nicht sicher, ob sich die Vorredner wirklich klar machen, welche Konsequenzen dieses Modell eigentlich hat. Da geht es nicht um ein bisschen Berufsorientierung und ein bisschen Berufspraxis. Das ist inzwischen Standard an allen beruflichen Schulen und auch an Gesamtschulen und Haupt- und Realschulen. Es geht darum, dass Jugendliche ausschließlich produzieren und dass der Lernvorgang um diese Produktion gerant wird. Das ist das Besondere und das ist das erfolgreiche pädagogische Konzept, das in der Tat bei Jugendlichen funktioniert, die schulmüde sind und die keine Tafel mehr sehen wollen. Man muss sich klar machen, wie es wirklich aussieht, bevor man hier laut eine Ausweitung in die Fläche fordert und gar nicht weiß, wie konsequent dieses Modell wirklich vor Ort durchgeführt wird.

Es trägt ebenfalls sehr zum Erfolg bei, dass diese Schülerinnen und Schüler ein Teilnehmerentgelt bekommen. Auch das muss doch gesagt werden. Das ist etwas, das wir bisher nirgendwo im Schulsystem haben, worüber man nachdenken könnte, denn es bedeutet natürlich eine Motivation für Schülerinnen und Schüler und vor allem eine Sanktionsmöglichkeit, wenn sie nicht kommen. Das ist ein ganz wichtiger Faktor, den man sehen muss und der mit anderen Bereichen im Hamburger Schulsystem überhaupt nicht vergleichbar ist.

Nun liegt der Bürgerschaft heute diese Drucksache vor und ich fand schon bemerkenswert, dass die beiden Vorredner von Schwarz-Grün das ganze Thema Übergangssystem hier sehr stark betont haben. Dazu muss man natürlich wissen, dass zu dem Zeitpunkt, als wir die Drucksache im Ausschuss beraten haben, die Rahmenkonzeption überhaupt noch nicht vorlag. Das war einer unserer zentralen Kritikpunkte, dass das Konzept der Produktionsschule überhaupt nicht eingepasst ist in das Übergangssystem. Sie haben Hals über Kopf hier eine Drucksache auf den Weg gebracht, weil Sie schon angefangen hatten, die Ausschreibung vorzubereiten. Da ist der Behörde aufgefal-

(Britta Ernst)

len, dass es an Geld mangelt, und man hat diese Drucksache auf den Weg gebracht, ohne hier das Gesamtkonzept vorzulegen, wie es sich gehört hätte, und ohne deutlich zu machen, in welchem Verhältnis diese Produktionsschule eigentlich zu dem steht, was sie für das gesamte Übergangssystem vorhaben. Das ist der große Mangel und daher ist Ihre Planung der Produktionsschule an vielen Stellen zu kritisieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nach unserem Eindruck passt die Produktionsschule, so wie Sie sie vorhaben, gar nicht in das Übergangssystem, sondern ist ein totaler Fremdkörper, der im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Bevor Sie sich hier gegenseitig bejubeln, kann ich Ihnen nur raten, einmal durch die Stadt zu gehen und mit Menschen zu sprechen, die sich in diesem Bereich auskennen. Sie werden viel Lob und Zuspruch für das Übergangssystem, für das Rahmenkonzept finden, das Sie hier vorgelegt haben. Das bekommen Sie auch von uns, was Sie da auf den Weg bringen, finde ich vernünftig und klug. Sie werden aber überhaupt keinen Zuspruch für diese Ausweitung der Produktionsschulen bekommen, sondern es wird in der Stadt nur eines gesagt, dass dies ein Lieblingsprojekt der Grünen mit dem Charme der 90er Jahre ist, das jetzt im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Da kann ich Ihnen nur sagen, das machen wir nicht mit. Wir prüfen das genau und ich glaube, dass Sie dort wirklich Ihren eigenen Ideologien so ein bisschen erlegen sind und hier etwas kreiert haben, was überhaupt nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist und auch in Ihre Gesamtkonzeption eigentlich überhaupt nicht hineinpasst.

(Beifall bei der SPD)

Um noch einmal zu den Ausschussberatungen zu kommen, Sie konnten dort überhaupt nicht beantworten, welche Gruppe von Jugendlichen denn nun eigentlich in die Produktionsschule gehen und was mit anderen Jugendlichen in der Stadt passieren soll. Das ist nicht beantwortet worden.

Der zweite Punkt ist, das muss man auch sehr deutlich sagen, dass wir zuallererst das allgemeinbildende Schulsystem so gut machen müssen, dass wir nicht so viele Jugendliche haben, die ohne Abschluss die Schulen verlassen. Sie produzieren hier weitere Reparaturmaßnahmen für die Zukunft. Man könnte denken, Sie glauben nicht an Ihre eigene Schulpolitik, wenn man sich diese Drucksache genauer ansieht. Sie wollen hier eine Ausdehnung in die Fläche für Schülerinnen und Schüler, die ohne Schulabschluss das allgemeinbildende Schulsystem verlassen und können noch nicht einmal begründen, was mit denen passiert, die daran scheitern. Diese Schwerpunktsetzung ist falsch.

(Egbert von Frankenberg CDU: Was Sie sagen, ist falsch!)

Zum Thema Hauptschulabschluss haben wir dann vielleicht einen deutlichen Dissens. Ich finde, die Argumentation, der Hauptschulabschluss sei nicht wichtig, abenteuerlich. Das ist auch keine neue Argumentation, ich dachte, es sei in dieser Stadt längst überholt, immer ein Gegeneinander zwischen der Orientierung auf die Berufsausbildung und der Orientierung auf den Hauptschulabschluss zu sehen. Ich weiß, dass viele Träger das in der Vergangenheit auch so gesehen haben und ich habe gehofft, dass dieser Unsinn nicht fortgesetzt wird. Wer Jugendlichen den Hauptschulabschluss vorenthält und eine Maßnahme kreiert, die nicht darauf abzielt, dass sie diesen Abschluss machen, produziert doch im Leben dieser jungen Menschen immer wieder neue Brüche; bei jeder Kündigung, die jemanden später treffen kann, fehlt dann diese Basisqualifikation. Ich finde es geradezu zynisch, in dieser Zeit Projekte auf den Weg zu bringen, die nicht das ausdrückliche Ziel verfolgen, dass die Jugendlichen auch einen Hauptschulabschluss erreichen können.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Zahlen; Sie halten es für möglich, dass 60 Prozent der Jugendlichen erfolgreich die Produktionsschule durchlaufen, das heißt, sie werden einen Ausbildungsplatz finden. Bei 40 Prozent gehen Sie selbst davon aus, dass sie es nicht schaffen. Hier besteht die Gefahr, dass sie noch nicht einmal den Schulabschluss haben. Sie konnten uns im Ausschuss jedenfalls nicht beantworten, was dann mit diesen Jugendlichen passieren soll. Da sieht man, dass Ihre Rahmenkonzeption nicht darauf ausgerichtet ist.

Zu den inhaltlichen Konzeptionen; das wollen wir erst einmal sehen, ob die neuen Schulen überhaupt irgendetwas mit dem Altonaer Modell zu tun haben. Für einen Schüler, der in die Altonaer Produktionsschule geht, hat diese Schule bis zum Ende ungefähr 15 000 Euro zu bezahlen. Sie stellen hier in der Drucksache dar, dass gut 7000 Euro für diese Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden sollen. Dann wollen Sie uns erzählen, dass sei die gleiche pädagogische Konzeption. Das glaubt niemand, deshalb werden wir diese Angelegenheit sehr kritisch begleiten. Ich habe große Zweifel daran, dass das, was die Altonaer Produktionsschule macht, sich in den vielen Projekten, die Sie auf den Weg bringen, überhaupt wiederfindet. Ich glaube, dass da mit völlig anderen Rahmenbedingungen gearbeitet wird und dass die Konzeption völlig unzureichend ist, deshalb werden wir dieser Drucksache auch nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Idee der Produktionsschule ist eine sehr alte. In den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts wurde sie von linken Reformpädagogen und dem Bund der entschiedenen Schulreformer entwickelt, und zwar als elastische Einheitsschule in Abgrenzung zur Buchschule. Herr Lemke hat sehr deutlich gemacht, was für Alternativen junge Menschen, die nicht gerne zur Schule gehen, haben müssen. Deshalb sind wir natürlich im Prinzip für die Produktionsschulen.

(Beifall bei *Farid Müller* GAL)

Nur bei dem Konzept, das uns vorgelegt wird, haben wir einige Bedenken, die möchte ich für meine Fraktion darlegen.

Zunächst einmal sehen wir das Problem darin, dass die Produktionsschulen nicht in das Rahmenkonzept Übergangsschule und Beruf eingepasst sind, das wurde auch von Frau Ernst deutlich gesagt. Ich möchte aus dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün zitieren:

"Dazu müssen die Berufsvorbereitung und die teilqualifizierende Berufsfachschule neu gestaltet werden unter Berücksichtigung von Prinzipien der Produktionsschule."

Das ist richtig. Der Punkt ist nur, dass jedes Jahr etwa 7000 Schulabgänger, das ist die Hälfte eines Jahrgangs, in die Berufsvorbereitung und die teilqualifizierende Berufsschule wechseln, das heißt, in das Übergangssystem kommen. Ende 2008 haben 1349 Jugendliche ohne Hauptschulabschluss die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Da stellen wir uns die Frage, warum der schwarz-grüne Senat mit seinen Produktionsschulen nur 200 Plätze ab 2009 zur Verfügung stellen will. Im Endausbau im Jahr 2011 sind es dann 500 Plätze, ich betone, nur 500 Plätze. Wir fragen uns, was soll mit den anderen 800 Jugendlichen geschehen. Nach welchen Kriterien werden denn die Jugendlichen ausgewählt, die auf die Produktionsschule dürfen beziehungsweise nicht dürfen.

Ein weiteres Bedenken ist, dass wir festgestellt haben, dass die Produktionsschulen aus dem öffentlichen Schulsystem ausgegliedert sind, sie finden auch nicht in der Schulgesetznovelle Berücksichtigung. Die Produktionsschule wird in der Öffentlichkeit mit großer Medienbegleitung vorgestellt, aber in der Schulgesetznovelle kommt sie nicht vor. Man findet dort allerdings Exoten wie zum Beispiel die Berufsoberschule und auch noch die Sonderschule, die es eigentlich nicht mehr geben soll. Die Produktionsschule taucht mit keinem Wort dort auf. Wir finden, die Produktionsschule muss im allgemeinen Schulsystem verankert sein und nicht auf einer Extraspur nebenher laufen.

Frau Ernst hat es bereits angesprochen, wir fragen uns auch, warum für die Produktionsschulen nur etwa die Hälfte der Schülerkosten des Vorbilds, der Produktionsschule Altona, vorgesehen ist. Die Schülerkostensätze betragen nach der Produktionsschul-Drucksache etwa nur die Hälfte von dem, was bisher in Altona bezahlt wird. Wir vermuten, dass da einfach Standards abgesenkt werden sollen, das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere nächste Frage ist – Herr Lemke hatte es schon angesprochen –, warum die Schulen nicht in öffentlicher Trägerschaft sind. Ich habe das mehrmals im Ausschuss nachgefragt und es wurde bisher kein Grund genannt – außer einem Überzeugungsgrund, dass man es lieber privat hätte –, warum die privaten Träger die Produktionsschul-Idee besser realisieren können als staatliche Schulen. Alle empirischen Untersuchungen widerlegen diese Ideologie; es war eben schon von Ideologie die Rede und dass Private es besser könnten.

In Bremen zum Beispiel sind die Produktionsschulen in staatlichen Schulen eingerichtet. Warum ist das nicht auch so in Hamburg? Vielmehr sollen die Produktionsschulen in Hamburg nach einer Anschlussfinanzierung trägergestützt von privaten Bildungsanbietern betrieben werden. Wir sind skeptisch gegenüber dieser Privatisierung, Sie müssten uns schon vom Gegenteil überzeugen und das hat bisher trotz dreimaliger Nachfragen im Ausschuss nicht stattgefunden.

Dann fragen wir uns, warum es keine Tarifbindung und keine Anbindung an den TV-L gibt. In dem Interessensbekundungsverfahren der Schulbehörde vom Ende letzten Jahres für private Träger wird die Tarifbindung ausdrücklich als Entscheidungskriterium ausgeschlossen. Das ist sicherlich kein Zufall. Das ist eine Einladung an Billiganbieter und zur Tariffucht, das lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Im Weiterbildungsbereich kann man besichtigen, was die Lohndumping-Politik dort angerichtet hat, hier möchten wir keine Wiederholung haben. Es gibt in Hamburg den Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung, das ist ein staatlicher Bildungsträger, der hervorragende Arbeit leistet. Wir fragen uns, warum dieser nicht beauftragt wird, Produktionsschulen zu betreiben. Der Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung bezahlt seine Mitarbeiter nach dem Tarifvertrag der Länder und wir fragen uns, warum sie das nicht machen. Deshalb haben wir Bedenken, ob dieses Konzept der Produktionsschulen wirklich greift. Vom Prinzip her finden wir die Idee gut und deshalb enthalten wir uns der Stimme.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat zehn Jahre gedauert, bis wir einen weiteren Schritt machen können, die Produktionsschulen zu implementieren und ich bin zutiefst überrascht über die sehr unfachliche Debatte, gerade von Ihnen, Frau Ernst, die Sie in dem Bereich berufliche Bildung eigentlich sehr fachkundig sind. Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit, was hier eigentlich passiert.

Zum einen ist die Produktionsschule Altona natürlich ein Solitär geblieben. Wenn man zehn Jahre lang Modellversuch ist, kommt man natürlich mit viel Unterstützung, mit Drittmitteln, Stiftungsgeldern und so weiter zu einer anderen finanziellen Ausstattung. Es ist bei Pilotversuchen immer so, dass sie am Anfang besonders ausgestattet sind. Die neuen Produktionsschulen werden eine Anschubfinanzierung erhalten, weil sie anfangs noch nicht produziert haben. Wir werden auch Schülergeld bezahlen, da wird sich nichts ändern.

Ich bin nur sehr überrascht, dass die Grundsätze der Produktionsschulen hier überhaupt nicht in den Vordergrund gestellt werden, weil die Erfahrung der bestehenden Produktionsschulen – wir haben inzwischen über 40 Produktionsschulen in Deutschland, aber besonders auch die lange Erfahrung Dänemarks – zeigt, dass es ein Weg ist, Jugendlichen, die mit Frustration und Misserfolg, die bisher in der Schule nicht weiterkamen, neue Chancen und Alternativen zu bieten.

Wenn man dann sagt, es seien nur 500 Plätze, dann muss man auch sehen, dass Produktionsschulen, die tatsächlich den Schwerpunkt nicht allein auf Schule, sondern auf die Produktion richten, auch ein Teil der integrierten sozialen Stadtentwicklung sind, weil sie regional organisiert sind. Im Übrigen haben Produktionsschulen auch normalen Schulbetrieb, Unterricht, es wird nicht nur produziert. Alle, die sich mit dem unwirksamen Berufsvorbereitungssystem einmal auseinandergesetzt haben und mit den sicherlich intensiv engagierten, gut arbeitenden Schulen wie die G 13, die G 20 oder G 8, sehen, dass sie längst nicht die Übergangsquoten oder Erfolge haben, so sehr sie sich auch am Produktionsschulprinzip orientieren. Dieses Berufsvorbereitungssystem ist im Rahmen unseres Übergangskonzepts das eine, das wir endlich reformieren, darauf warten wir seit 20 Jahren. Die 500 Plätze für die Produktionsschulen sind nur ein Baustein, der aber im Rahmen der integrierten sozialen Stadtentwicklung eine zentrale Rolle spielt. Die Produktionsschulen sind in der Wissenschaft und bei berufspädagogischen Praktikern, in-

sofern widerspreche ich Ihnen, Frau Ernst, als gute Alternative anerkannt. Zum Beispiel findet in dieser Woche in Berlin ein internationales Kolloquium der Produktionsschulen statt; wir sind also auf der Höhe der Zeit und das sind keine alten Kamellen aus den Achtzigerjahren oder Neunzigerjahren. Man weiß auch, dass reformpädagogische Ansätze, wenn sie aus den Zwanzigerjahren kommen, nicht die schlechtesten sind, sondern dass man hier einiges wieder beleben muss. Dieses internationale Kolloquium dient dem Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Produktionsschulen und natürlich auch der Weiterentwicklung.

Es gibt viele Produktionsschulen in Deutschland, die teilweise staatlich, teilweise mit privaten oder außerschulischen Trägern gestaltet werden und sie haben alle außerordentlich gute Ergebnisse. Nicht umsonst ist einer der größten Unterstützer in dieser Stadt die Patriotische Gesellschaft, die, glaube ich, nicht unter dem Verdacht steht, eine einseitige Sache zu unterstützen, sondern im Sinne der Bürgergesellschaft diese Produktionsschulen aktiv unterstützt hat und auch weiterhin unterstützt.

Wir werden 500 Plätze einrichten in zehn Produktionsschulen, alle Bezirke werden regional mit Produktionsschulen ausgestattet. Das ist ein großer und guter Schritt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es wäre richtiger Unsinn, Produktionsschulen in die Fläche zu nehmen, kein Mensch will Produktionsschulen in die Fläche geben. Wir haben ungefähr 4000 junge Leute im Berufsvorbereitungssystem, davon 500 im Produktionsschulbereich und alles andere wird systematisiert, wie Sie im Rahmenkonzept Übergang Schule – Beruf lesen können. Wir haben die große Chance, diese Berufsvorbereitung vernünftig zu dualisieren.

Bei der Produktionsschule ist sicherlich das Lernen im Produktionsprozess im Vordergrund, es geht um Leben, Lernen, Arbeiten und es sind besondere Schüler und Schülerinnen, die in den Produktionsschulen eine neue Chance und neue Motivation erhalten. Die Produktionsschule hat auch den Vorteil, dass sie für den Verkauf und auch im Dienstleistungsbereich in der Region produziert. Das ist übrigens mit Kammern und Wirtschaft abgesprochen, es gibt also keine Nebeneffekte, dass Handwerksbetriebe darunter leiden könnten, es ist alles sehr gut in enger Absprache vorbereitet. Die Schulen arbeiten auch mit den Betrieben in der Region zusammen, um Jugendlichen unmittelbar betriebliche Erfahrung zu gewährleisten.

Die Übergänge wurden schon genannt, die Einstiegschancen sind wesentlich besser als in der klassischen Berufsvorbereitungsschule, auch wenn die Kollegen dort sich ausgezeichnet engagieren. Es ist aber nicht wirksam und kein Mensch weiß,

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

wo die Jugendlichen bleiben. In der Produktionsschule wird jeder Einzelne bis zu dem Punkt, an dem er in einer Ausbildung oder Arbeit ist, entsprechend begleitet. Die Produktionsschulen übernehmen also auch Verantwortung für die jungen Leute.

Ich möchte noch eine Bemerkung zum Hauptschulabschluss machen. Keiner in der Produktionsschule wird daran gehindert, einen Hauptschulabschluss zu machen. Er ist nicht obligatorisch, aber natürlich ist es erwünscht, das ist gar keine Frage. Nur mit dem Abschluss allein ist derjenige auch noch nicht in Ausbildung und Arbeit gebracht. Insofern muss auch mit dem Abschluss ein Anschluss gewährleistet sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wie wird es mit den Freien Trägern laufen. Frau Heyenn, die Produktionsschulen werden von Freien Trägern geleitet und gestaltet, mit den Bezirken gemeinsam. In jedem Bezirk wird es eine Produktionsschule geben. Diese Träger – es gibt übrigens eine tolle Bewerbersituation –, das sind aber keine Billiganbieter, da gibt es Qualitätsstandards, es wird einen Entwicklungsbeirat geben, wo genau diese Qualitätsstandards gewährleistet werden müssen. Diese Träger haben große Erfahrung und Kompetenzen in der beruflichen Qualifizierung von benachteiligten Jugendlichen. Die Auswahl erfolgt in einem Interessenbekundungsverfahren, das wurde schon gesagt. Wir werden jetzt in vier Bezirken im September mit jeweils einer neuen Produktionsschule starten, mit 200 Plätzen. Wir werden dann weitere 150 an jeweils drei Produktionsschulen im nächsten und noch einmal im darauf folgenden Jahr ausbauen.

Wie schon gesagt, die Produktionsschule ist ein Baustein unseres Übergangssystems Schule – Beruf und wird einer ganzen Reihe Schülerinnen und Schülern auf ihrem meist zu kurvenreichem Weg bessere Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bieten. Ich bin froh, dass wir dies starten konnten, ich habe die Ausschussberatungen auch verfolgt, aber ich denke, dass insgesamt ein unterstützendes und positives Echo da ist. Ich kann Sie, die Sie immer noch skeptisch sind, nur bitten, sich von den Fachleuten überzeugen zu lassen und im Sinne der Schülerinnen und Schüler zu handeln.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Sie gestatten eine Zwischenfrage, Frau Goetsch?

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch (fortfahrend): Ja.

Zwischenfrage von Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Senatorin, ist es richtig, dass im Interessen-

bekundungsverfahren der Schulbehörde eine Tarifbindung ausdrücklich als Entscheidungskriterium ausgeschlossen ist und können Sie trotzdem sicherstellen, dass bei der hervorragenden Bewerberlage wirklich die Löhne nach TV-L gezahlt werden für jeden Einzelnen, der in der Produktionsschule lehrend tätig ist?

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch (fortfahrend): Da ich hier keine Träger bekanntgeben kann und will, wird das dann im Rahmen der Zuwendungsbescheide der Fall sein, aber ich werde nicht während eines Verfahrens über Details Auskunft geben.

(Marino Freistedt CDU: Sehr gut!)

Damit bin ich am Ende.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen enttäuscht darüber, Frau Senatorin, dass eine der ersten greifbaren Maßnahmen hier die Produktionsschule sein soll, und zwar aus einem sehr einfachen Grund, es ist das Konzept. Ich weiß, es ist für eine besondere Klientel gedacht, wir kennen das, wir wissen, dass das nicht so schlecht ist, aber wir haben im Rahmen des ganzen Übergangs das schlüssige Gesamtkonzept gefordert, das Sie uns gestern endlich ins Fach gelegt hatten.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Andrea Rugbarth (fortfahrend): – Danke.

Ich habe es durchgearbeitet und habe dort vorgefunden, dass diese Produktionsschule nicht aus einem Guss ist, Frau Senatorin. Es ist ein Baustein, aber der Ansatz für die Risikoschüler muss ein anderer sein, er muss ein präventiver Ansatz sein. Wir haben 1349 Schulabgänger im letzten Schuljahr ohne Hauptschulabschluss gehabt, da müssen wir schauen, wie wir die Schüler zum Hauptschulabschluss bringen.

Ihre Vorgängerin hat ein wunderbares Projekt initiiert, 2006 hat es begonnen mit KOBİ, das war genau der richtige Ansatz, bei dem Schüler parallel nach der achten Klasse sowohl einen praktischen Teil hatten als auch den Schulteil, das findet sich alles in Ihrem Rahmenkonzept zum Teil wieder, aber nicht in der ursprünglichen Form, Frau Senatorin, da sind dann KOBİ und Kompass erwähnt. Es wurde erwähnt, wie es genau ausschauen soll, mit wie viel Zeitstunden das in der Praxis ange-

(Andrea Rugbarth)

dacht ist. Es wird jetzt alles reduziert, die positiven Erfahrungen aus diesem Projekt werden nur zu einem Teil übernommen. Frau Senatorin, das kann es nicht sein.

Zu KOBI habe ich hier einige Zahlen, die Sie, meine Damen und Herren, vielleicht überzeugen werden: 70 bis 95 Prozent der Abgänger aus diesem Projekt haben einen Hauptschulabschluss erreicht. Über 60 Prozent der Abgänger sind in die duale Berufsausbildung gegangen. Das sind doch Super-Zahlen, die man so auch sehen will.

Es gibt ein weiteres Projekt, das ich mir heute herausgesucht habe, AnSCHuB in Bergedorf. Dort gibt es sogar zu 100 Prozent den Hauptschulabschluss, das beginnt noch ein Schuljahr eher. All das ist in diesem Rahmenkonzept nicht enthalten, sondern im Prinzip ist es die Bankrotterklärung schlechthin, weil diese Produktionsschulen erst dann greifen, wenn das Schulsystem versagt hat. Das ist zu wenig, die erste Maßnahme muss sein, dass wir die Risikoschüler schon vorher abfischen und nicht erst warten, bis sie in die Falle hineingetappt.

Noch einmal zu Herrn Gwosdz; Sie sagten, der DGB stehe hinter dem Konzept. Ich habe natürlich sofort unter meinen vielen Papieren herausgesucht, dass der DGB nicht hinter dem Konzept steht. Insbesondere der Teil, in dem Sie in der Produktionsschule die zertifizierbaren Qualifizierungsmaßnahmen stehen haben, allein das Wort ist ein Unding, das lehnt der DGB grundsätzlich ab, denn mit so einer Teilzertifizierung kann man auf dem Arbeitsmarkt nichts anfangen.

Ein weiterer Kritikpunkt auch an den Produktionsschulen, den der DGB ebenfalls hat. Schon aufgrund der geringen Kapazitäten sei es gar nicht möglich, für die betreffende Klientel sicherzustellen, dass sie reibungslos wieder eingegliedert werde. Bitte machen Sie also den DGB nicht zu Ihrem Anwalt, das funktioniert nicht.

Ich fordere Sie nochmals nachhaltig auf, Frau Senatorin, diese Versuchsklassen, die es gab, KOBI, AnSCHuB...

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch:
Die laufen doch noch!) *Christa Goetsch* :

– Sie laufen noch, aber sie laufen aus.

Es ist bekannt, dass sie 2010 auslaufen und nicht in der gleichen Güte integriert werden. Die Kollegen vor Ort sind sehr frustriert darüber. Diese Schüler hatten ein ganz besonderes Lernniveau an dieser Stelle, sie hatten sehr viel Glück, dass man ihnen eine besondere Lernsituation geboten hat mit viel Geld. Darüber werden die Stadtteilschulen, so wie es in den Rahmenbedingungen beschrieben ist, nicht verfügen, auch nicht über diese sehr kleinen Lerngruppen; wir wissen ganz genau, in den Stadtteilschulen haben wir Klassen mit sehr

unterschiedlichen Lernniveaus, angefangen vom Risikoschüler bis zu dem Schüler, der sich eigentlich auf die Sekundarstufe II vorbereitet. Ich frage mich, wie Sie das System dann integrieren wollen.

Insgesamt bleibt für mich festzustellen, dass die Produktionsschulen nachgelagert sind; ich vermisse aber insgesamt in dem gesamten Rahmenkonzept den präventiven Ansatz. Das Grundproblem des fehlenden Hauptschulabschlusses ist nicht gelöst, weil es nicht obligatorisch ist, sondern Sie bauen hier ein weiteres Parallelsystem auf, das ist eine weitere Warteschleife. Neben dem grundsätzlichen Problem der Privatisierung ist auch das Koordinierungsproblem nicht gelöst und aus dem Grund können wir uns an dieser Stelle nicht durchweg positiv dazu äußern. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk:
Das Wort hat Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Rugbarth, es ist richtig, dass wir über das Übergangsfeld Schule und Beruf noch einmal genauer diskutieren müssen. Ich finde aber, wir sollten heute die Sachen auseinanderhalten,

(Beifall bei *Michael Gwosdz* GAL)

denn wir waren zunächst einmal mit der Idee konfrontiert, Produktionsschulen in Hamburg auszuweiten. Ich sehe, dass es hier ein Problem gibt und stimme auch Ihrer Argumentation zu, dass wir selbstverständlich sehen müssen, wie wir zu einer Verstärkung der präventiven Maßnahmen kommen, und damit auch, was Sie ansprachen, diese Erfahrungen der Versuchsklassen aufgreifen. Alles d'accord, das müssen wir noch einmal genauer betrachten, ich würde in diesem Bereich auch keinen Blankoscheck vergeben wollen. Doch jetzt kommt das Aber, ich will noch einmal erläutern, warum wir dieser Idee von Beginn an sehr positiv gegenüberstanden.

Natürlich gibt es eine bestimmte Schulflucht beziehungsweise eine Abneigung, zur Schule zu gehen. Das gibt es auch in einem System wie in Dänemark, das sich von unserem Bildungssystem sehr unterscheidet. Es ist ein durchaus vernünftiges Angebot, einen Ausbildungsgang und eine Integration in gesellschaftliche Verhältnisse zu ermöglichen, das jetzt mit dem Produktionsschulkonzept umrissen ist. Keine Frage, das muss nachher eingebaut werden; man muss auch bei den Erfahrungen, die dort gemacht werden, schauen, ob man sie auf die anderen Bereiche übertragen kann. Ich respektiere auch, dass Sie so große Bedenken haben, dass Sie dies jetzt ablehnen, aber das kann für unsere Fraktion nicht gesagt werden. Wir stehen hinter dieser grundsätzlichen Idee. Wir haben Zweifel

(Dr. Joachim Bischoff)

– Frau Heyenn hat das eben angesprochen – an der praktischen Umsetzung. Wir möchten uns daher bei der Abstimmung nachher enthalten, aber werden uns genau ansehen, was im Bereich der Trägerschaft möglich ist. Es wird in jedem Fall so sein, dass wir in den nächsten Jahren noch mit einer Ausweitung und einer Auswertung dieser Erfahrungen konfrontiert werden. Dann können wir selbst noch einmal entscheiden, ob es richtig war, diesen Weg zu gehen. Wir werden den Prozess der Produktionsschulen weiterhin sehr kritisch begleiten. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Lemke.

Dittmar Lemke CDU:* Noch einmal zu Frau Rugbarth; ich freue mich, dass Sie jetzt das KOBİ-Projekt loben, das hat Ihre Fraktion in der letzten Legislaturperiode in dieser Form nicht zum Ausdruck gebracht, vielen Dank. Einer Sache jedoch muss ich vehement widersprechen. Man kann wirklich nicht sagen, dass es sich bei den Produktionsschulen um eine weitere Warteschleife handelt, da liegen Sie vollkommen falsch.

(Beifall bei *Michael Gwosdz* GAL)

– Genau, vielen Dank!

Es ist keine weitere Warteschleife.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es geht doch gerade darum, diese Warteschleifen zu verringern, die Zahlen sind auch genannt worden und das ist auch eine Herausforderung für uns alle.

Ich möchte auf die Schüler eingehen, die diesen Schulabschluss nicht geschafft haben. Die Frage ist, wie es jetzt für die Schüler weitergehen soll. Anscheinend existiert bei der SPD die Vorstellung, diese Schüler gleich wieder zu verschulen, in ein System zu stecken, in dem es weitergeht mit Schule. Ich kann dazu nur sagen, der arme Schüler, er muss doch einmal eine neue Art der Motivation kennenlernen.

(Beifall bei *Dr. Eva Gumbel* GAL)

Ich glaube, das kann die Produktionsschule leisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Rabe.

Ties Rabe SPD:* Herr Bischoff, wir sind uns völlig einig im Abstimmungsverhalten, auch wir werden uns dabei enthalten und wir sind uns auch darin einig, dass die Produktionsschule in der Sache eine

richtige Idee ist. Hier geht es um Schülerinnen und Schüler, die es in der Schule schwer gehabt haben, die keine Chance auf einen Abschluss hatten, sie brauchen ein besonderes Angebot. Noch eine normale Schule wäre ein falscher Weg. Deswegen finden wir die Idee einer Produktionsschule in einem familiären Zusammenhang, vor allem aber orientiert am Handeln, am praktischen Tun, ausdrücklich gut, das ist sicherlich ein richtiges Angebot. Daran entzündet sich unsere Kritik nicht, sondern da sind wir uns auch mit Ihnen einig, Herr Gwosdz.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Unsere Kritik entzündet sich an der praktischen Durchführung. Es lohnt sich, dies genauer anzusehen. Der eine Hinweis ist, die Produktionsschule Altona funktioniere gut, richtig, aber wir können sie nicht mit dem vergleichen, was wir jetzt machen, denn die Produktionsschule Altona wird momentan mit 15 000 Euro pro Schüler finanziert. Die zukünftige Schule dagegen bekommt 7800 Euro pro Schüler. Zwar erhält auch die Produktionsschule Altona nur 9200 Euro Schülerkosten, aber sie akquiriert weitere Mittel in einem beträchtlichen Umfang. Diese Chance haben die zukünftigen Produktionsschulen nicht. Man kann davon ausgehen, dass sie nur zwei Drittel des Geldes zur Verfügung haben werden und dann kann man nicht sagen, die Schulen sollten so werden wie Altona, wenn man ihnen nur zwei Drittel des Geldes gibt. Das ist das eine Problem in der Ausführung.

Das andere Problem ist aber – wir haben darauf hingewiesen, dass wir schon eine Reihe von Berufsschulen haben, die Rede war bereits schon von G 8, G 13, G 20 –, dass die Berufsschulen selbst sagen, sie würden diese Idee gern umsetzen. Die sind auch durchaus in der Lage dazu, sie haben jede Menge Infrastruktur, sie haben Werkzeuge, sie haben Werkstätten und so weiter. Sie haben auch Lehrer, die das machen und können, wie ihr eigenes Konzept zeigt. Denn um Ihre Produktionsschulen zum Laufen zu kriegen, sollen genau die Berufsschullehrer der jetzigen Schulen in den Produktionsschulen mitarbeiten. Das ist doch der beste Beweis dafür, dass das normale Berufsschulsystem durchaus in der Lage ist, das alles hinzubekommen.

Warum gibt man insofern nicht auch den Berufsschulen die Chance, von dieser guten Idee zu lernen und weiterzukommen? Der Wille ist auf jeden Fall vorhanden. Die Berufsschulen auszuschließen, ist wirklich eine verbohrt Ideologie, die wir nicht nachvollziehen können.

Diese Ideologie stört uns auch aus einem zweiten Grund. Wir haben den Schwimmunterricht an die Bäderland verlagert, die Berufsschulen in die HIBB ausgegliedert und einige Schulen, 32 im Moment, der GWG übereignet. Wir wollen weitere Schulen

(Ties Rabe)

auslagern und jetzt entsteht ein neuer Schulbereich, den wir an Träger vergeben. Steckt dahinter eigentlich ein Konzept? Was soll dieses Abknabbern, dieses zunehmende Ausgliedern von Strukturen aus dem Bereich der Schule?

Bildung ist eine Aufgabe, die uns als Gesellschaft und damit uns als Hansestadt Hamburg angeht und die wir als Politiker auch zu verantworten haben. Es ist grundverkehrt, ständig weitere Bereiche in irgendwelche Unterformen, Trägerschaften, Pachtverträge oder Private auszulagern. Meiner Meinung nach lohnt es sich, darüber zu streiten und deswegen können wir einer guten Idee in dieser schlechten Ausführung so nicht zustimmen. Wir werden uns enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Ich bin doch etwas überrascht, Herr Rabe. Als ich Frau Ernst zugehört habe, habe ich verstanden, dass Sie es ablehnen

(Jörn Frommann CDU: Richtig!)

und von der Konzeption her für ein Konzept von vorgestern halten.

(Ties Rabe SPD: Ich habe gesagt, nicht zustimmen!)

Jetzt sagen Sie, dass Sie sich enthalten, es aber im Prinzip eine gute Idee sei. Entweder ist es etwas von vorgestern, was nicht mehr in die Gegenwart passt, oder es ist eine gute Idee, die wir heute realisieren.

Sie haben selbst gerade vorgerechnet, dass die Produktionsschule Altona über die Jahre hinweg gemittelt 15 000 Euro pro Jahr und pro Schüler zur Verfügung hatte, natürlich auch durch Einnahmen aus Produktion und durch Drittmittel.

Genau diese Einnahmen aus Produktion und Drittmitteln sind natürlich nicht exklusiv für die Produktionsschule Altona und sonst für niemand anders in dieser Stadt erreichbar. Die freien Träger haben einerseits Erfahrung mit der Akquirierung von Drittmitteln und werden andererseits durch die Produktion in den Produktionsschulen weitere Einnahmen akquirieren, sodass unsere Perspektive klar ist: Die künftigen Produktionsschulen werden am Ende genauso ausgestattet sein wie die Produktionsschule Altona.

Die Frage ist eben nur, was wir als Staat, was wir als Freie und Hansestadt Hamburg diesen Schulen zuschießen. Die Produktionsschule Altona hat auch nur einen Zuschuss von 9300 Euro und die künftigen Produktionsschulen werden in der Anschubphase, bis ihre Produktion läuft, auf einen vergleichbaren Satz kommen. Sie werden natürlich

produzieren, Einnahmen erzielen und die Möglichkeit haben, Drittmittel zu akquirieren.

Die Senatorin hat schon darauf hingewiesen, dass die Produktionsschule Altona als Pilotprojekt, das vor 10 Jahren gestartet wurde und dann 10 Jahre als einsamer Pilot weiterarbeiten musste, von der Infrastruktur, von der institutionellen Ausstattung her eine ganz andere Voraussetzung gehabt hat. Sie musste sich alles neu aufbauen, während wir jetzt Produktionsschulen unter bestehenden freien Trägern ausschreiben, die ihre Infrastruktur, ihre ganze Verwaltungseinrichtung, ihre Buchhaltung et cetera bereits haben und mit einbringen. Diese Kosten müssen wir nicht zusätzlich finanzieren.

Es ist eine eigenartige Idee, zu sagen, dass wenn man Qualifizierung und Weiterqualifizierungsmaßnahmen mit freien Trägern mache, sei das nun eine Privatisierung und ein Rückzug des Staates aus der Verantwortung. Natürlich bleiben die Schüler weiterhin schulpflichtig und die Verantwortung für die Schüler und Schülerinnen bleibt auch in staatlicher Hand.

Die Träger müssen sich alle drei Jahre wieder neu bewerben. Zusammen mit der Behörde für Schule und Berufsbildung wird dann genau auf die Ergebnisse geschaut, ob die Träger erfolgreich waren oder nicht und gegebenenfalls wird das Ganze neu ausgeschrieben und entzogen. Die staatliche Verantwortung bleibt und der Privatisierungsvorwurf greift völlig zu kurz.

Wichtig ist aus unserer Sicht, dass man das Know-how der freien Träger nutzt, die auf diesem Markt bereits viele Erfolge vorzuweisen haben und dass man auch die Flexibilität und Chancen der freien Träger nutzt, mit kreativen Ansätzen kleine Einheiten zu schaffen, die sich eben nicht – ich sage das einmal so, auch wenn es unsere Behörde ist – in der hierarchischen, bürokratischen Struktur einer Schulbehörde erst den Freiraum erkämpfen müssen. Freie Träger haben mehr Flexibilität und mehr Chancen, Netzwerke zu bilden, sich in die Region einzupassen und dort jeweils individuell angepasste Lösungen zu finden. Deswegen ist und bleibt das Konzept der Produktionsschule ein gutes.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Drucksache 19/3269 ist damit bei einer großen Anzahl von Stimmenthaltungen einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer zweiten sofortigen Lesung zu?

(Präsident Berndt Röder)

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Der Senat stimmt einer sofortigen zweiten Lesung zu. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
- Widerspruch aus dem Hause sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist die Drucksache 19/3269 mit demselben Ergebnis wie in der ersten Lesung in zweiter Lesung und damit auch endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3e, Drucksache 19/2936, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Situation der "Ein-Euro-Jobs" und der von ihnen Betroffenen in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Situation der "Ein-Euro-Jobs" und der von ihnen Betroffenen in Hamburg
– Drs 19/2936 –]**

Diese Anfrage möchte die Fraktion DIE LINKE an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Das Wort wird gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Joithe-von Krosigk bekommt es.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kein Instrument der Arbeitsmarktpolitik steht seit der Agenda 2010, seit dem Inkrafttreten der so genannten Hartz-IV-Gesetze, so sehr im Fokus wie die Arbeitsgelegenheiten, Ein-Euro-Jobs, Aktiv-Jobs, Zusatzjobs, Pflichtdienste, Zwangsarbeiten nach § 16 d des Sozialgesetzbuches II. Schon allein die Vielzahl der Begriffe für diese Tätigkeit zeigt die Bandbreite der arbeitsmarkt- und auch der sozialpolitischen Einschätzung.

Der Begriff Arbeitsgelegenheiten sagt ganz klar, dass es sich nicht um einen Arbeitsplatz normaler Prägung handelt. Hier bekommt Mann oder Frau lediglich die Gelegenheit, zu arbeiten. Das hört sich so an, als könne man wie bei einem Sonderangebot zugreifen oder eben auch nicht. Weit gefehlt. Hinter dieser Gelegenheit verstecken sich Zwang, Nötigung, Drangsalierung, De-Qualifizierung und Willkür.

Hier finden wir den altbekannten Sumpf einer Trägerkultur vor, die sich der Erwerbslosen als Spielsteine bedient. Ohne Erwerbslose keine Maßnahmen, ohne Maßnahmen keine Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. Da müsste mancher Träger, wie zum Beispiel die Hamburger Arbeit oder Mook wat so wie Arcandor Konkurs anmelden. Dann lieber doch einige praxisferne Ideen in das Interessenbekundungsverfahren geben, um am großen Aktivkuchen teilzuhaben. Für dieses Schauspiel stehen die Erwerbslosen zwangsweise zur Verfügung. Sie sind arm und brauchen das

Geld, das von der Mehraufwandsentschädigung übrigbleibt. Wenn sie nicht mehr wollen, weil sie mit den Anleitern nicht zurechtkommen oder warum auch immer, dann versucht man, sie mit ihrem Arbeitslosengeld II und den Kosten der Unterkunft bis auf Null zu kürzen. So viel zur oft genannten und angenommenen Freiwilligkeit.

Die wesentlichen Kritikpunkte an diesen Gelegenheiten, die Bestandteil dieser Anfrage sind, sind folgende: Sie sind arbeitsmarktpolitisch nicht zielführend. Die Förderstruktur setzt Fehlanreize auf städtischer und kommunaler Seite und bei den Beschäftigungsträgern, was in der überwiegenden Zahl der Fälle zu einer Mitnahme von Fördermitteln unter Verletzung der Fördervoraussetzung führt und Wettbewerbs- und Arbeitsmarktverzerrung verursacht. Der in Verbindung mit § 31 SGB II zwangsweise Charakter der Ein-Euro-Jobs steht im Konflikt mit dem völkerrechtlichen Übereinkommen Nummer 29 über Zwangs- und Pflichtarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation, der IAO oder auch der ILO.

Wie leger sich die Behörde für Wirtschaft und Arbeit mit der Problematik der Arbeitsgelegenheiten auseinander, lässt sich zum Beispiel aus der Beantwortung der Frage 4 der Großen Anfrage meiner Fraktion ersehen. Die Frage lautet, ich zitiere:

"Die Arbeitsgelegenheiten (...) stellen das quantitativ wichtigste und kostenaufwendigste arbeitsmarktpolitische Instrument dar. Eine detaillierte und fortlaufend begleitende Evaluation der Arbeitsgelegenheiten muss von daher für ein zielführendes politisches Handeln von größtem Interesse sein. Die BWA hatte die 'Umsetzung und Ergebnisse der öffentlich geförderten Arbeitsgelegenheiten (...) im Jahr 2005' (Hamburg, Juni 2006) untersuchen lassen. Seither haben verschiedene andere Studien auf Bundesebene den arbeitsmarktpolitischen Nutzen dieses Instruments grundsätzlich infrage gestellt.

Welche weiteren Evaluationen über die Struktur, Durchführung und den arbeitsmarktpolitischen Nutzen der Arbeitsgelegenheit hat es seit der erwähnten Studie zur Situation in 2005 in Hamburg gegeben?"

Darauf die erschöpfende Antwort des Senats:

"Keine."

Es hat keine gegeben. Und dann der im Grunde freche Verweis auf die eben genannte Studie aus dem Jahre 2006 für 2005.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Vielen Dank. Es ist schon verstanden worden, was ich sagen wollte. – Fahren Sie bitte fort.

Wolfgang Joithe-von Krosigk (fortfahrend): Und an anderer Stelle:

"Der Senat berücksichtigt bei seiner Entscheidungsfindung alle ihm zur Verfügung stehenden Informationen."

Das ist eine Antwort. Damit können Sie dann etwas anfangen.

(*Andy Grote SPD*: Aber der Senat tappt im Dunkeln!)

Dies macht es nun erforderlich, auf verschiedene Expertisen zu den Arbeitsgelegenheiten,

(Glocke)

die es auf Bundesebene gibt, Bezug zu nehmen.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Darf ich den Abgeordneten Wankum heute zum zweiten Mal daran erinnern, dass wir das unterlassen wollen. – Danke. Fahren Sie bitte fort.

Wolfgang Joithe-von Krosigk (fortfahrend): Da diese Untersuchungen diesem Arbeitsmarktinstrument durchweg wenig arbeitsmarktpolitischen Nutzen und viel volkswirtschaftlichen Schaden attestieren, muss die Frage gestellt werden, ob in Hamburg gerade deshalb seit 2006 keine weiteren Untersuchungen zur Situation in Hamburg in Auftrag gegeben wurden. Befürchtete man durch deren Ergebnisse eine weitere Infragestellung der Verträge und kommuneeinträglichen Ein-Euro-Jobs?

Es hätte zum Beispiel das Aus für das Stadtbegleitgrün bedeutet, es sei denn, man hätte die bereits verdrängten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Gartenbau- und Tiefbauamt neu ausgeschrieben – was ziemlich unwahrscheinlich wäre.

Glücklicherweise gibt es aber Menschen und Institutionen außerhalb Hamburgs, die eine Studie nicht scheuen. So stellt der Forschungsbericht Nr. 02 aus 2007 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, eine Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit, fest:

"... dass im Zuge der Beschäftigung von Zusatzjobbern reguläre Beschäftigung in nicht zu vernachlässigendem Umfang verdrängt und der bestehende Wettbewerb beeinflusst wird. Die repräsentativen Ergebnisse unserer Erhebung stützen damit die Aussagen des Bundesrechnungshofes... (...)

Nur bei 2% aller Zusatzjobber, die generell geeignet sind, haben die Betriebe eine Übernahme fest geplant. (...) Obwohl sie als geeignet, leistungsfähig und leistungsbereit eingeschätzt wurden, haben nur maximal 7% bzw. jeder Vierzehnte von ihnen über die Arbeitsgelegenheit die Chance auf den

Einstieg in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis. Bei insgesamt 78% aller geeigneten Zusatzjobber erklären die Betriebe, dass keine finanziellen Mittel für eine Einstellung zur Verfügung stehen. Wie bereits vermutet, nutzen zwar viele Kommunen, Einrichtungen und Vereine dieses Arbeitsmarktinstrument, sehen aber aufgrund beschränkter Budgets keine Übernahmemöglichkeiten."

Dazu ergänzend aus meiner eigenen Erfahrung: team.arbeit.hamburg oder Job-Center oder wie auch immer sich diese Behörde nennt, ist nicht einmal willens und in der Lage, im größeren Umfang – so wie es nötig wäre – die Umsetzung der mit den Trägern vereinbarten Maßnahmen vor Ort und in der Praxis zu überprüfen – Herr Gedaschko.

Obwohl ich mich selbst schriftlich an meinen Sachbearbeiter wandte, weil die Maßnahme vor Ort nicht mit der Zuweisung beziehungsweise der Eingliederungsvereinbarung übereinstimmte, geschah nichts. So nimmt die ARGE beziehungsweise die Wirtschaftsbehörde als federführende Behörde ihre Kontrollfunktion gegenüber ihren Vertragspartnern wahr. Dagegen helfen auch keine tollkühnen Presseerklärungen aus der Weidestraße.

Im IAB-Kurzbericht 2008 heißt es, dass es Ziel der Ein-Euro-Jobs sei, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Tatsächlich lasse sich dieser Effekt nur in Ausnahmefällen überhaupt nachweisen. 20 Monate nach der Maßnahme verzeichnen ostdeutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen einprozentigen und westdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen dreiprozentigen Anstieg der Wahrscheinlichkeit, regulär beschäftigt zu werden – und das bei dem massiven Einsatz von Geldern.

Ein anderes Ziel der Ein-Euro-Jobs, so heißt es, sei die Überprüfung der Arbeitsbereitschaft. Anscheinend wird dieser sozial-disziplinatorische Ansatz besonders gerne an der Gruppe der unter 25-Jährigen erprobt. Obgleich sie einen Erwerbslosenstand im SGB II von lediglich 10,8 Prozent aufweisen, werden sie mit einem Anteil von 24,6 Prozent überproportional häufig dienstverpflichtet. Gerade bei dieser Altersgruppe haben die Maßnahmen ausgewiesenermaßen überhaupt keinen oder gar einen negativen Eingliederungseffekt. Für Teilnehmer, deren letzte reguläre Beschäftigung nicht lange zurückliegt, ist der Eingliederungseffekt ebenfalls eindeutig negativ.

Der Bundesrechnungshof kritisiert in seinem Bericht an den Haushaltsausschuss und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages von 2006 folgendes: Es treten

"bei wesentlichen Qualitätsmerkmalen unterschiedliche, zum Teil erhebliche Mängel auf."

Zu lange Wartezeiten auf ein erstes, qualifiziertes Gespräch zur Erörterung des Integrationskonzepts.

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

75 Prozent der so genannten Ein-Euro-Jobs werden irregulär durchgeführt. Das heißt, sie entsprechen nicht den Gegebenheiten der Zusätzlichkeit et cetera. Die Träger der Grundsicherung schieben Teile ihrer Kernaufgaben an die Beschäftigungsträger ab. Das kann man in Hamburg auch sehr gut beobachten.

Ferner wird die nicht hinreichende Kontrolle der Mittelverwendung bei den Beschäftigungsträgern kritisiert, das hatte ich schon erwähnt, und ein unzureichender Gebrauch von Eingliederungsvereinbarungen, um zu sanktionieren. Auch das kann ich aus eigener Erfahrung und Begleitung bestätigen. Die Rolle der Bundesagentur für Arbeit als einerseits Gewährungsverantwortliche, die andererseits mit wenigen Weisungsaufgaben ausgestattet ist, wird als suboptimal – das ist auch ein hübsches Wort – kritisiert. Es wird das Auseinanderfallen von Finanz- und Fachaufsicht des Bundes beanstandet.

In Bericht des Bundesrechnungshofes aus 2008 heißt es, ich zitiere:

"Die Qualität der Vermittlungstätigkeit und des Fallmanagements der Grundsicherungsstellen überzeugte auch im dritten Jahr nach Inkrafttreten des SGB II nicht."

Es wird ja immer so behauptet, das funktioniere eigentlich ganz gut, es gäbe Einzelfälle, da sei es nicht ganz so toll, aber grundsätzlich funktioniere das alles bestens. Unsere Erfahrungen sind gegenteilig.

"Dies gilt unabhängig davon,"

Ich führe das Zitat weiter.

"in welcher Organisationsform, (Arbeitsgemeinschaften, zugelassenen kommunale Träger oder Agenturen für Arbeit und Kommunen in getrennter Trägerschaft) die Leistungen vor Ort erbracht wurden."

Erneut ist die Liste der vom Bundesrechnungshof kritisierten Punkte lang. Die Eingliederungsvereinbarungen sind zu wenig individuell gestaltet und bieten dem Leistungsberechtigten nur unzureichende Unterstützung.

Da muss ich als alter erfahrener, ehemaliger Langzeiterwerbsloser schon lachen, von wegen individuell gestaltet. Da kommen Sie hin, da werden Sie bestellt zu einem Gespräch, von dem Sie gar nicht wissen, worum es geht, da können Sie sich gar nicht darauf vorbereiten auf das so genannte Fördern und Fordern. Und dann kommt aus dem Drucker eine Eingliederungsvereinbarung heraus, die Sie möglichst gleich, möglichst noch ohne zu lesen, unterschreiben sollen.

Die Umsetzung der so genannten Ein-Euro-Jobs, für die in 2007 Eingliederungsmittel in Höhe von ei-

ner Milliarde Euro eingesetzt wurden, ist erneut scharf kritisiert worden.

"Bei zwei Drittel der geprüften Arbeitsgelegenheiten war mindestens eine Förderungsvoraussetzung nicht erfüllt. Meist handelte es sich bei den geförderten Tätigkeiten um reguläre Aufgaben eines öffentlichen Trägers. Es sollten Arbeitskräfte eingespart oder ein haushaltsbedingter Personalmangel ausgeglichen werden."

Da muss es doch auch hier in Hamburg klingeln.

"In sechs von zehn Fällen zahlten die Grundsicherungsstellen neben der Mehraufwandsentschädigung eine monatliche Maßnahmepauschale von mindestens 200 Euro."

Dazu eine Anmerkung meinerseits: In Hamburg liegt das je nachdem durchschnittlich bei 500 Euro

(Andy Grote SPD: Ist das hier eine kommentierte Lesung?)

je Monat und Teilnehmer, auch dann, wenn einfachste Arbeiten zu erledigen waren.

"Es handelte sich dabei überwiegend um eine Mitnahme von Fördermitteln, weil keine Aufwendung des Trägers in dieser Höhe erkennbar war."

Zitatende. Dies ist die Bestätigung dessen, was ich zu Beginn meiner Rede darstellte. Es geht um die Mitnahme von Fördermitteln. Die Erwerbslosen sind die Spielsteine in diesem Spiel, die Plastikchips im Casino der Beschäftigungsträger und damit muss es ein Ende haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu noch ein Beispiel für Querfinanzierung. Im Bereich der Jugendhilfe und Jugendbetreuung stehen keine ausreichenden Mittel zur Verfügung. Einer der großen Beschäftigungsträger, der mit Ein-Euro-Jobbern über 3000 Mittagessen pro Tag für Ganztagschulen produziert, betreibt auch eine Jugend-Erwachsenen-Begegnungsstätte mit Betreuung in einem so genannten Brennpunktsteil.

Die Gelder für die notwendigen anderthalb Sozialpädagogen werden dadurch sichergestellt, dass dort ein so genanntes gemeinnütziges Restaurant mit Bar betrieben wird, das im Drei-Schicht-Modus arbeitet. Insgesamt zirka ein Dutzend Ein-Euro-Jobber finden dort Beschäftigung, auch wenn der Andrang auf die Gastronomie dies keineswegs rechtfertigt und oft Langeweile eintritt. Dafür sind aber die Sozialpädagogen finanziert. Unsere Stadt sollte es sich wert sein, derart notwendige Arbeit geradlinig zu finanzieren, anstatt derartige Taschenspielertricks zuzulassen.

(Beifall bei der LINKEN)

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Auf die Mischverwaltung der ARGEen, die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig ange-mahnt wurden, geht der Bundesrechnungshof ebenfalls ein und sagt, Zitat:

"Die jetzigen Schnittstellen zwischen ver-schiedenen Trägern im Verwaltungsvollzug und bei der Aufsicht erfordern komplizierte, fehleranfällige Abstimmungsprozesse und schaffen Einfallstore für unwirtschaftliches, rechtswidriges und bundesweit uneinheitli-ches Verwaltungshandeln."

Zitatende. Dem habe ich wenig hinzufügen, nur vielleicht so viel: Wer meint, er müsse die Verfas-sung ändern und nicht das verfassungswidrige Handeln, der hat sich soweit von Rechtsstaat und Realität entfernt,

(Andy Grote SPD: Ach!)

dass ihn wohl nichts mehr schmerzt. Rechthaberei hat nichts mit Recht haben zu tun und das gebets-mühlenartige Gerede, seit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei alles bes-ser, zeugt nicht von Überzeugung, sondern von Starrsinn.

Zurück zu den Ein-Euro-Jobs, zurück zu dem Be-griff Zwangsarbeit, der einige im Plenum durchaus etwas in Unruhe bringt.

(Andy Grote SPD: Ja, zu Recht!)

Da wird die jüngste Geschichte bemüht, die ver-harmlost werden würde und was weiß ich alles noch.

(Andy Grote SPD: Wissen Sie, was Zwangs-arbeit ist!)

Dabei gibt es – hören Sie gut zu – das IAO-Über-einkommen, das Übereinkommen der Internationa-len Arbeitsorganisation der UN, Nummer 29 über Zwangs- und Pflichtarbeit, das auch für den Mit-gliedsstaat Bundesrepublik Deutschland rechtsver-bindlich gilt. Und eine bemerkenswerte Studie der Hans-Böckler-Stiftung von Max Kern aus dem Mai 2008, die sich unter anderem auf die Anfrage meiner Fraktion, Gut qualifizierte "Ein-Euro-Job-ber" an Hamburgs Schulen, Drucksache 19/119, bezieht. Kurzes Zitat aus der Studie:

"Die Antworten des Senats [...] stellen die zur Rede gebrachten Fälle in die Kategorie der zahlreichen Ein-Euro-Jobs, deren rein deklamatorisch, durch die (nicht einmal durchgängige) Anfügung von austauschba-ren Begriffen wie 'Hilfs-, Assistenz-' usw. po-stulierte Unterscheidung von Regelarbeit nicht den Anforderungen des SGB an 'Zu-sätzlichkeit' genügt."

Schwer verständlich, nicht wahr. Sicher, ganz so einfach wie auch die Antwort des Senats in dieser Großen Anfrage, auch wenn da Hilfshausmeister,

Assistenzhausmeister, Subhausmeister steht, ge-meint ist immer Hausmeister. So einfach ist das.

Noch einfacher ist die Zusammenfassung des Ab-schlussberichts von Herrn Kern, dem Autor der Studie der Hans-Böckler-Stiftung, der feststellt:

"Die Heranziehung zu Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante (1-Euro-Jobs) führt häufig zu einem Verstoß gegen das Übereinkommen."

Lösungsvorschläge:

Als Minimallösung sollte die Anwendung der Sanktion in § 31 SGB II auf die Verweige-rung von Arbeit in der Mehraufwandsvarian-te ausgeschlossen werden."

Dem stimmt meine Fraktion ausdrücklich zu.

"Es sollten alle Massnahmen ergriffen wer-den, um die Verstrickung des Staates in die Ausnutzung der Hilfsbedürftigen zu been-den. Dazu gehören: schon nach geltendem Recht die effektive Beachtung bzw. Durch-setzung der Nachrangigkeit der 1-Euro-Jobs."

(Hartmut Engels CDU: Geschäftsordnung! Nicht vorlesen!)

Vielleicht darf ich einmal erinnern, was Nachran-gigkeit bedeutet. Als die Ein-Euro-Jobs eingeführt wurden, als Hartz IV am 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt wurde, war Hamburg einer der Vorreiter, Ein-Euro-Jobs sofort anzubieten, ohne jede Ein-gliederungsvereinbarung, ohne alles. Eben nicht als ultima ratio, als letzte Möglichkeit, sondern als erste Möglichkeit. Da war Hamburg federführend.

(Zuruf: Sie reden schon zu lange! – Viviane Spethmann CDU: Es gilt die freie Rede! Nicht ablesen!)

"Für eine Begrenzung der Zwangslage"

So das Zitat weiter – beim Zitat dürfen Sie durchaus lesen.

(Viviane Spethmann CDU: Sie lesen aber die ganze Zeit ab!)

"der Betroffenen erscheint es ferner rele-vant, den Regelsatz des ALG II auf einen das Existenzminimum effektiv deckenden Betrag anzuheben, was, u.A. zur Vermei-dung von Kombilohn-Effekten, mit der Ein-führung eines allgemeinen Mindestlohns ein-hergehen sollte."

Und wenn sich hier mancher beschwert hat, dass ich zitiert habe, dann denke ich, dass es in diesem Haus notwenig ist, dass man über die Ein-Euro-Jobs erneut nachdenkt und dann sollte man das als eine Möglichkeit der Information auf-fassen.

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Wie Sie sehen, gibt es im Bereich der Ein-Euro-Jobs viel zu tun – gerade und auch in Hamburg. Auch wir können in unserer Stadt dazu beitragen, dass es im Bereich der Ein-Euro-Jobs und der ARGEn weniger rechtswidrig zugeht. Packen wir es an: im Wirtschaftsausschuss. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Hochheim.

(Jörg Hamann CDU: Erklär uns das mal!)

Dr. Natalie Hochheim CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die LINKE lehnt Arbeitsgelegenheiten ab, das ist allgemein bekannt. Die Begründungen für die Ablehnung sind stets fundamental. Für mich war heute jedoch spannend, dass die LINKE dafür sogar das Völkerrecht bemüht, der so genannte zwangsweise Charakter – so hat Herr Joithe das dargestellt – von gemeinnütziger Arbeit, sprich, wir nennen es alle den Aspekt des Forderns, soll Ihrer Meinung nach sogar gegen völkerrechtliche Übereinkommen gegen Zwangsarbeit verstoßen. Solcher politischen Argumentationsketten können sich nur Protestparteien annehmen. Die LINKE will gar nicht konstruktiv mit gestalten.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Deshalb ist es auch immer schwierig, mit solchen Parteien eine sachliche Argumentationsbasis zu finden.

(Bernd Capeletti CDU: Kann man nicht! Kann man nicht!)

Insbesondere bei einem solchen Thema wie die gemeinnützige Arbeit und dies keine 100 Tage mehr vor der Bundestagswahl.

Arbeitsgelegenheiten sind unserer Meinung nach eine sinnvolle Maßnahme im umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkasten. Denn in Großstädten wie Hamburg ist Langzeitarbeitslosigkeit ein entscheidendes Problem. Das belegen immer wieder die Arbeitslosenzahlen. Unsere Bedarfsanalysen in einzelnen Job-Centern von team.arbeit.hamburg zeigen uns, dass wir die Arbeitsgelegenheiten brauchen. Insbesondere für schwervermittelbare Langzeitarbeitslose. Die können wir auch durch Arbeitsgelegenheiten gezielt fördern. Diese Förderung durch Arbeitsgelegenheiten passen wir kontinuierlich dem Bedarf an. So werden wir auch für die Förderperiode 2010 die Träger zum Zuge kommen lassen, die ihre Arbeitsgelegenheiten stärker mit Qualifizierungs- und Weiterbildungsmodulen unterfüttern und einen Stadtteilbezug herstellen. Auch Zielgruppen wie Alleinerziehende, Schwerbehinderte, Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund sollen,

wie von der SPD gefordert, gezielt gefördert werden. Diese Bewertungskriterien im gerade laufenden Interessenbekundungsverfahren haben wir zu Lasten der Integrationsquote und der Kosten eingeführt, das heißt, unsere Arbeitsgelegenheiten werden zugunsten von Qualifizierung, Zielgruppenausrichtung und der Aufwertung sozial schwächerer Stadtteile im Einzelnen teurer und weniger kurzfristig integrationsorientiert sein.

Wir erhoffen uns davon eine nachhaltigere Arbeitsmarktpolitik, die langfristig bis in die Stadtteile hineinwirkt. Hier von finanziellen Fehlanreizen zu sprechen, so wie es Herr Joithe eben getan hat, ist einfach nur grotesk. Die Ausrichtung auf stadtteilverpolitische Ziele ist politisch gesehen natürlich das Bohren von dicken Brettern und kein Schnellschuss. Der Erfolg kann zwar nicht unmittelbar mit Zahlen belegt werden, aber wir meinen, dass unser Ansatz einer langfristigen Nachhaltigkeit besser ist als ein populistisch protestorientierter, wie ihn die LINKE heute dargestellt hat, und weiterverfolgt werden sollte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort die Abgeordnete Badde.

Elke Badde SPD:* Danke, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich dachte eigentlich, wir würden über die Große Anfrage der LINKEN sprechen und nicht über den Bundesrechnungshofbericht, der seitenweise zitiert wird. Entschuldigung, Herr Joithe, wenn ich mich jetzt mehr auf die Große Anfrage und die Hamburger Politik beziehe, aber ich bin davon ausgegangen, dass wir über dieses Thema diskutieren wollten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die vorliegende Beantwortung der Großen Anfrage macht zweierlei deutlich. Die Arbeitsverwaltung liefert uns zwar sehr viele Zahlen, aber zur Beurteilung der Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen tragen diese kaum bei. Wir müssen endlich zu besseren Ergebnissen kommen. Das Ziel muss sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE einerseits nicht in statistischer Dokumentation versinken, wir aber andererseits Mittel in die Hand bekommen, den arbeitsmarktpolitischen Wert der Hamburger AGHs, also Arbeitsgelegenheiten, für die Menschen zu beurteilen. Umso wichtiger wäre es, dass die schwarz-grüne Koalition den im Koalitionsvertrag festgelegten jährlichen Bericht zur Arbeitsmarktpolitik endlich vorlegt, es ist ja schon etwas mehr als ein Jahr vergangen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zweitens können wir feststellen, dass laut Stand vom Mai 2009 etwas mehr als 9000 Arbeitsgelegenheiten in Hamburg von den Bezirken prinzipiell für sinnvolle Arbeit eingesetzt werden. An dieser

(Elke Badde)

Stelle möchte ich verdeutlichen, worum es sich eigentlich bei den Arbeitsgelegenheiten handelt, die hier ständig als Ein-Euro-Jobs diffamiert werden. Wie auch Sie, Herr Joithe, dargelegt haben, besteht der Sinn der Arbeitsgelegenheiten darin, den Langzeitarbeitslosen dann ein Angebot zu machen, wenn andere Maßnahmen der Arbeitsvermittlung nicht mehr greifen. Ziel ist es, einerseits negative Folgeerscheinungen der Langzeitarbeitslosigkeit wie Gesundheitsschädigung, Entwöhnung von strukturierten Arbeitstagen oder soziale Ausgrenzung zu vermeiden und andererseits die Menschen, die den Anschluss ans Arbeitsleben schon längst verloren haben, wieder an ein strukturiertes Arbeitsleben heranzuführen und damit ihre Chancen auf Vermittlung in den Ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen. Das nennt man Erhalt oder Aufbau von Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit.

Studien haben ergeben, dass viele sogenannte Teilnehmer von Arbeitsgelegenheiten zufrieden sind, wenn sie einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen können. Es ist bekannt, wie destruktiv die Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit sein können. Arbeitsgelegenheiten sollen, wie auch Herr Joithe betont hat, anderen Maßnahmen nachgeordnet sein, sie müssen zusätzlich sein, dürfen also nicht bereits vorhandene Jobs ersetzen, und sie müssen im öffentlichen Interesse liegen. Die Bezeichnung Ein-Euro-Job ist irreführend, da sie unterstellt, es müsse für einen Euro in der Stunde gearbeitet werden. In Wahrheit werden die vollen Leistungen des Arbeitslosengeldes II, Miet- und Heizkosten sowie die Leistungen zum Lebensunterhalt gezahlt. Zusätzlich werden die in einer Arbeitsgelegenheit geleisteten Stunden, das sind zurzeit maximal 30 Wochenstunden, mit einem bis zwei Euro pro Stunde entschädigt. Soviel ich weiß, wird bei uns in der Regel ein Euro vierzig zusätzlich gezahlt. Eine Arbeitsgelegenheit bietet also die Möglichkeit eines anrechnungs- und steuerfreien Zuverdienstes, das sollte einmal klargestellt werden.

(Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE]: Aufwandsentschädigung!)

Wir halten es nach wie vor für wichtig, dass Arbeitsgelegenheiten nicht das einzige und massenhaft genutzte Instrument der Arbeitsmarktpolitik sind. Hier setzt auch unsere Kritik an der Arbeitsmarktpolitik des Senats an. Gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit muss das gemeinsame Leitmotiv die Integration in den Ersten Arbeitsmarkt sein oder, als Schritt dorthin, der Aufbau und Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen. Vergessen wir auch nicht, dass eine Motivation für die viel gescheuten Arbeitsmarktreformen und der rot-grüne Anspruch war, niemanden aufzugeben und auch Menschen wieder an Arbeit heranzuführen, die teilweise in der zweiten Generation Arbeit gar nicht mehr kannten.

Welche Ergebnisse hat nun die Beantwortung der Großen Anfrage gebracht? Es erfolgt zwar eine Erfassung von Arbeitsgelegenheiten und eine Erfassung gezahlter Fallpauschalen, doch eine qualitative Bewertung der erfolgten Maßnahmen fehlt. So ist es durchaus gerechtfertigt, höhere Fallpauschalen zu leisten, wenn erwiesen ist, dass qualitativ gute Begleitung der Arbeitslosen erfolgt, die in einer höheren Qualifizierung und entsprechend in einer höheren Integrationsquote mündet. Das alles aber wissen wir nicht.

Da die Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Interesse liegen müssen, werden die Kooperationsangebote oftmals an öffentliche Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen erbracht, das haben auch Sie, Herr Joithe und Frau Dr. Hochheim, betont. Die Anfrage hat ergeben, dass 299 Stellen in Kitas und 323 Stellen an Schulen bestehen. Angesichts vieler Tausender Arbeitsgelegenheiten erscheint das nicht besonders viel und zeigt deutlich, dass eine notorische Unterfinanzierung vieler öffentlicher Bereiche, vor allem der sozialen, zu beklagen ist. So zeigt beispielsweise die hohe Anzahl von Kantinenarbeitsplätzen in Schulen, dass die Schulspeisung als wesentliches Element der Ganztagsversorgung an Schulen der Eigenfinanzierung bedarf und nicht mit Arbeitsmarktmitteln gesponsert werden darf.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum* **DIE LINKE**)

Dafür haben nämlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auch Arbeitgeber ihre Beiträge geleistet und deshalb halten wir die geschilderte Vermengung für eine unzulässige Querfinanzierung.

(Beifall bei der SPD)

Daher sei noch einmal betont, dass Arbeitsgelegenheiten nicht dazu da sind, die Lücken einer total unterfinanzierten öffentlichen Infrastruktur zu schließen, sondern sie sind dazu da, um Menschen Perspektiven auf eine sinnvolle Arbeit zu erschließen, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen oder nötigenfalls wiederherzustellen.

Insgesamt bleibt also festzuhalten: Es ist richtig, dass Arbeitsgelegenheiten nicht mehr als vorrangiges Instrument der Integration in den Arbeitsmarkt angesehen werden, und insofern ist es konsequent, die hohe Zahl der Arbeitsgelegenheiten zu senken. Im Gegenzug müssen jedoch andere, wirksamere Integrationsmaßnahmen an ihre Stelle treten und diese strategische Neuausrichtung ist beim Senat bisher nicht sichtbar.

(Beifall bei der SPD)

Es fehlt an Klarstellungen des Senats, aufgrund welcher Erhebungen welche Maßnahmen wirkungsvoll sind und welche Umsteuerungen wie erfolgen sollen. Diese Unklarheit des Senats führt

(Elke Badde)

auch in den Hamburger Bezirken teilweise zu erheblicher Verunsicherung, wie ich mit meiner Argumentation bezüglich der Plätze im sozialen Bereich verdeutlichen wollte. Wir brauchen ein differenziertes, durch Evaluation belegtes System der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Ein solches System haben wir bisher vermisst. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ehrlich gesagt etwas unentschlossen, wie sich am besten auf Ihr Referat reagieren lässt. Es hörte sich fast an wie eine kleine Vorlesung in einem Uni-Seminar, in dem man über die Details im Detail diskutieren kann, nachfragen kann, noch einmal nachlesen kann, ob es dort wirklich so stand oder vielleicht doch anders gemeint war und Ähnliches. Das alles können wir hier nicht tun und im Übrigen haben wir, wie Frau Badde schon sagte, die Große Anfrage als Grundlage und bereits einige Male über die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik diskutiert, allerdings etwas differenzierter. Ich bin davon überzeugt, dass man sich den Problemen, die das System der Arbeitsmarktpolitik nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit mit sich bringt, nur mit einer sehr differenzierten Analyse und Auseinandersetzung annähern kann. Sie aber haben schlicht und einfach Schwarz-Weiß-Malerei betrieben, indem Sie auf der einen Seite den altbekannten Sumpf der Trägerkultur und auf der anderen Seite einen Arbeitsuchenden, der auf öffentliche Leistungen angewiesen ist und ständig zwischen die Mühlen gerät, geschildert haben. Ich glaube aber, dass es ganz viel dazwischen gibt und dass es unsere Aufgabe ist, uns genau auf diese Grauzone zu konzentrieren.

Wir brauchen vor allem differenzierte Angebote, die den spezifischen Voraussetzungen der jeweiligen Arbeitsuchenden entsprechen. Nicht umsonst haben wir immer wieder viele Einzelfälle, sei es im Eingabenausschuss oder in den Medien oder aus dem Bekanntenkreis, die deutlich machen, dass das System ARGE und team.arbeit in vielen Fällen ganz gut funktioniert, aber in vielen Einzelfällen die Menschen zur Verzweiflung bringt. Ich glaube, diese differenzierte Sichtweise, warum es genau an welcher Stelle hakt, hilft uns eher weiter als dieses Schwarz-Weiß-Denken, dieses prinzipielle Ablehnen zum Beispiel der Tatsache, dass wir in Hamburg eine Vielzahl von Trägern haben, die auch eine Vielzahl von Angeboten machen. Kritik an einzelnen Trägern, darin sind wir uns einig, haben wir auch.

Noch einmal zu den grundsätzlichen Voraussetzungen, über die auch Frau Badde und Frau Dr. Hochheim gesprochen haben. Der Erste Arbeits-

markt wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, Vollbeschäftigung herzustellen. Wir brauchen neben dem Ersten einen Zweiten öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, um den Langzeitarbeitslosen und auch Jugendlichen, die in den Ersten Arbeitsmarkt gar nicht erst hineinkommen, eine Zukunftsperspektive zu vermitteln. Die Bedingungen, an die sich öffentlich geförderte Beschäftigung halten muss, sind uns allen klar: Gemeinnützigkeit, Zusatzlichkeit. Wir sind uns auch darin einig, dass öffentlich geförderte Beschäftigung keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängen darf. Trotzdem beschäftigen bestimmte Einrichtungen über Jahre hinweg immer wieder jemanden mit einer AGH.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Das ist rechtswidrig!)

– Das mag sein, aber was hilft uns die Pauschalverurteilung, wenn wir uns im Einzelfall darum kümmern müssten und auch im Einzelfall dagegen klagen müssten? Das ist das Einzige, was man an dieser Stelle konkret tun kann.

Den Interessenbekundungsverfahren ist immer eine Prüfung der Zusatzlichkeit vorgelagert und wer diese nicht nachweisen kann, kommt gar nicht in die Auswahl. Im Pflegebereich funktioniert das anscheinend recht gut, denn erst wenn die gesetzlich vorgegebenen Stellenpläne erfüllt sind, dürfen zusätzliche Plätze für Arbeitsgelegenheiten angeboten werden. Bei den Stadtteil- oder Schulküchen gibt es so ein Regelwerk nicht, daher müssen durch die Förderung der Quartiere mit vielen anderen Maßnahmen deutliche Impulse gegeben werden, damit in diesem Bereich feste Arbeitsplätze entstehen.

Die Gemeinnützigkeit nehmen wir sehr ernst, wir wollen, dass gerade die ärmeren und benachteiligten Quartiere von den Arbeitsgelegenheiten profitieren. Dabei ist nicht entscheidend, ob die Beschäftigten in den AGHs jeweils aus den Quartieren kommen, sondern dass der Impuls auf das Quartier zielt. Wir werden wahrscheinlich nach der Sommerpause auch noch über die Drucksache zur integrierten Stadtteilentwicklung diskutieren, dort ist dieses wichtige Element wirklich gut vernetzt. Der Impuls soll in Richtung fester Arbeitsplatz, weg von der Beschäftigungspolitik vom geförderten Arbeitsmarkt gehen, darin sind wir uns alle einig.

Das laufende Interessenbekundungsverfahren, um auf die konkrete Hamburger Situation zurückzukommen, schreibt vor, dass von insgesamt 5000 ausgeschriebenen Arbeitsgelegenheiten 3000 explizit den Stadtteilbezug aufzeigen müssen. Um Ihnen zu verdeutlichen, worum es dabei geht, führe ich die Auswahlkriterien an. Geprüft wird, ob die bedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils von den erbrachten Dienstleistungen und Gütern besonders profitieren, ob die soziale Infrastruktur im Quartier gestärkt und

(Antje Möller)

aktiviert wird und ob die lokalen Netzwerke gestärkt und die Potenziale des Quartiers genutzt werden. Die Selbstorganisation im Quartier soll angeregt werden und eine lebendige soziale und kulturelle Infrastruktur, die der Staat und der Markt nicht leisten können, weil damit kein Geld zu machen ist, soll unterstützt werden. Sie halten das für albern, aber ich glaube, das Abwerten dieses Ansatzes und dieser Idee ist noch viel alberner.

(Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE]: Realitätsfern!)

Wenn man sich lediglich auf das System der AGHs bezieht, so wie es zurzeit umgesetzt wird, dann kommen wir nie aus dieser Schleife heraus, die Sie zum Teil durchaus richtig beschrieben haben. Die Menschen rutschen nämlich von einer AGH in die nächste, ohne jemals einen wirklichen Bezug zur Idee der dahintersteckenden Arbeit oder die Chance zu haben, daraus etwas weiterzuentwickeln. Das gilt im Übrigen auch für die Einrichtungen, die diese AGHs bei sich anbieten.

Sie haben kritisiert, dass Hamburg zu viele Ein-Euro-Jobs hat, das sieht die SPD durchaus auch so. Vergleicht man Berlin und Hamburg miteinander, hätte ich eigentlich eine ähnliche Quote erwartet, aber Berlin bietet wesentlich mehr Arbeitsgelegenheiten in Relation zu den Arbeit suchenden Menschen an und ist kein Maßstab für uns. Dass Arbeitsgelegenheiten in diesem Ausmaß angeboten werden, zeigt das ernst zu nehmende Dilemma in den Großstädten, und aus unserer Sicht muss das Ziel sein, Stellen im Ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Das Projekt, das durch Arbeitsgelegenheiten ins Leben gerufen wird und das Quartier belebt, soll sich dauerhaft selbst finanzieren oder andere Finanzierungsquellen finden.

Die arbeitsmarktpolitischen Mittel der Job-Center wären natürlich schnell erschöpft, wenn nur die Entgelt-Variante umgesetzt werden würde. Hier brauchen wir viel mehr Flexibilität, auch bezüglich der aktiven und sogenannten passiven Mittel für Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger. Dies bedeutet aber Arbeit auf der Bundesebene, denn um reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, können wir in Hamburg nicht so viel tun.

Als Fazit dieser Großen Anfrage möchte ich allerdings einen Punkt der Kritik aufgreifen, den auch Frau Badde formuliert hat: die Wirksamkeit der Maßnahmen, in die die team.arbeit die Beschäftigungslosen schickt, ist tatsächlich kaum nachweisbar, kaum messbar, was möglicherweise an dem Datenwust liegt oder daran, dass sie gar nicht erfasst werden. Hier würde ich mir mehr Transparenz wünschen, denn das Ziel, dass die Menschen wieder in den Ersten Arbeitsmarkt integriert werden, soll nicht aus den Augen verloren werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 28, Drucksache 19/3276, Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Schutz geistigen Eigentums im Internet.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Schutz geistigen Eigentums im Internet
– Drs 19/3276 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 19/3348 ein Antrag der Fraktion die LINKE sowie als Drucksache 19/3351 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion die LINKE:
Schutz des geistigen Eigentums im Internet
– Drs 19/3348 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Schutz geistigen Eigentums im Internet
– Drs 19/3351 –]**

Alle drei Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen, die Drucksache 19/3276 nachträglich.

Wird das Wort gewünscht? Das ist der Fall. Der Abgeordnete Wankum bekommt es.

Andreas C. Wankum CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann es eigentlich gar nicht oft genug wiederholen, man muss es sich täglich in Erinnerung bringen, lieber Herr Buss. Durch das Internet haben sich und werden sich in allen Facetten unseres Lebens die größten Veränderungen seit Einführung des Buchdruckes ergeben. Wir müssen dieses zur Kenntnis nehmen, ob wir mögen oder nicht. Wir müssen damit leben und versuchen zu verstehen, welche Veränderungen sich ergeben haben und ergeben werden und welche Konsequenzen daraus – teilweise endlich - zu ziehen sind.

Wir müssen versuchen, die Möglichkeiten des Internets zum Wohle der Menschen zu nutzen und aufgrund der Globalität des Mediums Regeln finden, um die Dinge in die richtige Richtung zu lenken. Mit dem von uns zum Schutz geistigen Eigentums eingebrachten Antrag stellen sich die Fraktionen der CDU und der GAL den Anforderungen, mit denen Hamburgs Position als Hauptstadt in Form eines Contents, um es in der Internetsprache auszudrücken, also als Inhalt, gefestigt werden soll. Mit der Umsetzung dieses Antrags wird der Senat

(Andreas C. Wankum)

einen seiner politischen Schwerpunkte gegen die Internetpiraterie richten. Mit seiner Annahme und der anschließenden Überweisung gemeinsam mit den Anträgen der Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Linkspartei werden wir in der Kultur AG dieses Thema auch weiterhin mit der ihm gebührenden Aufmerksamkeit behandeln.

Es geht nicht darum, Menschen zu kriminalisieren. Es geht darum, und das haben wir bereits in der heutigen Aktuelle Stunde deutlich zum Ausdruck gebracht, den Verlust von Arbeitsplätzen in Teilen der Medien und in der Unterhaltungsindustrie nach zehn Jahren endlich zu stoppen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Illegalen Nutzern von geistigem Eigentum im Internet müssen die strafrechtlichen Konsequenzen ihres Handelns bewusst gemacht werden, und zwar Privatpersonen jeden Alters, nicht nur Jugendlichen, und auch Unternehmen und selbstverständlich müssen alle gegebenen strafrechtlichen Möglichkeiten konsequent genutzt werden.

Es hört sich so einfach an, wenn man sagt, dass die Bagatelldelikt, zum Beispiel im Musikbereich, beim Download von 3000 Titeln liegt. Stellen Sie sich einmal vor, jemand hätte früher 3000 Singles im Laden geklaut und zu sich nach Hause geschleppt, meine Damen und Herren, dann wird Ihnen bewusster, was das bedeutet. Die physische Vorstellung lässt einen das viel eher verstehen.

Ein Schwerpunkt dieses Senats ist richtigerweise die Bildungspolitik, die die frühkindliche, schulische, universitäre Bildung und das lebenslange Lernen fördert. Wir können aber nicht auf der einen Seite in dieser Stadt, in diesem Land die geistigen Ressourcen der Menschen fördern und auf der anderen Seite den Menschen, der seine geförderten geistigen Fähigkeiten nutzt, um die Früchte seiner Arbeit bringen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Illegales Nutzen von geistigem Eigentum, und das wissen wir in Hamburg als Medienstadt nur zu gut, gefährdet Arbeitsplätze in den Verlagen, in den Agenturen, bei den Schallplattenunternehmen. Auch Komponisten, Songwriter und Schriftsteller verlieren ihre Arbeit ebenso wie Menschen, die in Kinos arbeiten oder der Programmierer, der legale Download-Möglichkeiten programmiert oder der Verkäufer bei Saturn.

(Wilfried Buss SPD: Und beim "Hamburger Abendblatt"?)

Besonders gefährdet sind die Arbeitsplätze der kreativen Menschen in dieser Stadt,

(Wilfried Buss SPD: Sag ich doch!)

wo wir uns doch vorgenommen haben, gerade diese Arbeitsplätze zu stärken. Es geht nicht um irgendeinen anonymen Konzern, der weniger Um-

satz macht, sondern vielleicht gerade um Ihren Nachbarn, der seinen Arbeitsplatz verliert. Ich appelliere auch an die Unternehmen, nicht immer nur nach strafrechtlichen Sanktionen zu rufen. Wir freuen uns, dass es auf dem Internationalen Mediendialog in Hamburg vor wenigen Wochen mit den vier Hamburger Erklärungen zu diesem Thema gelungen ist, ein wichtiges Zeichen zu setzen, und die nächsten Internationalen Mediendialoge werden sich sicherlich weiterhin mit diesem Thema beschäftigen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dass sich gestern offensichtlich Industrie- und Verwaltungsgesellschaften auf eine Urheberabgabe zum Beispiel für Speichermedien geeinigt haben, freut mich. So werden hoffentlich bald zehn Cents für jeden gekauften USB-Stick an die Rechteinhaber fließen. Ich bitte die Medienindustrie nachdrücklich, die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten und endlich in allen Bereichen Möglichkeiten anzubieten, wie geistiges Eigentum legal gegen vertretbare Gebühren genutzt werden kann. Was sich Unternehmen wie Google heute leisten, nämlich Inhalte gewerbsmäßig zu vermarkten, die Menschen dafür bezahlen zu lassen, ohne den Urheber gerecht zu bezahlen, ist schamlos. Wer so etwas tut, hat kein Recht, auf die privaten Illegalen mit dem Finger zu zeigen, und erschwert es uns, die notwendige Hilfestellung in diesem Bereich zu leisten. Abschließend möchte ich dem Chef des Hauses Springer in seiner Rede auf dem Hamburger Mediendialog zustimmen. Die Hauptstraßen des Internets sind ebenso von Piraten freizuhalten wie die Handelswege, die unseren Wohlstand sichern. Dies wissen wir Hamburger seit den Zeiten der Hanse. –Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren! Um mir den ganz großen Ausflug in die Medienlandschaft zu sparen und nicht noch einmal zu wiederholen, wie schwierig die Lage in der Musik- und Filmbranche ist, Herr Wankum, möchte ich mich auf den Bereich der Printmedien konzentrieren, insbesondere auf das Segment der Zeitungen und Zeitschriften und dazu einige Anmerkungen machen. Ich gehe davon aus, dass sie Gegenstand der Debatte waren, die vom Internationalen Mediendialog vor wenigen Tagen im Festsaal des Hamburger Rathauses ausgelöst wurde. In Deutschland, aber auch in Europa und noch viel dramatischer in den Vereinigten Staaten, ist ein deutlicher Rückgang bei den verkauften Zeitschriften und Zeitungen zu verzeichnen. Die Reichweite der Printmedien ist drastisch zurückgegangen und in Amerika sterben bereits viele Zeitungsverlage. Wir kön-

(Uwe Grund)

nen davon ausgehen, dass diese Entwicklung, die durch die Wirtschaftskrise noch verschärft wird, mit gleichzeitig dramatischen Rückgängen im Bereich der Werbeeinnahmen dazu führen wird, dass auch in Deutschland zunehmend Zeitungsverlage in Gefahr geraten.

Eine der Kernaussagen von Herrn Döpfner auf der Veranstaltung war, dass der eigentliche Sündenfall vor vielen Jahren stattgefunden habe,

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz)

und zwar mit der Entscheidung der Zeitungsverlage, ihre Inhalte kostenlos ins Netz zu stellen. Heute bedauert die Zeitungslandschaft diese Entscheidung, ob sie jemals reversibel ist, halte ich für weit dahingestellt. Dennoch macht man sich Gedanken über Mittel und Wege, um die wertvollen Inhalte, die von vielen Journalisten und Autoren produziert und ins Netz gestellt werden, wirtschaftlich einigermaßen angemessen vergütet zu bekommen. Das war der springende Punkt in der Debatte anlässlich des Internationalen Mediendialogs. Während nun Vorschläge gemacht und Diskussionen geführt werden, haben wir Sozialdemokraten einen besonderen Punkt herausgegriffen. Wir wollen wissen, ob zwischen den Verlegern einerseits und den Urhebern der Inhalte und Texte andererseits tatsächlich ein Konsens darüber besteht, dass eine angemessene Vergütung der Urheber erfolgen wird. Wir melden da Zweifel an, man muss sich nur in Hamburg und bei den Medien umschauen, da kann man das erkennen. Immerhin ist es so, dass der Axel Springer Verlag vor dem Oberlandesgericht in Berlin immer noch darüber streitet, ob seine Buy-out-Verträge, die er regelmäßig mit Autoren abschließt, zulässig sind oder nicht. Das ist ja höchst umstritten.

Um Ihnen das Problem nahezubringen, will ich Ihnen sagen, dass freischaffende Autoren, Freiberufler heute gar nicht mehr darum herumkommen, solche Zwangs-Buy-out-Verträge zu unterschreiben, wenn Sie ihre Produkte überhaupt an die Verlage loswerden wollen. Und da geht es dann nicht um die Verwertung der Erstveröffentlichungen, sondern um die Zweit-, Dritt- und Viertveröffentlichungen, die Verbreitung im Netz und das Verkaufen dieser Produkte durch die Verlage an beliebige Dritte. Von diesen Einnahmen der Verlage sehen die betroffenen Autoren, die Urheberinnen und Urheber also, in der Regel nichts. Axel Springer, wie gesagt, will auf seinen By-out-Verträgen bestehen.

Um einmal eine andere Branche zu nennen, die Bildjournalisten, damit sind jetzt die Fotografen gemeint, bemühen sich darum, ihre Rechte an den von ihnen gefertigten Bildern durchzusetzen. Wir haben eine heftige Auseinandersetzung etwa mit dem Verlag Ganske, in Hamburg bekannt als Eigentümer des Jahreszeiten Verlags, der ähnliche

Vertragsrechte gegenüber den Urhebern durchsetzen will.

Also das Lamentieren über die Piraten ist das eine Thema. Das Problem, dass die vielen Urheber und Urheberinnen von Texten, Inhalten, von Bildern in den Verlagen massiv unter Druck gesetzt werden, ist das andere Thema. Deshalb sagen wir, der Antrag von CDU und GAL in Ehren, er kommt ohnehin sehr samtpfötig daher, um es einmal ganz vorsichtig zu formulieren, vermeidet jegliche Festlegung und spricht viel von prüfen, aber wir werden ihm trotzdem zustimmen. In ein paar Punkten muss er allerdings deutlich präzisiert werden und deshalb sprechen wir uns dafür aus, dies im Bereich des Urheberrechtes zu machen. Wir finden es gut, dass wir die Chance haben werden, dieses Fachthema im Kulturausschuss wirklich zu diskutieren, und setzen darauf, dass wir vielleicht, obwohl jetzt der Antrag der Regierungskoalition durch das Parlament zunächst angenommen werden soll, zu einem gemeinsamen Petitum kommen, um diese Fragen, die hier gestellt worden sind, noch zu vertiefen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Farid Müller.

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vorredner haben schon deutlich gemacht, dass dieses Thema eine der wichtigsten ungelösten Fragen unserer Zeit beinhaltet, die Frage, wie kann die Wertschöpfung, die über das Internet erfolgt, überhaupt geltend gemacht werden. Und diese Frage ist für unsere Stadt, die sich rühmt, eine – neudeutsch formuliert – Content-Stadt, eine Inhalte produzierende Stadt zu sein, eine Frage von Existenz in der nächsten Zeit. Deswegen finden wir es auch richtig, dass wir erstens in diesem Parlament darüber reden, zweitens sich der Senat schon beim Mediendialog damit beschäftigt hat und wir drittens auch gemeinsam dafür sorgen wollen, dass Hamburg in Deutschland der Ort ist, an dem um eine Lösung für diese Frage der Zukunft gerungen wird. Herr Grund, wir haben – Sie nennen es samtpfötig – einige Punkte, zu denen ich nachher noch kommen werde, natürlich schon sehr konkret benannt. Da, wo wir der Meinung sind, dass es noch Beratungsbedarf gibt, sind wir deswegen nicht so oberlehrerhaft vorgegangen und haben gesagt, dass das in jedem Fall passieren muss, denn was wir hier brauchen, um zu einer Lösung zu kommen, ist ein verstärktes Zusammenspiel zwischen Politik und Wirtschaft und anderen Akteuren in diesem Land. Mein Eindruck ist, dass es daran in letzter Zeit sehr gefehlt hat, dass selbst in einigen Branchen keine Einigkeit herrscht, weil vielfach der Blick nach innen gerichtet wird. In dieser Debatte muss deutlich gemacht werden, dass es hier nur dann Lösungen geben

(Farid Müller)

kann, die auch eine hohe Akzeptanz finden, wenn wir gemeinsam vorangehen.

Meine Damen und Herren! Die Maßnahmen, die wir hier beschließen wollen, sind davon abhängig, inwieweit sie gesellschaftliche Akzeptanz finden. Um ein kleines Beispiel zu nennen, gestern war in der "Süddeutschen Zeitung" ein sehr interessanter Artikel zu "Pirate Bay", einer Homepage aus Schweden. Schweden hat als eines der letzten EU-Länder nun auch die EU-Richtlinie zum Urheberrecht umgesetzt. Dort haben sich, wie in allen Ländern, auch Widerstände entwickelt und in Schweden werden in dieser Homepage Lösungen angeboten, wie man die Identifizierung von Usern im Internet kaschieren kann. Offenbar sind sie gerade dabei, weltweit einmalig, es hinzubekommen, dass niemand mehr verfolgen kann, wer wo im Internet gewesen ist. Das wurde gestern in der "Süddeutschen Zeitung" gemeldet und das macht die Dimension klar, vor der wir hier stehen. Auf der einen Seite der Kampf, über Gesetz und Staatsanwaltschaften der Internetpiraterie nachzukommen, auf der anderen Seite das sich Hochschaukeln auch auf technischer Ebene, um dem zu entgehen.

Deswegen ist unser Koalitionsantrag auch ausdrücklich darauf ausgelegt, die Alternativen zum bestehenden Vollzug des Urhebergesetzes in diesem Land zu betonen und auch anzugehen, denn wir müssen eine breite, akzeptable Lösung für die Wertschöpfung im Internet finden. Wofür ist man bereit, Geld auszugeben, wofür ist man auch nachvollziehbar bereit, Menschen eine Zukunft zu geben, indem man etwas bezahlt für das, was man aus dem Internet fischt, das ist die entscheidende Frage. Wir werden sie nicht lösen auf der technischen und auf der strafrechtlichen Ebene, das haben auch meine Vorrednerinnen und Vorredner deutlich gemacht.

Nichtsdestotrotz haben wir insgesamt fünf Maßnahmen benannt, die uns wichtig erscheinen und die wir als Koalitionsfraktionen jetzt auf den Weg bringen wollen. Es ist ganz klar, dass wir das Thema Urheberrecht im Internet in die Medienkompetenzschulungen, die in dieser Stadt und demnächst ja auch vermehrt von der Medienanstalt angeboten werden, einbeziehen müssen. Das ist schon zum Teil der Fall, aber das ist noch keinesfalls verbindlich und aus unserer Sicht sollte das in Zukunft so sein.

Das andere Thema, das mögen Sie ein bisschen belächeln, kommt ein bisschen samtpfötig daher, ganz genau. Wir wollen eine Aufklärungskampagne machen, weil vielen jungen Leuten, aber durchaus auch Leuten, die nicht mehr so jung sind, gar nicht klar ist, was für Abhängigkeiten hinter den Produkten im Internet stehen, was Menschen erleiden, wenn sie keine Wertschätzung mehr für das bekommen, was im Internet verfügbar ist. Diese Aufklärungskampagne, die wir gemeinsam mit der

Wirtschaft und gesellschaftlichen Akteuren auf den Weg bringen wollen, ist ganz wichtig, damit Menschen überhaupt verstehen, was da läuft und was es für Konsequenzen hat, wenn die Entwicklung so weitergeht wie bisher. Diesen Weg mögen Sie samtpfötig finden, wir finden ihn gut, weil er eine wunderbare Ergänzung ist zu dem, was die Staatsanwaltschaften in diesem Land nicht alles vollständig hinbekommen.

Meine Damen und Herren! Ohne die Wirtschaft werden wir hier keinen Erfolg haben. Deswegen haben wir uns überlegt, dass es ein Forum geben soll, in dem in Deutschland über das Thema, wie akzeptable Modelle im Internet entstehen können, mit der Wirtschaft geredet wird. Dazu gehört dann sicherlich auch, Herr Grund, die Frage, wie die Zeitungshäuser in diesem Land dies hinbekommen können, die Großverlage als die vierte Macht in der Demokratie. Es ist eigentlich nicht denkbar für uns in diesem Land und in dieser Stadt, was passiert, wenn dieser Bereich wegbricht. Wie können Modelle entwickelt werden, die akzeptabel sind? Die "New York Times" hat sich in ihrer Not jetzt viele Modelle überlegt, wir wissen noch nicht, ob sie wirken. Da werden Abos mit Kinokarten und Konzert und Kultur vermischt und ganz neue Modelle ausprobiert. Wir müssen in diesem Land auch zu Lösungen kommen. Und ich sage sehr deutlich, das wird nicht gehen, wenn wir gegeneinander kämpfen, weder in den Branchen noch Politik gegen Wirtschaft; das geht nur, wenn wir zusammen arbeiten. Wir wollen, dass diese Debatte in Hamburg geführt wird, und wir würden uns sehr freuen, wenn der Senat das in Zukunft bei seinen Medientreffen auch zum Mittelpunkt der Debatte machen würde.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Damit klar wird, dass wir nicht glauben, wir hätten die Lösung für dieses weltweite Problem gerade in Hamburg allein gefunden oder könnten sie finden, haben wir natürlich auch gesagt, dass die Lösungsansätze, die es bisher in anderen Bundesländern, aber auch im Ausland jetzt schon gibt oder die sich abzeichnen, auch in diese Hamburger Debatte mit einfließen sollen. Aus meiner Sicht können wir hier nur gemeinsam vorankommen. Das Stichwort Schweden, das ich eben erwähnt habe, ist ja allen bekannt.

Dann haben wir als letzten Punkt auch hervorgebracht, dass wir wissen, dass wir möglicherweise auch auf der gesetzlichen Ebene noch einiges zu tun haben. Wir haben den Senat beauftragt, in diesem Sinne nicht die Schüler auf den Schulhöfen weiter zu verfolgen, sondern gegen diejenigen vorzugehen, die tatsächlich im Internet immensen Schaden anrichten mit Gewinn erzielender Absicht. Das wollen wir angehen und wir freuen uns über Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog [CDU]: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Würde Klaus Störtebeker heute noch leben, wäre er womöglich ein enger Verbündeter der User des Internet. Denn das, was viele im Internet tun, wird ja als Piraterie bezeichnet. Texte und Bilder werden kopiert und heruntergeladen, ohne dass auch nur 1 Cent dafür bezahlt wird. Es wird das verteilt, was zur Verfügung steht, ohne dass sich nur Wenige daran bereichern. Und Störtebeker gilt heute als Held im Gegensatz zu den Pfeffersäcken, denen er damals an ihren Wohlstand ging und die ihn dafür köpfen ließen. Heute reden wir nicht mehr von Pfeffersäcken, wir reden von Medienunternehmen.

(Farid Müller GAL: Nicht nur!)

Aber die Ziele sind genau die gleichen wie die der Pfeffersäcke vor 500 Jahren, Macht und Geld. Ein recht bekannter Medienforscher, der Dortmunder Horst Röper, sagte mir einmal, die Verlage erhielten nach 1945 die Lizenz zum Gelddrucken. Renditen über 20 Prozent waren lange die Regel. Was haben die Medienunternehmen mit dem Geld gemacht, das sie nach 1945 erwirtschaftet haben? Sie haben ihre Unternehmen groß gemacht. Und nachdem der Markt in Deutschland gesättigt war, haben sie das Geld ins Ausland gebracht und dort Radios, Zeitungen und Zeitschriften gekauft.

Was kam dann? Dann boomte das Internet. Es hat sie schon im Jahr 2007 auf Platz 4 der Werbeträgermedien gedrängt, das treibt die Führungsleute in den Medienkonzernen natürlich um. Nun kommen die Verlage und wollen ihr Eigentum schützen. Sie wollen Geld für das, was sie ins Internet stellen. Dabei verfolgen sie seit der geplatzten Online-Blase namens Neuer Markt im Jahr 2000 eine ganz andere Strategie. Sie kaufen nämlich die lukrativen Internetportale auf. So hat sich zum Beispiel Axel Springer "Hamburg.de" gesichert, Burda "Blog.de", Bertelsmann "Chefkoch.de", Holtzbrinck "StudiVZ". Und nun wollen CDU und GAL die Wegbereiter dafür spielen, dass die Eigentumsverhältnisse neu geschrieben werden.

Der Antrag mit der Drucksachennummer 19/3276 bezieht sich auf eine Erklärung von sechs Hamburger Verlagen, die auf dem internationalen Mediendialog, der schon mehrfach erwähnt wurde, am 08. Juni 2009 im Hamburger Rathaus abgegeben wurde. Der unabhängige Journalismus sei gefährdet, wenn Anwender des Internet weiterhin die Arbeit von Autoren, Verlagen und Sendern nutzen würden, ohne dafür zu bezahlen, heißt es. Es scheint allerdings, dass sich die kaufmännische und die journalistische Seite in den Verlagen nicht ganz einig darin sind, und ich will Ihnen das anhand von zwei Beispielen deutlich machen.

Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der "ZEIT", sagte in einer Podiumsdiskussion im großen Festsaal hier nebenan am 8. Juni 2009, "ZEIT ONLINE" werde querfinanziert und er sehe auch keine Alternative dazu. Oder anders ausgedrückt, man ist bei der "ZEIT" zufrieden damit, das Blatt im Internet zu präsentieren, um bekannt zu sein. Der Chefredakteur des "SPIEGEL", Mathias Müller von Blumencron, sagte bei der gleichen Podiumsdiskussion, er werde den SPIEGEL-Texten im Internet kein Preisschild aufdrücken. So würden zwar heute Millionen Menschen den "SPIEGEL" lesen, die ihn nicht kauften, auch und vor allem junge Leute, aber die Marke "SPIEGEL" sei genau deswegen zukunftsfähig, weil ihr Wert aufgrund ihres heutigen Bekanntheitsgrades durch das Internet enorm gestiegen sei. Und dies liegt am Qualitätsjournalismus, der auch im Internet abgebildet wird, und zwar kostenlos. Was wollen uns diese beiden hoch anerkannten Journalisten sagen? Sie stehen mit ihrem Wissen und ihrem Sachverstand dafür, dass bislang niemand ernsthaft versucht hat, auf geldbasierte Informationsbeschaffung im Internet zu setzen, weil der Wert des Internet vor allem in seinen Verteilungsfähigkeiten besteht und es als Arbeits- und Kommunikationsinstrument die Welt revolutioniert hat.

(Beifall bei Thomas Böwer SPD)

Zurück zu dem CDU-GAL-Antrag. Aus dem gesamten Forderungskatalog spricht eine große Scheinheiligkeit. Wir brauchen keine Aufklärungskampagnen, wie dort gefordert wird. Aufklärungskampagnen, die der Senat möglicherweise zusammen mit der Medienwirtschaft betreibt, um das Bewusstsein für den wirtschaftlichen und kulturellen Wert des geistigen Eigentums zu verbessern, sollen doch lediglich die Vorherrschaft der Verlage über den Content im Internet sichern und das natürlich gewachsene Demokratieempfinden von Jugendlichen im Internet eindämmen.

Wir brauchen auch keine Medienkompetenzförderung bei Jugendlichen in dem Sinne, dass ihnen eindringlich klar gemacht wird, dass man Texte und Bilder nicht einfach kopiert. Lassen Sie bitte diese sinnlose Zeigefingerpädagogik. Sie werden sowieso nicht ernst genommen.

(Beifall bei Elisabeth Baum DIE LINKE – Robert Heinemann CDU: Und Diebstahl legalisieren Sie auch!)

Sie müssen auch nicht beschließen, was sowieso Aufgabe des Medienkoordinators des Senats, Herrn Seikel ist, nämlich mit den Medienunternehmen in Hamburg enge Kontakte zu pflegen. Oder benötigt er Nachhilfe? Ich habe nicht den Eindruck.

Wir brauchen auch kein Wirtschaftsforum mit dem geschwollenen Titel "Wertschöpfung im Internetzeitalter".

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

(Kersten Artus)

Was für Worte. Reden Sie doch Klartext und sagen Sie einfach "Profitsicherung auf der Datenautobahn" oder so ähnlich.

(Zuruf von *Robert Heinemann CDU*)

– Herr Heinemann, ich finde Ihre Selbstkritik toll, aber es stört ein bisschen.

Was wir statt eines Forums dieser Art benötigen, ist ein Runder Tisch mit den Menschen, die das Internet beruflich nutzen, und mit ihren Vertretungen, den Gewerkschaften. Was wirklich fehlt, ist ein verbindliches Recht auf Vergütung für die Erschaffer und Erschafferinnen bei der Nutzung von geistigem Eigentum. Das sind nicht die Verlage, sehr geehrte Herren und Damen, denn sie sind nur im Besitz des Eigentums, sondern das sind die Kreativen, die Journalisten und Journalistinnen, die Künstler und Künstlerinnen. Dieses Recht muss in Tarifverträgen verankert werden, und zwar muss es ein vernünftiger und fairer Preis sein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Deswegen sollte sich der Senat von den Gewerkschaften der Kreativen, ver.di und Deutscher Journalisten-Verband, Ratschläge und Anregungen holen, wie das geistige Eigentum im Internet geschützt werden kann. In ver.di sind mit den Journalisten und Journalistinnen auch die Künstler und Künstlerinnen organisiert, das sind die idealen Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen zum Thema "Schutz des geistigen Eigentums im Internet" für Sie, liebe Koalitionäre.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Artus, bitte lassen Sie mich eine Bitte an das Plenum loswerden. Wir haben einen sehr hohen Geräuschpegel und es ist sicher ein bisschen schwierig für alle, den Ausführungen aufmerksam folgen zu können.

– Bitte, Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus (fortfahrend): – Schönen Dank.

Das Urheberrecht gilt und es ist eigentlich ein starkes Recht. Aber wer sich in abhängiger Beschäftigung befindet, der tritt seine Rechte am geistigen Eigentum an den Arbeitgeber ab und bekommt dafür nur ein Salär in Anbetracht der Gewinne, die durch die mehrfache Verwertung entstehen. Und für Tausende freier und Tageszeitungen werden noch nicht einmal Zeilenhonorare gezahlt, weil die Verleger Tariffucht begehen. Für ein Foto werden mancherorts nur 30 Euro gezahlt, dafür ist ein Fotograf oder eine Fotografin möglicherweise den ganzen Tag bei einem Termin gewesen, das ist geteilt durch acht ein Stundenlohn von weniger als 4 Euro. Und das machen die Verlage, ohne dass

es für sie eine wirtschaftliche Not gäbe, denken Sie an die Renditehöhe, die Horst Röver ausgerechnet hat.

Und eines sollten Sie auch wissen, vermutlich wissen Sie es nicht, weil Sie sich bislang nicht so dafür interessiert haben: Bis heute gibt es keinen Tarifvertrag für Online-Journalisten, obwohl der seit Langem von DJV und ver.di gefordert wird. Wenn dann in einer Erklärung von sechs großen Verlegern von Fairness bei der Beteiligung marktwirtschaftlichen Ertrages geredet wird, kann ich nur noch müde lächeln.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das liest sich prosaisch, hat aber wenig damit zu tun, was wirklich gewollt ist. Was habe ich denn davon zu halten, wenn in der Erklärung außerdem angegeben wird, dass keine Demokratie ohne unabhängigen Journalismus möglich ist und gedeiht, und dann parallel der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, Dr. Mathias Döpfner, im O-Ton erklärt:

"Das Copyright ist der Copypreis der Zukunft."

Ich bin skeptisch und Sie sollten es auch sein, anstatt denen nach dem Mund zu reden. Die LINKE ist dafür, dass Urheberrechte geschützt werden, auch im Internet, aber machen Sie sich doch nichts vor, wenn Sie Ihre Gedanken nur an den Interessen der Verlage ausrichten, dann höre ich allein schon aus dem Titel dieses ausgedachten Wirtschaftsforums "Wertschöpfung im Internetzeitalter" heraus, dass Sie das Urheberrecht damit nicht wirklich schützen wollen und können. Dann schützen Sie nur die Verlegerrechte und da werden Sie mit Widerstand der LINKEN rechnen müssen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Thomas Böwer SPD*)

Das Kapital ist doch innovativ und kreativ. Ich habe deswegen keine Zweifel, dass technische Möglichkeiten gefunden werden, die Internetpräsentation der Verlage und anderen Medienunternehmen nach ihrem Ermessen zu schützen, sich zu verbarrikadieren gegenüber den Menschen, die für Content nicht zahlen wollen. Für Fotos gibt es bereits eine Schutzvorrichtung, damit sie nicht heruntergeladen werden können. Und schauen Sie sich beispielsweise iTunes an. Wer hätte gedacht, dass es nach Napster, der Musikaustauschbörse, eine Möglichkeit gibt, mit Musik im Internet Geld zu machen.

Ich habe aber große Bedenken, dass die Hierarchien im Internet immer größer werden, die Klassenunterschiede immer massiver, die Nutzungsmöglichkeiten immer eingeschränkter, und deswegen sind wir dagegen, dass nur die Großverlage bestimmen, was im Internet frei zugänglich ist und was nicht.

(Kersten Artus)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Beim Rundfunkänderungsstaatsvertrag haben wir bereits gesehen, welchen Einfluss sie geltend gemacht haben, um die Content-Konkurrenz der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu beschneiden, und mit welcher Demagogie gewütet wurde, bis die Sender gezwungen wurden, ihre Angebote zeitlich zu befristen.

Wir halten unseren Antrag daher für angemessen und bitten um Zustimmung. Lassen Sie uns verantwortungsvoll und unter Einbeziehung aller Interessen über die Zukunft des Internet beraten. Unser Änderungsantrag möge heute angenommen oder aber in den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überwiesen werden. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Farid Müller.

(Olaf Ohlsen CDU: Was soll denn das? – Glocke)

Herr Olsen, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Michael Neumann SPD: Aber er hat recht!)

Farid Müller GAL: Wir setzen das nachher im Ausschuss fort. Ich möchte nur noch einmal meine völlige Überraschung kundtun, Frau Artus. Sie sehen offenbar in diesem Antrag ein Verlagsunterstützungsunternehmen und dann haben Sie ihn entweder nicht gelesen oder nicht verstanden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ehrlich gesagt, wenn Sie überhaupt nicht wollen, dass Verlage noch Gewinne machen, dann sollten Sie das hier sagen. Die Frage ist doch momentan eher, ob das Internet dazu beitragen kann, dass uns die Verlage in diesem Bereich wegbrechen. Wenn Sie sich einmal die Situation vor Augen führen, die wir in Amerika erleben, es ist doch auch von Herrn Grund gesagt worden. Wir hoffen alle nicht, dass es hier so schlimm kommt, aber wir wissen auch, eine Entwicklung, die sich dort über das Internet abzeichnet, wird zeitversetzt auch unseren Kontinent erreichen. Und ich muss ganz ehrlich sagen, so wie Sie da herangehen, Frau Artus, habe ich irgendwie das Gefühl, Sie haben es nicht richtig begriffen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

oder Sie sagen nicht ehrlich, dass Sie mit dem System insgesamt Probleme haben. Das könnten Sie dann auch einmal offen sagen, aber das hat nichts mit dem Internet zu tun.

Wir hatten vorhin die Debatte über die Kreativen und es ist auch im Antrag enthalten, dass die Kleinen, die sich nicht wehren können und deren Sachen heruntergeladen werden, die Freischaffenden und die Künstler sind. Die haben jetzt das große Nachsehen und da schützt keine Gewerkschaft, da schützt auch kein Großverlag und kein Großunternehmen. Denen muss ein Rahmen gegeben werden und denen müssen wir eine Perspektive geben, damit sie weiter von dem leben können, was sie schaffen. Davon habe ich bei Ihnen heute nichts gehört.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Meine Damen und Herren, darf ich Sie, bevor Frau Artus das Wort ergreift, noch einmal daran erinnern und darum bitten, dass dieses Grundgeräusch niedrig gehalten wird. Es ist wieder zuviel Bewegung auch in den hinteren Bereichen. Darf ich bitten, dass die Diskussionsgruppen aufgelöst werden.

(Glocke)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob ich richtig verstanden worden bin, Herr Erkalp– Dankeschön. – Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* – Dankeschön, Herr Präsident.

Herr Müller, ich würde mich freuen, wenn ich mich geirrt haben sollte und den Antrag falsch interpretiert hätte. Vielleicht unterschätzen Sie aber auch Ihren Koalitionspartner. Ich empfehle Ihnen, den Entwurf für das Wahlprogramm der CDU zu lesen. Was sie dort zu dem Thema schreiben, ist wirklich nicht ganz uninteressant.

(Andy Grote SPD: Was lesen Sie denn für komische Sachen?)

Dort steht unter anderem, dass die Vermittler von Internetzugängen Rechtsverletzer warnen und Ihnen nötigenfalls auch die Zugänge sperren sollen. Im CDU-Wahlprogramm wird eine völlig restriktive Politik verfolgt und ich kann die GAL in dem Zusammenhang nur aufrufen, wachsam zu sein, mit wem sie sich da eingelassen hat. Das Internet soll nämlich wirklich gekappt und gekürzt werden, das geht aus diesen Zeilen klar hervor. Der Text ist übrigens über ZEIT ONLINE frei zugänglich.

(Beifall bei der LINKEN und bei Thomas Böwer SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung. Der Ab-

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

geordnete Norbert Hackbusch hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Zunächst zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/3348 sowie dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/3351. Wer möchte diese beiden Anträge an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann einstimmig geschehen.

Nun zum gemeinsamen Antrag der CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/3276. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann mit großer Mehrheit angenommen.

Wer stimmt nun einer nachträglichen Überweisung dieser Drucksache an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Ich rufe dann den Punkt 3 c der Tagesordnung auf, Drucksache 19/2906, Große Anfrage der SPD-Fraktion, Medienkompetenzförderung in Hamburg – wird der Senat den Anforderungen der Wissensgesellschaft gerecht?

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Medienkompetenzförderung in Hamburg – wird der Senat den Anforderungen der Wissensgesellschaft gerecht? – Drs 19/2906 –]

Gibt es Wortmeldungen? – Herr Kollege Grund, Sie haben das Wort.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren! Zunächst etwas Positives, die Große Anfrage zum Thema Medienkompetenz, die wir gerade diskutieren, ist sehr umfangreich gewesen und ich muss hier feststellen, dass der Senat erkennbar viel Mühe darauf verwendet hat, diese Anfrage ausführlich und auch sachlich zu beantworten. Das sind wir in diesem Hause nicht jeden Tag gewohnt und von daher kann man feststellen, das ist schon einmal positiv. Man kann erkennen, das jedenfalls habe ich daraus geschlossen, dass das Thema Medienkompetenz für die Regierungsmehrheit in diesem Hause offenkundig von Interesse ist und man sich Mühe gibt, mit dem Thema sachlich und korrekt umzugehen. Das empfinde ich als gut.

Zweite Bemerkung von mir: Die Sozialdemokraten haben ein klares Ziel, wir wollen, dass Hamburg, gerne gemeinsam mit Kiel, notfalls aber auch allein, zum Zentrum für Medienkompetenz in Norddeutschland und am besten in der ganzen Republik wird. Wir glauben, dass dies ein Thema ist, mit dem sich die beiden norddeutschen Staaten und

insbesondere Hamburg als Medienstadt in Deutschland profilieren können.

Wenn man sich nun anschaut, was der Senat in der Großen Anfrage ausgesagt hat, dann kann man an vielen Stellen positive Entwicklungen feststellen. Viele Anstrengungen bestehen im Bereich der Weiterbildung, im Bereich der Schulen, in der privaten Wirtschaft, auch an den Universitäten. Insgesamt gesehen ist es aber eher ein Zusammentragen vieler Details und Einzelheiten, oft mühsam zusammengefasst unter dem Stichwort Medienkompetenz und manchmal auch neben der Sache liegend. Grundsätzlich empfinde ich die erste Bestandsaufnahme über Medienkompetenzförderung, die gerade von der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein vorgelegt wurde, nämlich über die Frage der Medienkompetenzförderung für die sechs- bis 13-jährigen in Hamburg und Schleswig-Holstein, als besonders erhellend, weil in dieser ersten Bestandsaufnahme die Defizite ziemlich deutlich benannt werden.

Meine Damen und Herren, Medienkompetenz geht die Kinder und die Jugendlichen an, sie geht die Eltern an, sie geht auch vor allem, und das ist sehr wichtig, die Pädagogen an und am Ende natürlich alle Menschen, die davon betroffen sind. Beginnen wir vielleicht mit dem Stichwort Schule.

Die betroffenen Medienpädagoginnen selbst, die Profis in den Schulen, die es ja gibt, nicht allzu viele, aber es gibt sie, stellen das Thema Medienkompetenzförderung an hamburgischen und schleswig-holsteinischen Schulen eher als desolat dar. Es gibt unter ihnen ein hohes Maß an Resignation. Bisher wird Medienkompetenz in der Schule im Wesentlichen als eine technisch-funktionale Aufgabe verstanden, also wie man mit der Hardware umgeht, was Programme sind und wie man sie zum Laufen bringt. Das ist aber nur der kleinste Teil dessen, was wir unter Medienkompetenz verstehen. Es geht um die kognitiven Fähigkeiten, damit ist gemeint, dass die Kinder und Jugendlichen verstehen und beurteilen lernen, um was es geht, und dass sie selbst verantworten können, was sie im Netz tun. Denn das Web 2.0, wir wissen es alle,

(Robert Heinemann CDU: Außer Frau Artus!)

hat im Wesentlichen damit zu tun, dass es im Dialog stattfindet und immer mehr Menschen auch Verantwortung in diesem Netz übernehmen, vor allem eben auch die Nutzerinnen und Nutzer im Netz selbst. So kann es ganz schnell geschehen, dass aus Kindern und Jugendlichen, die Nutzerinnen und Nutzer im Netz sind, selbst Täter werden, in dem Sinne, dass Fehlhandlungen stattfinden und Schaden angerichtet wird. Also hat das Thema Safer Internet eigentlich viel mehr im Vordergrund der Diskussion zu stehen als etwa die Frage, wie man die Kiste in Gang kriegt. Wenn man sich das Stichwort Gefährdungspotenzial anschaut, wissen wir

(Uwe Grund)

alle, dass gewaltverherrlichende Inhalte, pornografische Inhalte, abwegige politische, etwa rechtsextreme Meinungen und Agitationen, Menschenwürde verletzende und verachtende Inhalte zuhauf im Netz existieren und dass unsere Kinder und Jugendlichen ganz oft davon betroffen sind, weil sie nicht darauf vorbereitet werden, mit dem Netz umzugehen, wie es notwendig und sinnvoll wäre. Wir wissen heute, dass in Chatrooms in vielen Fällen sexueller Missbrauch von Kindern stattfindet und dem bisher nur schwer Einhalt geboten werden kann.

Auch das Thema Datenschutz ist behandelt worden, der Umgang damit und auch die Gefährdung, die aus der Verwendung der eigenen Daten im Netz entsteht. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass gerade Kinder und Jugendliche sich oft selbst in Gefahr bringen. Wenn wir nun einen Blick darauf werfen, wie es um die Kompetenz der Lehrer in den Schulen bestellt ist, ist festzustellen, dass der Anteil der Medienerziehung in der Schule nach wie vor sehr stark davon abhängt, wie das persönliche Engagement der Lehrer aussieht. Zwar gibt es Richtlinien für den Unterricht, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote und wenn ich das richtig gelesen habe, haben etwa 3500 Teilnehmer in den letzten beiden Jahren jeweils Qualifizierungsmaßnahmen wahrgenommen. Allerdings sind das, weil sicher auch Mehrfachnutzerinnen und -nutzer darunter sind, bestenfalls 20 Prozent der Pädagogen, die auf freiwilliger Basis von diesem Angebot Gebrauch machen. Wenn man es hochrechnet, und ich unterstelle, dass viele sich mehrfach qualifizieren, brauchen wir vier Jahre, um alle Pädagogen überhaupt an solchen Maßnahmen zu beteiligen – ein Thema, das uns sehr beschäftigen muss, wie ich finde.

Wir befürchten ein bisschen, dass die Cracks und die Freaks, die es auch unter den Lehrern und Pädagogen gibt, wohl das größte Interesse daran haben, solche Qualifizierungsmaßnahmen zu besuchen, und dass viele, die diesbezüglich völlig uninformiert sind, das Thema für sich auf die Weise erledigen, dass sie es aussparen oder ignorieren. Jedenfalls sagen das die Fachleute, die sich intensiv mit dem Thema auseinandersetzen. Thüringen, man merke auf, Thüringen ist das einzige Bundesland in dieser Republik, das das Thema Medienkunde zu einem Schulfach gemacht hat. Die Medienhauptstadt Deutschlands will Hamburg sein, davon kommt in den Schulen und im Unterricht noch immer, wie wir meinen, viel zu wenig an. Die Lebenswirklichkeit unserer Kinder, die sich längst im Netz bewegen, die an Foren teilnehmen, die chatten, diese Lebenswirklichkeit der Kinder wird in den Schulen nicht abgebildet. Sie ist viel zu selten Grundlage für pädagogisches Handeln und Arbeiten an den Schulen. Oft ist es so, dass in den Schulen dann Aufmerksamkeit gewährt wird, wenn es gekracht hat, wenn es Übergriffe im Netz gege-

ben hat, wenn Schülerinnen und Schüler gemobbt werden, wenn Gewaltanwendungen im Internet dargestellt werden und auch das in der Schule eine Rolle spielt. Dann wird die Notbremse gezogen, um Hilfe gerufen und so wird Prävention im Wesentlichen zum Thema, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, wenn ich das einmal übertragend formulieren darf.

Wie ist die Lage in den Schulen insgesamt? Zwar ist in den Schulen investiert worden, natürlich in Technik investiert worden, aber die Behörde erklärt uns stolz, dass erst im Jahr 2011 alle Schulen eine breitbandige und damit hinreichend leistungsfähige Anbindung an das Netz bekommen werden. Wir werden also noch weitere zwei Jahre warten dürfen, bis alle Schulen so weit sind. Bis das Thema in den Klassenzimmern angekommen sein wird, das heißt, die Mediennutzung im Klassenzimmer möglich wird, werden viele weitere Jahre vergehen. Die Behörde hat erklärt, dass 2008 ein Programm aufgelegt worden ist, in dem es um Investitionen geht, die die Internetanbindung im Klassenzimmer sicherstellen sollen. Ein Drittel der Schulen hat tatsächlich Programmmittel beantragt, ganze 43 Schulen haben inzwischen Mittel dafür zugewiesen bekommen. Es wird ein langer Weg sein, bis die Internet- und Medienrealität in den Klassenzimmern in Hamburg am Ende wirklich angekommen ist.

Meine Damen und Herren! Hamburg plant, die Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein im Bereich der Medienkompetenzförderung auszubauen. Das begrüßt die SPD ausdrücklich. Wir empfinden uns als Väter und Mütter dieser Idee. Denn schon bei der letzten Änderung des Medienstaatsvertrags, das war die zweite Änderung, waren es die Sozialdemokraten, die darauf gedrängt haben, dass dem Thema Medienkompetenzförderung mehr Beachtung geschenkt wird. Das ist damals in sehr zaghaften Schritten geschehen, nun soll ein weiterer erfolgen. Es gibt einen Referentenentwurf über die dritte Änderung des Medienstaatsvertrags, in dem es schwerpunktmäßig um diese Fragen gehen wird. Allerdings finden wir, dass in dem Referentenentwurf dieser Schritt sehr kurz geraten ist, wenn wir die hehren Ziele erreichen wollen, die vorhin formuliert worden sind. Ein bisschen Umschichtung von Rundfunkgebühren in Richtung Medienanstalt alleine wird es nicht bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Da muss man schon anders rangehen. Die Forderungen der Sozialdemokraten sind in diesem Zusammenhang völlig klar. Erstens: Es darf keine Schulabgängerin und keinen Schulabgänger mehr in Hamburg geben, die keinen Medienführerschein an ihrer Schule erworben haben. Zweitens: Es darf auch keine Pädagogen mehr geben, an denen die Qualifizierung für Medienkompetenz vollständig vorbeigeht. Damit muss Schluss sein.

(Uwe Grund)

(Beifall bei der SPD)

Das Thema, das verspreche ich an dieser Stelle, wird uns in den kommenden Wochen auch im Zusammenhang mit der Diskussion über die nächste Änderung des Medienstaatsvertrags weiter beschäftigen und wir werden sehr konkret werden können, wenn es darum geht, weitere und bessere Vorschläge zur Förderung der Medienkompetenz in Hamburg zu machen. Darauf freue ich mich persönlich sehr. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei *Kersten Artus* und bei *Elisabeth Baum*, beide *DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Wankum.

(*Michael Neumann SPD:* Herr Wankum redet heute so viel wie seit Jahren nicht. Sie können dankbar für unsere Anmeldungen sein!)

Andreas C. Wankum CDU: – Aller guten Dinge sind drei. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Grund, es freut mich, dass Sie die Antworten des Senats zu Ihrer durchaus berechtigten und wertvollen Anfrage als genauso kompetent und der Komplexität der Themen angemessen ansehen, wie ich es tue.

Der Senat hat hier durchaus deutlich gemacht, dass er den Anforderungen der Wissensgesellschaft aus heutiger Sicht auch in diesem Bereich, soweit es möglich ist, gerecht wird.

(*Uwe Grund SPD:* Werden will! Werden will!)

Allerdings tut der Senat dies nicht nur, um sich zu profilieren, sondern weil er weiß, dass im Zusammenhang mit dem heute hier bereits diskutierten dieses eines der wichtigsten Themen ist. Nirgendwo ist der Ausdruck lebenslanges Lernen so angebracht wie im Bereich der Medienkompetenzförderung, des Medienkompetenzlernens. Das, was wir heute lernen, kann morgen schon veraltet sein. Es betrifft nicht nur unsere Kinder, es betrifft auch uns. Es betrifft – das haben wir bei dem Thema des Schutzes geistigen Eigentums und wie damit umzugehen ist, eben in der vorherigen Debatte gemeinsam besprochen – auch durchaus die Manager und die Handelnden im Bereich der Medienindustrie.

Meine Damen und Herren! Ich vergleiche den Bereich der Medien und des Erlernens von Medienkompetenz manchmal mit dem Autofahren. Ich muss meinen Führerschein machen, ich muss Autofahren lernen, damit ich andere und mich nicht gefährde. Ich kann aber die Komplexität insgesamt nicht erfassen. Ich stimme Ihnen zu, lieber Herr Kollege Grund, dass dieses Thema uns auch zukünftig dauerhaft beschäftigen wird. Das ist richtig und wichtig; ich stimme Ihnen auch ansonsten im

meisten zu, was Sie gesagt haben, und dabei will ich es angesichts der vorgerückten Stunde belassen.

(*Thomas Böwer SPD:* Wie großzügig! – *Wolfgang Beuß CDU:* Sehr gut!)

– Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Farid Müller.

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Grund, erst einmal vielen Dank für diese Anfrage. Wir haben alle gesehen, dass hier in Hamburg ein richtiges Füllhorn in Sachen Medienkompetenz vorgelegt wird. Wir waren auch alle etwas überrascht, was es für eine Fülle gibt, und wir haben uns auch gefreut, weil natürlich oft die These vorgetragen wird, dass mehr passieren muss. Unser Eindruck ist, dass ein Mehr qualitativ gesehen nicht unbedingt ein besseres Ergebnis bringt, und wir freuen uns deshalb – Sie haben es schon erwähnt –, dass die Medienanstalt in dem neuen gemeinsamen Mediengesetz erheblich besser für das Thema Medienkompetenz ausgestattet wird und dass sie dadurch eine koordinierende Aufgabe erhält. Und wir sind uns sicher, dass sie diese Aufgabe mit dem Direktor, den sie hat, richtig ausfüllen wird.

Es wurde auch gefragt, wie es mit den Leitprojekten des Senats aussähe. Dazu gab es ebenfalls eine Ansage, sie sind momentan noch bei der Bestandsaufnahme. Das ist eine vernünftige Sache, wenn man sich anschaut, was für eine Fülle in Hamburg von den verschiedenen Akteuren geboten wird. Das soll bis ins Jahr 2010 dauern. Ich möchte da nicht weiter drängeln, ich möchte eine vernünftige Bestandsaufnahme, damit wir dann als Ergebnis gute Leitprojekte bekommen, die die Stadt braucht, und nicht die, die wir längst haben. Das Ganze soll ja in die Zukunft gerichtet sein.

Ich finde allerdings das Ziel, Hauptstadt der Medienkompetenz werden zu wollen, etwas seltsam. Ich habe das Gefühl, wir sind schon recht weit vorn. Es fehlt vielleicht ein bisschen die Linie, die zusammenfassende Klammer. Ich bin sicher, dass die Medienanstalt in beiden Ländern helfen wird, dem Ziel näher zu kommen. Es ist auch sinnvoll, dass wir hier zusammenarbeiten. Ein solcher Titel, wenn wir wieder Medienhauptstadt werden und bleiben wollen in allen Bereichen, wäre für uns schon einmal gut, Hauptstadt der Medienkompetenz – damit kann ich momentan nicht so viel anfangen.

Ich finde Ihre Vorschläge bisher noch ein bisschen dünn. Die Idee des Führerscheins und dass Lehrer die Uni mit Medienausbildung verlassen sollen, das finden wir gut. Ihr Vorschlag, dass Sie noch

(Farid Müller)

konkretere Punkte, die daraus folgen, ins Parlament einbringen, ist der richtige Weg. Wir beteiligen uns auch gern an dieser Debatte, ich glaube, da kann man noch vieles machen. Man kann auch viel gemeinsam machen, das ist keine Frage von Parteien-Hin-oder-Her. Ich bin insgesamt erst einmal sehr zufrieden, dass so viel passiert und dass der Senat hierfür entschieden Geld ausgibt. Eine Anmerkung zum Schluss: Wir dürfen Medienkompetenz nicht allein mit Internet gleichsetzen. Es ist richtig und wichtig, dass die anderen Medien wie Fernsehen und auch das geschriebene Wort weiterhin bei der Medienkompetenz eine Rolle spielen, ich nenne hier die Stichwörter Patenschaft für Abos sowie Fernsehen und Gewalt. Daran sollten wir genauso denken, wenn es um Medienkompetenz geht, und nicht das Internet als allein seligmachenden Glücksbringer ansehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wir haben es hier mit einer sehr wichtigen Thematik zu tun. Sie ist auch deswegen wichtig, weil sie in mehrere politische Themenfelder greift. Es handelt sich bei dieser Drucksache um eine der wichtigsten, die wir bislang in der 19. Legislaturperiode erhalten haben.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Daher beantragt meine Fraktion, diese Drucksache an die Ausschüsse zu überweisen, deren Themen darin zur Sprache kommen.

(Zuruf von der GAL)

– Ja genau. Es geht um Medien, um pädagogische Fragen und um die Arbeitswelt. Gesundheitliche Fragen, nämlich die der Online-Sucht, und Verbraucherschutzaspekte werden angesprochen. Es sind datenschutzrechtliche Punkte angesprochen worden und Aspekte der Elternverantwortung gegenüber ihren Kindern. Außerdem geht es in der Großen Anfrage auch um geschlechtsspezifische Sichtweisen und um die Integration von Migranten und Migrantinnen. Wir müssen die Debatte dazu unbedingt vielfältig vertiefen, denn es sind in dieser Drucksache zentrale kulturelle, zivilgesellschaftliche Fragen angesprochen, die bereits unser Leben und Denken verändert haben und die es künftig noch maßgeblich verändern werden.

Wir müssten eigentlich fast jeden einzelnen Abschnitt dieser Großen Anfrage zu einem eigenen Thema machen und kritisch hinterfragen, ob die bisherigen Bewältigungsstrategien immer so richtig gewesen sind. Jeder andere Umgang wäre ein Negieren des gesellschaftlichen Umbruchs, den wir derzeit erleben, der uns in Unsicherheit stürzt, uns

in Teilen ratlos und hilflos macht, der die Generationen spaltet und die Tradition der Kommunikation und des Miteinanders über Bord wirft und auch wieder neu erschafft.

Ich will mich aber auf sieben Bemerkungen beschränken.

(Thomas Böwer SPD: Sieben?)

– Sieben. Die erste Bemerkung: Was mich nach der ganzen Negativdebatte um die Gebührenfinanzierung und die Beschneidung der Präsenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet gefreut hat, ist hier das klare Bekenntnis in den Antworten und die Hervorhebung der kulturellen Bedeutung und des gesellschaftlichen Auftrags der öffentlich-rechtlichen Strukturen.

(Beifall bei Michael Gwosdz GAL)

Es ist eine Ohrfeige für diejenigen, die gern so tun, als müssten die Rundfunkgebühren abgeschafft werden.

(Beifall bei Thomas Böwer SPD)

Zweite Bemerkung: In die Tonne treten muss der Senat angesichts seiner eigenen Antworten umgehend sein umgesetztes Konzept zur Schließung der Bücherhallen. Seit Jahren müssen die Hamburger und Hamburgerinnen hinnehmen, dass Bücherhallenstandorte geschlossen und zusammengelegt werden. Ihre eigenen Antworten strafen Sie hier ab, sehr geehrte Herren und Damen des Senats. Zwischen 1996 und 2004 wurden 19 Bücherhallen zugemacht, sieben neue kamen durch Zusammenlegungen hinzu. 130 Stellen wurden abgebaut. Der CDU-Senat zwang die Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen durch Kürzung ihres Etats im Doppelhaushalt 2005/2006 um 900 000 Euro zu weiteren Schließungen.

(Farid Müller GAL: Das ist Geschichte!)

– Aus der Geschichte lernen wir, liebe GAL. Dem fielen unter anderem die Bücherhallen in Dulsberg und Lurup damals zum Opfer. Erinnern möchte ich auch noch einmal an die Schließung der Kibi am Grindel. Der Hamburger Senat hatte im Juni 2007 den Ausbau der Zentralbibliothek am Hühnerposten beschlossen. Vorgeblich um die Attraktivität für Familien zu erhöhen, musste die Kinderbibliothek am Grindel in die Zentralbibliothek umziehen. Aber wie kann es für die Mütter und Väter attraktiv sein, statt eines kürzeren Fußwegs eine Anfahrt zum Hauptbahnhof mit anschließendem Fußmarsch zum neuen Standort einplanen zu müssen? Der ersatzlose Wegzug der Kinderbibliothek am Grindel führt alle Absichtserklärungen zu Bildungs- und Medienkompetenzförderung ad absurdum.

(Beifall bei Thomas Böwer SPD)

Statt der Schließung wäre eine Erweiterung der lokalen Kapazitäten richtig gewesen. Wenn Sie so,

(Kersten Artus)

wie Sie auf die Fragen der SPD antworten, Medienkompetenzförderung ernsthaft weiterverfolgen wollen, dann müssen Sie umkehren und die flächendeckende Versorgung von öffentlich zugänglichen Bibliotheken wiederherstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dritte Bemerkung:

(*Egbert von Frankenberg CDU*: Wie viele kommen denn da noch?)

Ein ziemliches Wischiwaschi finde ich die Stellungnahme zur Gewaltförderung durch Medien. Es ist wirklich an der Zeit, mit diesem modernen Mythos zu brechen. Erst Anfang April stellten die Teilnehmenden einer Tagung empirisch arbeitender Psychologen und Psychologinnen in Jena fest, dass es keinen wissenschaftlichen Nachweis dafür gibt. Hier scheint es nach wie vor immer noch mehr um Glaubens- als um Wissensfragen zu gehen. Für Gewalt, das sagen alle Experten und Expertinnen, braucht es zum Beispiel Frustration und die geht immer voraus. Da kann das Computerspiel nicht zum Verursacher gemacht werden. Das lenkt von den tatsächlichen Ursachen ab, wie die Debatte über Gewalt gegen Frauen vorhin gezeigt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Anstatt Online-Computerspiele zum Sündenbock für eine verfehlte Arbeitsmarkt-, Familien-, Jugendschutz- und Bildungspolitik zu machen, sollten Bürgerschaft und Senat sich darauf verständigen, Online-Spiele und soziale Plattformen als integrative Modelle zu begreifen, und sie als Spiegel realer Welten ernst nehmen. Sie sind transnational, sie unterliegen ökonomischen Gesetzen, sie sind organisiert. Um Ihnen einen Einblick in diese neuen Realitäten zu geben: World of Warcraft hat eine Population, die sich mit der Einwohnergröße von Belgien oder Portugal vergleichen lässt. Second Life entspricht der Einwohnerzahl von Australien.

Gleiches gilt für die angebliche Computersucht. Wir müssen doch unterscheiden zwischen Glücksspielsucht und der Identifikation mit einer virtuellen Gemeinschaft, sonst kommt man unweigerlich auf die Frage, ob man denn auch kirchengemeinden-süchtig werden kann oder süchtig nach dem Kegelclub oder nach der freiwilligen Feuerwehr.

(*Karin Timmermann SPD*: Das gibt es!)

Vierte Bemerkung:

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Artus, ich darf Sie bitten, einen Moment innezuhalten. Meine Damen und Herren! Es ist wieder einfach zu laut. Auch hier oben ist kaum etwas zu verstehen. Ich darf Sie bitten, die Nebengespräche nach draußen zu verlagern. Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus (fortfahrend): Fahrlässig, aber das bin ich mittlerweile gewohnt, finde ich, dass jede geschlechtsspezifische Betrachtung fehlt. Dabei gibt es klare Unterschiede im Mediennutzungsverhalten zwischen Männern und Frauen. Der durchschnittliche deutsche Internet-Nutzer ist immer noch jung, männlich und gebildet. 74 Prozent aller Männer, aber nur 54 Prozent aller Frauen sind online. Dies muss man doch wissen und berücksichtigen, wenn man über Mediennutzungskompetenz redet. Der Senat ist hier dringend aufgefordert, sich entsprechende Informationen zu beschaffen.

Fünfte Bemerkung: Fakt ist leider auch, dass es bisher kaum Wissen über die Nutzung neuer Medien von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund gibt. Hier herrscht nicht nur Hamburg-spezifisch erheblicher Nachholbedarf. Ungeklärt ist die Frage, ob die kulturelle Herkunft ein Merkmal der digitalen Spaltung ist. Sicher ist jedoch, dass Bildung, Alter und Geschlecht auch bei der migrantischen Bevölkerung Merkmale sind, die erheblichen Einfluss nehmen auf die Nutzung beziehungsweise Nichtnutzung des Internets.

(Beifall bei *Uwe Grund SPD*)

Sechste Bemerkung:

(*Egbert von Frankenberg*: Können Sie die anderen zehn Bemerkungen zu Protokoll geben? – *Viviane Spethmann CDU*: Können Sie auch mal nicht nur vorlesen? – *Olaf Ohlsen CDU*: Ich denke, Sie hören bei fünf auf!)

Was leider keine Berücksichtigung gefunden hat, ist der Themenbereich Mediennutzung in der Arbeitswelt. Das sollte nachgeholt werden, zum Beispiel durch eine Anhörung im Wirtschaftsausschuss. Es wäre zum Beispiel wichtig, zu erfahren, wie viel Geld dadurch verloren geht, dass den Menschen an den Arbeitsplätzen immer noch von oben diktiert wird, welche Arbeitsmittel zur Lösung von Arbeitsaufgaben genutzt werden dürfen, und dass es immer noch Beschränkungen zum Internet gibt. Fakt ist auch, dass viele Menschen nicht souverän im Umgang mit der an den Arbeitsplätzen eingesetzten Hard- und Software sind, weil – so meine Einschätzung – Schulungen zu kurz waren oder nicht alters- oder geschlechtergerecht gestaltet wurden.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das können Sie doch im Ausschuss alles erzählen!)

– Wenn Sie es überweisen, gerne. Auch die Zwangssteuerung der Arbeitsprozesse über SAP ist ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für den Ausbau der Medienkompetenz von Erwerbstätigen.

Siebente und letzte Bemerkung, liebe CDU:

(Beifall bei der CDU)

– So bringt man Sie zum Klatschen. Gewundert hat mich, dass das Stadtportal Hamburg.de nicht in

(Kersten Artus)

die Medienkompetenzförderung einbezogen ist. Vielleicht habe ich das überlesen, aber ich bitte den Senat, hierzu noch einmal Stellung zu nehmen.

Wie gesagt, ich wollte nur einige Fragmente darstellen. Sie sehen, wie vielfältig die Themen dieser Großen Anfrage sind. Die Debatte sollte in den Ausschüssen vertieft und dann wieder zusammengeführt werden, um Handlungsanleitungen zu erarbeiten. Bitte geben Sie sich einen Ruck und überweisen Sie diese Große Anfrage an die vielen Ausschüsse, wie wir es vorgeschlagen haben. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Das Wort bekommt jetzt Frau Senatorin Dr. von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Sorge, ich halte jetzt keine lange Rede mehr,

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD*)

denn Sie möchten Ihren Feierabend haben. Aber das Thema ist so wichtig, dass ich gerne von Senatsseite aus ein paar Worte dazu sagen möchte. Was ist die Herausforderung bei diesem sicher nicht neuen, aber brennend aktuellen pädagogischen bildungs- und kulturpolitischen Thema? Die Herausforderung besteht darin, das wurde schon etwas herausgearbeitet, dass es wirklich ein Querschnittsthema geworden ist, dem wir uns sehr intensiv widmen müssen. Ich stimme Ihnen zu, Herr Grund, das wird uns noch sehr intensiv auch in den nächsten Debatten zu den Medien allgemein beschäftigen, denn das ist sicherlich das zentrale Zukunftsthema. Was bedeutet diese Erkenntnis für uns alle zusammen? Ich bitte Sie, da noch einmal kurz zuzuhören. Diese Erkenntnis bedeutet, dass wir alle gemeinsam, und da kommt es wirklich auf die Gemeinsamkeit an, dafür Sorge tragen müssen, dass Kinder und Jugendliche genauso wie Erwachsene befähigt sind, diese Medien wirklich zu analysieren, zu erkennen und zu bewerten. Die Akteure in diesem Feld sind vielfältig, ganz wichtig ist für uns die Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein, aber natürlich auch die öffentlichen Bühnen.

Es ist jetzt nicht der Ort, Frau Artus, dass ich Ihnen noch einmal erzähle, warum wir uns entschlossen haben, die Kibi zu schließen und den Hühnerposten auszubauen, aber ich kann Ihnen das gerne in einem bilateralen Gespräch noch einmal erläutern.

Für mich sind die Bibliotheken so etwas wie Lotsen durch den Medienschungel und darin müssen wir sie auch weiter bestärken.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Handlungsbedarf besteht in ganz vielen Feldern, aber vor allen Dingen möchte ich Ihnen sagen, dass wir die Medienanstalt beauftragt haben, im Frühjahr nächsten Jahres einen Kongress zum Thema Medienkompetenz vorzubereiten, der uns Einblicke geben wird in die Erfahrungen, die in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, aber eben auch im europäischen Ausland gemacht worden sind. Darauf freue ich mich und ich bin überhaupt froh, dass diese wichtige Debatte jetzt das Parlament erreicht hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/2906 federführend an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss und mitberatend an den Schulausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Sozial- und Gleichstellungsausschuss, den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie an den Rechtsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/2906 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Punkt 4 der Tagesordnung auf, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Welche Bedeutung hat Indien für Hamburg?

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Welche Bedeutung hat Indien für Hamburg?
– Drs 19/2999 –]**

Die Fraktionen sind einvernehmlich übereingekommen, auf eine Debatte zu verzichten. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Zunächst zum Überweisungsbegehren der SPD-Fraktion. Wer möchte diesem folgen und die Drucksache 19/2999 an den Europaausschuss überweisen? Ich bitte um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist die Drucksache überwiesen worden.

Wir kommen dann zum Punkt 26 der Tagesordnung, Antrag der CDU-Fraktion, Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010", hier: Entenwerder Park als Freizeit- und Erholungsflächenpark – Zuschuss an die E.P.E. Elbe Ponton Entwicklung GmbH und Co. KG.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Investitionsfonds des
Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"]**

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

hier: Entenwerder Park als Freizeit- und Erholungsflächepark – Zuschuss an die E.P.E. Elbe Ponton Entwicklung GmbH und Co. KG
– Drs 19/3274 –]

Die Fraktionen haben einvernehmlich auf eine Aussprache verzichtet. – Herr Dr. Bischoff meldet einen 5-Minuten-Beitrag an.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schaffe es in weniger als fünf Minuten, ich möchte nur noch einmal deutlich sagen, dass ich einiges in diesem Hause gewohnt bin, auch von der CDU, aber dieser Antrag ist ziemlich unterirdisch. Sie sollten ihn sich noch einmal anschauen, ob Sie künftig diesem Haus mit solchen Anträgen kommen.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das ist ja Entengeschnatter! – Farid Müller GAL: Was ist denn daran so schlimm?)

Es geht immerhin darum, dass Sie den Senat auffordern, 1 Million Euro einem bestimmten Unternehmen als Zuschuss zu gewähren, und ich finde, dass der Senat sich noch einmal überlegen soll, was er mit dem Antrag macht. Aber schon, dass Sie mit einem solchen Antrag kommen und nicht ausweisen, was da alles mitgedacht ist, zeugt meines Erachtens nicht von großer Souveränität. Ich bin, das will ich einräumen, von der Kollegin Veit darauf hingewiesen worden, dass es hier ausführliche Unterlagen aus dem Jahr 2007 aus dem Ortsausschuss Veddel gibt. Insofern hält sich hier mein Unmut in Grenzen. Ich räume ein und gehe davon aus, dass wir nach der Bearbeitung dieses Antrags – Sie werden da bestimmte Überlegungen haben – dann eine Drucksache sehen, wenn diese 1 Million Euro abverlangt werden, die dann wirklich beschlussreif ist. Lassen Sie nicht das einreißen, was Sie jetzt beständig machen, dass Sie kaum beschlussreife Vorlagen einbringen.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Kollege von Frankenberg, ich darf Sie zur Ordnung rufen wegen Ihrer Zwischenbemerkung.

Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Das ist nicht der Fall.

Wer möchte dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/3274 zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf, Berichte des Eingabenausschusses und beginne mit dem Bericht 19/3244.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/3244 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/3245 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/3246 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/3247 –]

Zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 186/09 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Bericht mehrheitlich angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Nun zum Bericht 19/3245, auch hier zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte diesen Empfehlungen folgen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von den Ziffern 2 bis 5 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wer möchte das in Ziffer 6 enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Bericht 19/3246.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 240/09 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Bericht 19/3247, zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte sich diesen Empfehlungen anschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von den Ziffern 2 bis 4 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

* Siehe Anlage Seite 1931

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu Punkt 3 d der Tagesordnung, Große Anfrage der SPD-Fraktion, Freiwilligendienste und Zivildienst in Hamburg: Aktuelle Zahlen und Aktivitäten des Senats.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Freiwilligendienste und Zivildienst in Hamburg:
Aktuelle Zahlen und Aktivitäten des Senats
– Drs 19/2907 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist hiermit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 19/2907, ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf, Große Anfrage der SPD-Fraktion, Tagesmütter und -väter in Hamburg: Kindertagespflege als Sparschwein des Senats?

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Tagesmütter und -väter in Hamburg: Kindertagespflege als Sparschwein des Senats?
– Drs 19/3072 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf, Bericht des Schulausschusses: Schulschwänzen, Schulverweigerung – hat Hamburg die Probleme im Griff? Und den Bericht des Schulausschusses: Schulschwänzen ernst nehmen – Dunkelfeld aufhellen – Transparenz schaffen durch externe Evaluation.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksachen 19/1040:

Schulschwänzen, Schulverweigerung – hat Hamburg die Probleme im Griff? (Große Anfrage der Fraktion der SPD)

und 19/1591: Schulschwänzen ernst nehmen – Dunkelfeld aufhellen – Transparenz schaffen durch externe Evaluation (Antrag der Fraktion der SPD)

– Drs 19/3230 –]

Die vom Ausschuss in Bezug auf die Drucksache 19/1040 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wer möchte der Ausschussempfehlung zur Drucksache 19/1591 folgen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf, Bericht des Rechtsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zuständigkeit des Jugendrichters eines hamburgischen Amtsgerichts als Vollstreckungsleiter für die Vollstreckung von Jugendstrafe und Jugendarrest und als Vollzugsleiter für den Vollzug von Jugendarrest sowie der Jugendkammer und der Strafvollstreckungskammer bei dem Landgericht Hamburg für die Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand.

[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/2857:

Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zuständigkeit des Jugendrichters eines hamburgischen Amtsgerichts als Vollstreckungsleiter für die Vollstreckung von Jugendstrafe und Jugendarrest und als Vollzugsleiter für den Vollzug von Jugendarrest sowie der Jugendkammer und der Strafvollstreckungskammer bei dem Landgericht Hamburg für die Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand (Senatsantrag)

– Drs 19/3265 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das soeben genannte Gesetz aus der Drucksache 19/2857 beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 19 der Tagesordnung auf, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt". Kapitel 6300 "Verkehr und Straßenwesen". 1. Bericht über den Bundesfernstraßenbau in Hamburg und Erläuterung der Einzelmaßnahmen. 2. Aufstockung der beim Titel 6300.799.04 "Honorare, Ingenieur- und sonstige Dienstleistungen für Investitionsprojekte in der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen" im Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 24 Millionen Euro für 2009 und 2010 um jeweils 35 Millionen Euro auf jeweils 59 Millionen Euro.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/2639:

Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6 „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“, Kapitel 6300 „Verkehr und Straßenwesen“

1. Bericht über den Bundesfernstraßenbau in Hamburg und Erläuterung der Einzelmaßnahmen

2. Aufstockung der beim Titel 6300.799.04 „Honorare, Ingenieur- und sonstige Dienstleistungen für Investitionsprojekte in der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen“ im Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 24.000 Tsd. Euro für 2009 und 2010 um jeweils 35.000 Tsd. Euro auf jeweils 59.000 Tsd. Euro (Senatsantrag)

– Drs 19/3266 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. – Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist in zweiter Lesung einstimmig und damit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 20 der Tagesordnung auf, Bericht des Haushaltsausschusses: Überführung des Landesbetriebes Laeiszhalle – Musikhalle Hamburg in

die Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3125:

Überführung des Landesbetriebes Laeiszhalle – Musikhalle Hamburg in die Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH (Senatsantrag) – Drs 19/3267 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. – Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und damit endgültig angenommen.

Ich rufe Punkt 21 der Tagesordnung auf, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Einrichten neuer Haushaltstitel im Einzelplan 3.2 "Behörde für Wissenschaft und Forschung".

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3165:

Haushaltsplan 2009/2010 – Einrichten neuer Haushaltstitel im Einzelplan 3.2 "Behörde für Wissenschaft und Forschung" (Senatsantrag) – Drs 19/3268 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist einstimmig angenommen. Damit ist dies auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 24 der Tagesordnung auf, Interfraktioneller Antrag: Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.

[Interfraktioneller Antrag:

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)**Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg****– Drs 19/3255 –]**

Das Zwölfte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg aus Drucksache 19/3255 war in unserer Sitzung vom 10. Juni 2009 in erster Lesung beschlossen worden. Nach Artikel 51 unserer Verfassung sind zu einem die Verfassung ändernden Gesetz zwei übereinstimmende Beschlüsse der Bürgerschaft erforderlich, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens 13 Tagen liegen muss. Ich stelle fest, dass zwischen dem 10. Juni 2009 und heute mindestens 13 Tage liegen. Außerdem müssen beide Beschlüsse bei Anwesenheit von drei Vierteln der gesetzlichen Mitgliederzahl und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten gefasst werden. Das Sitzungspräsidium hat sich davon überzeugt, dass mindestens 91 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Wer nun das Zwölfte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg in der am 10. Juni 2009 beschlossenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist einstimmig beschlossen.

Für das Gesetz haben mehr als zwei Drittel der anwesenden Mitglieder gestimmt. Damit ist es auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 27 der Tagesordnung auf, Antrag der CDU-Fraktion: Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010", hier: Technische Ausstattung für die Stäitsch Theaterbetriebs GmbH.

[Antrag der Fraktion der CDU:**Investitionsfonds des****Sonderinvestitionsprogramms Hamburg 2010****hier: Technische Ausstattung für die Stäitsch Theaterbetriebs GmbH****– Drs 19/3275 –]**

Hierzu hat mir der Abgeordnete Ekkehart Wersich mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drucksache 19/3275 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 29 der Tagesordnung auf, Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion: Stadtrundfahrten zukünftig nur noch in emissionsarmen Bussen.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Stadtrundfahrten zukünftig nur noch in emissionsarmen
Bussen****– Drs 19/3277 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 32 der Tagesordnung auf, Interfraktioneller Antrag: Viertes Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften.

[Interfraktioneller Antrag:**Viertes Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften****– Drs 19/3280 (Neufassung) –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen und das darin aufgeführte Vierte Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Eine Gegenstimme. – Stimmenthaltungen? – Dann ist das Gesetz auch in zweiter Lesung bei einer Gegenstimme sowie einigen Enthaltungen und damit endgültig beschlossen.

Ich rufe Punkt 38 der Tagesordnung auf, Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Auswirkungen der Geschäftspolitik der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein auf die aus ihnen fusionierte HSH Nordbank.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:**Auswirkungen der Geschäftspolitik der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Schleswig-Holstein auf die aus ihnen fusionierte HSH Nordbank****– Drs 19/3360 –]**

Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir haben hiermit das Ende der Sitzung erreicht. Ich wünsche Ihnen allen eine glückliche Heimfahrt.

Ende: 20:12 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Barbara Duden, Nebahat Güclü, Dr. A. W. Heinrich Langhein, Dr. Lutz Mohaupt und Birgit Stöver

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 24. Juni 2009

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
13	3207	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses
14	3229	Bericht des Schulausschusses
16	3235	Bericht des Sportausschusses
17	3240	Bericht des Wissenschaftsausschusses
23	3270	Bericht des Umweltausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
5	3011	Atom-Transporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet	SPD	Umweltausschuss
12	3186	Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 1. April 2009 – HSH Nordbank AG: Strategische Neuausrichtung – (Drucksachen 19/2617 und 19/2693)	SPD	Haushaltsausschuss
25	3273	Gentechnikfreiheit in Hamburg	SPD	Wirtschaftsausschuss (f.) und Umweltausschuss
30	3278	Schaffung eines Parlamentsforums Nordsee	GAL	Europaausschuss
30	3359	Schaffung eines Parlamentsforums Nordsee	GAL	Europaausschuss
31	3279	Internationale Metropole am Wasser – Marseille als Dialogpartner für Hamburg	SPD	Europaausschuss